

Münster
1961

GÜNTER WAGENER

**Untersuchung über den Strukturwandel
des Aktivgeschäftes der Sparkassen**

**(Dargestellt an der Entwicklung
der westfälischen Sparkassen)**

Untersuchung über den Strukturwandel des Aktivgeschäftes der Sparkassen

**(Dargestellt an der Entwicklung
der westfälischen Sparkassen)**

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des
akademischen Grades eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
GÜNTER WAGENER
aus Münster/Westf.

243/63



1. Berichterstatter: Prof. Dr. J e c h t
2. Berichterstatter: Prof. Dr. T i m m
3. Dekan: Prof. Dr. L u k e s
4. Tag der mündlichen Prüfung: 20. Dezember 1961

Einleitung

=====

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, am Beispiel der westfälischen Sparkassen den Strukturwandel zu untersuchen, der sich im Laufe der letzten 50 Jahre im Aktivgeschäft der Sparkassen vollzogen hat. Diese Problemstellung rechtfertigt sich, wenn man berücksichtigt, daß zwar im Aktivgeschäft der Sparkassen erhebliche örtliche Unterschiede gegeben waren, daß jedoch für die jüngste Zeit die Entwicklung des Kreditgeschäftes der westfälischen Sparkassen als typisch für das gesamte deutsche Sparkassenwesen angesehen werden kann.

Will man zum Zwecke einer übersichtlichen Darstellung einen längeren Zeitraum in verschiedene Unterperioden aufteilen, so hat dies nur dann einen Sinn, wenn sich die einzelnen Zeitabschnitte durch bestimmte Merkmale wesentlich voneinander unterscheiden lassen und wenn man den Trennungsschnitt dort durchführt, wo ein Wendepunkt in der Entwicklung zu verzeichnen ist.

Im Falle der vorliegenden Arbeit drängt sich unter diesem Gesichtspunkt eine Gliederung in fünf Abschnitte auf. Die erste Periode ist gekennzeichnet durch die weitgehende Festlegung der Sparkassenmittel in Hypothekarkrediten. Sie reicht bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges. Die zweite Periode umfaßt die Kriegs- und Inflationsjahre mit ihrer Ausrichtung auf die Kriegsfinanzierung, den Zusammenbruch des herkömmlichen Aktivgeschäftes und der intensiveren Pflege aller satzungsmäßigen Kreditgeschäfte. Die dritte Periode, die mit der Währungsstabilisierung beginnt und mit der Weltwirtschaftskrise zu Ende geht, bringt den Versuch der Sparkassen, die Fesseln des langfristigen Kreditgeschäftes

zu sprengen. Daran schließt sich als nächster Abschnitt die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft mit ihrer staatlichen Lenkung der Geld- und Güterströme an. Das Aktivgeschäft der Sparkassen tritt in den Dienst der "geräuschlosen" Staatsfinanzierung.

Die mit der Währungsreform beginnende fünfte Epoche schließlich läßt die Sparkassen zu Instituten werden, die gleichermaßen das lang- und kurzfristige Geschäft betreiben.

Am Schluß der Einleitung ist ein Hinweis auf die Quellen des in der vorliegenden Arbeit benutzten statistischen Zahlenmaterials erforderlich. Die Tabellen über die Entwicklung des Aktivgeschäftes der westfälischen Sparkassen wurden aus folgenden Unterlagen zusammengestellt: Für die Zeit von 1900 bis 1921 aus den Zeitschriften des Preußischen Statistischen Landesamtes, Band 40 bis 61. Da bis 1921 die Zahlen noch nicht in Form einer Bilanz erschienen, hat der Verfasser, um eine durchgehende einheitliche Bezugsgröße für die verschiedenen Anlageposten zu bekommen, aus dem gesamten ausgewiesenen zinsbar angelegten Vermögen der Sparkassen die Bilanzsumme selbst errechnet. Die so gewonnenen Werte für die Bilanzsummen dürften von der tatsächlichen nur geringfügig abweichen. Für die Jahre 1922 und 1923 wurden die Zahlen einem nicht veröffentlichten Sonderdruck des Preußischen Statistischen Landesamtes entnommen, den der Verfasser im Staatsarchiv zu Münster in den alten Akten des Oberpräsidiums Westfalens fand.

Die Tabellen für die Zeit von 1924 bis 1929 wurden wieder aus der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes, Band 65 bis 71, zusammengestellt, während die Zahlen für die anschließenden Jahre bis

1938 aus den Vierteljahresheften der Statistik des Deutschen Reiches stammen.

Von 1939 bis 1958 dienten als Quellen die Monatsausweise der deutschen Sparkassen, Girokassen und Kommunalbanken. Jedoch lagen die Ausweise nicht immer für das Jahresende vor, so daß für die Jahre 1939, 1940 und 1942 die Bilanzen vom 30. Juni genommen werden mußten.

Soweit im Text kein Quellennachweis angegeben worden ist, stammen die Zahlen aus den jeweiligen oben aufgeführten Quellen. Seit September 1938 sind auch die Sparkassen des Landes Lippe dem Verbandsgebiet des Westfälischen Sparkassen- und Giroverbandes angegliedert.

Besonderer Dank für die Betreuung meiner Arbeit gilt meinem hochverehrten Lehrer Herrn Professor Dr. H. Jecht. Ebenso sei Herrn Verbandsvorsteher Dr. Fischer und Herrn Direktor Wippo vom Westfälisch-Lippischen Sparkassen und Giroverband sowie Herrn Direktor Blomberg von der Städtischen Sparkasse Gütersloh, die durch wohlwollende Unterstützung meine Arbeit förderten, an dieser Stelle gedankt.

I. Die "klassische" Struktur des Aktivgeschäftes
=====
der Sparkassen
=====

Die deutschen Sparkassen können auf eine fast zweihundertjährige Geschichte zurückblicken. Entstanden aus sozialen Motiven formten sich über die Waisenkassen, Leihkassen und Ersparungskassen die Grundlagen des Sparkassentyps heraus. Waren die ersten Sparkassengründungen durch private, gemeinnützige Organisationen bewirkt worden, so nahm nach 1808, nachdem in Preußen die Städte die kommunale Selbstverwaltung und das Recht erhalten hatten, Sparkassen ohne staatliche Genehmigung zu errichten, die Gründung kommunaler Sparkassen ständig zu.¹⁾

Entsprechend den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen waren auch die geschäftlichen Methoden der Sparkassen sehr einfach. Es genügte, wenn der Sparer Gelegenheit hatte, während bestimmter Stunden oder an einigen Tagen in der Woche zur Sparkasse zu kommen. Dabei bestand bei vielen Sparkassen, da die soziale Aufgabe der Armen- und Wohlfahrtspflege im Vordergrund stand, eine Beschränkung des Kreises der Einleger auf die ärmere Bevölkerung. Daneben waren aber auch, vor allem bei den preußischen Sparkassen teilweise Höchstbeträge für die einzelnen Einlagen vorgeschrieben.

Ebenso einfach war auch die Anlage der Spargelder durch die Sparkassen. Dabei hatte die Kreditgewährung keine selbständige Bedeutung, sondern in erster Linie den Zweck, eine Verzinsung der Spareinlagen möglich zu machen. Es

1) Vgl. Zur Geschichte des deutschen Sparkassenwesens Henze-Schmidt, Grundzüge der Geschichte des Sparkassenwesens, S. 11 ff.

war allerdings nicht immer ganz einfach, die Gelder gut und sicher anzulegen, denn Staatsanleihen gab es nur in bescheidenem Umfange, preußische Gemeindeanleihen überhaupt noch nicht.¹⁾ Deutschland war noch ein überwiegend agrarwirtschaftliches Land und stand erst am Beginn seiner industriellen Entwicklung. Auch in der Provinz Westfalen hatten Industrie, Gewerbe und Handel noch keine große Bedeutung. Der Geldverkehr war bescheiden.

Auf dem Lande herrschte noch in großem Umfange die hauswirtschaftliche Eigenversorgung. Der Kredit spielte nur eine geringe Rolle.²⁾ In den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts fiel es daher den Sparkassen teilweise schwer, die Spargelder zinsbringend anzulegen. So wird z.B. von der Sparkasse der Stadt Münster berichtet, daß sie 1834 in die Lage geraten war, ältere Einlagen zurückzuzahlen und neue Spargelder ablehnen zu müssen, "weil sie ihre Fonds nicht unterbringen konnte".³⁾

1838 wurde durch das preußische Reglement, "die Einrichtung des Sparkassenwesens betreffend", ein einheitlicher, organisatorischer und geschäftlicher Rahmen für die Einrichtung und Verwaltung von Sparkassen geschaffen, nachdem am Anfang der Entwicklung viele örtliche Unterschiede bestanden hatten. Unter grundsätzlicher Anerkennung des Rechtes der Selbstverwaltung bestimmte das Reglement in Artikel 5 über die Anlegung der Sparkassengelder, daß es den Kommunen erlaubt sei, "diese Kapitalien nicht nur auf erste Hypotheken (solche, denen keine

1) Vgl. Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes 63. Jahrgang, 1923, S. 4

2) Vgl. Franz Künzer, Die Aufgaben der Sparkassen im Wandel der Zeit, Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes, 63. Jahrgang, 1923, S. 3 ff.

3) A. Trende, Aus der Werdezeit der Provinz Westfalen 1932, S. 316.

Hypothek eines anderen vorgeht), inländische Staatspapiere und Pfandbriefe und auf andere völlig sichere Art anzulegen, sondern auch damit ihre eigenen Schuldobligationen einzulösen oder die Gelder zur Dotierung städtischer, nach der Verordnung vom 28. Juni 1826 eingerichteter Leihanstalten zu verwenden¹⁾, wobei unter "auf andere völlig sichere Art" nach heutigem Sprachbrauch das Personalkreditgeschäft gemeint war.²⁾

Die Festsetzung einer Maximalgrenze für die Spareinlagen blieb dem Ermessen der Gemeinden überlassen.

Während bis 1864 der Bestand der preußischen Sparkassen an Inhaberpapieren größer war als der Bestand an Städtischen und ländlichen Hypotheken³⁾, trat in den folgenden Jahren im Aktivgeschäft der Sparkassen ein grundlegender Wandel ein. Die Anlage der Spargelder in Hypotheken wurde zur Regel. Der Personalkredit ging immer mehr zurück und sank schließlich bis zur Bedeutungslosigkeit herab. Die Gründe für das Absinken lagen einmal in dem Aufkommen der Kreditgenossenschaften, die das kurzfristige Geschäft an sich zogen, zum anderen aber in dem nach der Reichsgründung einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung, in dessen Gefolge besonders die Städte eine stürmische Aufwärtsentwicklung erlebten und der auch das private Kreditbedürfnis besonders nach langfristigen Darlehen ansteigen ließ. Schließlich wird man als Ursache dieser einseitigen Entwicklung des Aktivgeschäftes auch eine gewisse Bequemlichkeit der Sparkassen anführen müssen, die sich lieber auf das sichere Hypotheken- und Wertpapiergeschäft beschränkten als auf das risikoreichere, eine größere Beweglichkeit erfordernde Personal-

1) L. Simon, Das neue Sparkassenrecht, (Kommentar) Berlin, 1928, S. 270.

2) ebenda, S. 322

3) H. Höpker, Die Sparkassen und die Reichs- und Staatsanleihen, Preuß. Statistisches Jahrbuch, 1920, S.104.

kreditgeschäft einließen. Hatten die Hypotheken in den Jahren nach 1880 absolut zwar eine Steigerung zu verzeichnen, so war ihr Anteil am gesamten angelegten Vermögen jedoch etwas zurückgegangen. Auffallend war das Hervortreten der Inhaberpapiere, die auf Kosten des Personalkreditgeschäftes stark anwuchsen. Machte das gesamte Personalkreditgeschäft der westfälischen Sparkassen 1880 noch 11,4 % der Bilanzsumme aus, so war es bis 1889 bereits auf 5,7 % gefallen.

Von den Gesamtausleihungen der westfälischen Sparkassen entfielen auf:

	1880		1889	
	<u>in Mill.M.</u>	<u>in %</u>	<u>in Mill.M.</u>	<u>in %</u>
Hypotheken	215,2	64,5	344,8	62,2
davon städtische	117,4	35,2	165,7	30,0
Inhaberpapiere	38,5	11,5	113,0	20,4
Schuldscheindarlehen, Bürgschaften, Wechsel	32,4	9,7	25,2	4,5
Faustpfand	5,7	1,7	6,9	1,2
Darlehen an öffentl. Institute und Korporationen	<u>41,9</u>	<u>12,6</u>	<u>64,2</u>	<u>11,7</u>
	333,7	100,0	554,1	100,0

Schon vor der Jahrhundertwende mehrten sich die Stimmen, die gegen die weitgehende Festlegung der Sparkassenmittel in Hypotheken Stellung nahmen, einmal, weil dadurch eine nicht zu vertretende Vernachlässigung des Personalkreditgeschäftes eintrat,¹⁾ zum anderen aber auch die Gefahr von Zahlungsschwierigkeiten auftauchte, da es sich bei den Einlagen teilweise um kurzfristige Gelder handelte.²⁾

1) Vgl. auch Adolph Wagner, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 76, 1898, S.237 ff.

2) Vgl. "Die Sparkasse", Jahrg. 1900, S. 342.

Die wirtschaftliche Entwicklung, die Deutschland nach 1871 erlebte, blieb auch auf die Zusammensetzung des Kundenkreises der Sparkassen nicht ohne Einfluß. Mit dem steigenden Wohlstand mußte auch das wirtschaftliche Niveau der Sparkassenkundschaft steigen. Aus der Armen-Leute-Kasse wurde die Sparkasse des "kleinen Mannes".

Neue Kunden traten mit ihren Geldern hinzu, die teilweise nur vorübergehend eine sichere Anlage suchten. Die Höhe der einzelnen Einlagen wuchs. Besonders in Westfalen, wo schon vor den 70er Jahren Einzahlungen in unbeschränkter Höhe zugelassen worden waren, waren die großen Spareinlagen über 10.000,-- Mark, die nicht nur Anlagen der wohlhabenden Bevölkerung, sondern auch Rücklagen und Dispositionsgelder von Unternehmen darstellten, viel häufiger anzutreffen, als in den östlichen Provinzen des Reiches. So gab es z.B. vor der Jahrhundertwende im Regierungsbezirk Münster Sparkassenbücher mit Einlagen bis zu 38.000,-- Mark und in den Bezirken Minden und Arnsberg solche mit 240.000,-- Mark bzw. 250.000,-- Mark.¹⁾

Mit der fortschreitenden Industrialisierung wandelten sich die Formen der Geld- und Kreditwirtschaft. Auch für die Sparkassen ergab sich, wollten sie nicht einen Teil ihrer Kundschaft verlieren, die Notwendigkeit der Anpassung an die Bedürfnisse des Geld- und Kreditverkehrs. Der Rahmen, in dem sich das Sparkassengeschäft seit einem halben Jahrhundert abgewickelt hatte, wurde zu klein.

1) Vgl. Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes, Jahrgang 52, 1912, S. 295 und Jahrgang 58, 1918, S. 211.

Doch bevor wir uns dem Beginn der "bankmäßigen" Entwicklung der Sparkassen zuwenden, wollen wir die Struktur des Aktivgeschäftes der westfälischen Sparkassen vor dem ersten Weltkrieg betrachten.

1. Die Vorrangstellung des Realkredites

Als Folge der Zunahme der Spareinlagen sind in den Jahren vor Ausbruch des 1. Weltkrieges bei den westfälischen Sparkassen auch die absoluten Ziffern auf der Aktivseite der Bilanz ständig gestiegen. Die Spareinlagen erhöhten sich von 932 Mill.M. im Jahre 1900 auf 2.178 Mill.M. im Jahre 1913. Anteilmäßig verlagerte sich das Schwergewicht des Anlagegeschäftes immer mehr auf den Hypothekarkredit. In dem Jahrzehnt vor Ausbruch des 1. Weltkrieges hatten die westfälischen Sparkassen durchschnittlich 77 % bis 79 % der Spareinlagen in Hypotheken angelegt. Der Typ der Sparkasse war also der einer Spar- und Realkreditanstalt.¹⁾

1) Von den preußischen Sparkassen hatten 1910 435 oder mehr als ein Viertel aller Sparkassen den Anteil der Hypotheken an dem Gesamtvermögen von 75 % - eine Höchstgrenze war in den Satzungen nicht vorgesehen - überschritten. 38 Sparkassen hatten sogar mehr als 90 % in Hypotheken angelegt. Diese Kassen konnte man im Hinblick auf das Aktivgeschäft schon fast als Hypothekenbanken bezeichnen. Vgl. Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes, 50. Jahrgang, 1910, S. 421.

In keiner anderen Provinz Preußens hatten die Sparkassen allerdings ihr Vermögen in dem hohen Maße in Hypotheken angelegt wie in Westfalen.²⁾ Zur damaligen Zeit bestanden in der Struktur des Anlagegeschäftes bei den preußischen Sparkassen in den verschiedenen Landesteilen nämlich erhebliche Unterschiede.³⁾

Der Hypothekenbestand der westfälischen Sparkassen

Jahr	städt. Hypoth. Mill.M.	ländl. Hypoth. Mill.M.	Hypotheken insgesamt Mill.M.	in % der Spar- einlagen	in % der Bilanz- Summe
1900	399,5	303,4	702,9	75,3	71,5
1905	649,4	381,1	1.030,5	79,1	74,7
1910	962,3	448,6	1.410,9	78,7	74,3
1912	1.222,3	389,3	1.611,6	78,7	74,7
1913	1.338,1	351,6	1.689,7	77,5	73,9
1914	1.408,2	350,6	1.758,8	77,3	71,5

Die westfälischen Sparkassen hatten aber auch - neben dem Rheinland - den höchsten Anteil an städtischen Hypotheken. Seit 1889 hatte eine ganz erhebliche Steigerung des prozentualen Anteils der städtischen Hypotheken stattgefunden. Ihr Anteil an den Gesamtausleihungen stieg von 30 % im Jahre 1889 über 40,7 % im Jahre 1900 auf 58,5 % im Jahre 1913 an. Andererseits hatten die westfälischen Sparkassen einen auffallend hohen relativen Rückgang an ländlichen Hypotheken - d.h. Hypotheken auf landwirtschaftlich genutztem Boden - zu verzeichnen. Im Jahre 1889 machte ihr Anteil an den Gesamtausleihungen noch 32,2 % aus, und auch 1900 konnten sie sich noch mit 30,8 % behaupten. 1913 waren sie dann aber auf 15,3 % der Gesamtausleihungen abgesunken.

2) Siehe Anhang Tabelle 1.

3) Vgl. Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes 55. Jahrgang, 1915, S. 91 ff.

Das Anwachsen der städtischen Hypotheken bei den westfälischen Sparkassen ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Einmal spiegelt sich darin das mit dem raschen Wachstum der Städte verbundene hohe Kreditbedürfnis des städtischen Grundbesitzes wider. In der Landwirtschaft nahm dagegen die Notwendigkeit der Verschuldung nicht in demselben Maße zu. Zum anderen aber bot der städtische Hypothekarkredit auch die Chance der höheren Verzinsung, sowohl gegenüber den ländlichen Hypotheken als auch gegenüber den Wertpapieren. Die Verzinsung der städtischen Hypotheken hatte immer schon etwas höher gelegen als die der Inhaberpapiere, aber ungefähr seit der Jahrhundertwende nahm die steigende Tendenz noch zu.

Erwähnenswert für die Beurteilung der damaligen Situation im Hypothekarkredit ist auch noch der Anteil der Amortisationshypothek am gesamten Hypothekengeschäft. Die Amortisationshypothek ist eine Hypothek, bei der eine Kündigung durch den Gläubiger nicht in Frage kommt und bei der eine allmähliche Abtragung in kleinen, gleichmäßigen Raten erfolgt.¹⁾ Sie wurde erstmals 1905 in der Statistik ausgewiesen und damals sehr stark propagiert, da man glaubte, daß die "der Form nach das alte Rentenideal von Rodbertus tatsächlich verwirklichte, indem sie sich von einer auf ihren Anfangskapitalwert berechneten Rente nur dem Namen nach unterscheidet, die von Rodbertus als einzige Verschuldungsform gedachte Rente aber insofern noch übertrifft, als sie keine 'ewige Rente', sondern eine auf Zeitablauf gestellte Rente ist".²⁾

1) Vgl. R. Stucken, Geld und Kredit, Tübingen, 1957, S.23

2) Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes, 1908, S. 302.

Die Aufteilung des Hypothekenbestandes

Jahr	städt. Hypotheken in Mill.M.	darunter Amort. Hypoth.	ländliche Hypotheken in Mill.M.	darunter Amort. Hypoth.
1900	399,5	-	303,4	-
1905	649,4	115,7	381,1	51,8
1910	962,3	147,4	448,6	66,2
1912	1.222,3	207,4	389,3	57,3
1913	1.338,1	239,4	351,6	53,2
1914	1.408,2	272,6	350,6	54,1

Tatsächlich bietet die Tilgungshypothek bedeutende Vorteile, da sie den Schuldner zur jährlichen Zahlung zwingt und die verfügbaren Gelder der Sparkassen erhöht. Denn selbst wenn im Durchschnitt die Amortisationsrate nur 1 % betragen hätte, wäre den Sparkassen jährlich eine erhebliche Summe an Amortisationsgeldern zur anderweitigen Verwendung zugeflossen. Es gelang aber den westfälischen Sparkassen nicht, den Anteil der Tilgungshypotheken wesentlich zu erhöhen. Betrug ihr Anteil am gesamten Hypothekenbestand 1905 noch 16,2 %, so fiel er 1910 sogar auf 15,1 % ab und erhöhte sich bis 1913 nur auf 17,3 %.

Gegenüber der beherrschenden Stellung, die der Hypothekarkredit bei den westfälischen Sparkassen einnahm, konnten die anderen (langfristigen) Kreditgeschäfte nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Wir wiesen schon darauf hin, daß die Struktur des Aktivgeschäftes bei den preußischen Sparkassen sehr große Unterschiede - entsprechend der industriellen Entwicklung der einzelnen Landesteile - aufwies, und daß die starke Engagierung im Hypothekarkredit vor allem zu Lasten

des Wertpapiergeschäftes ging. Während bei allen preußischen Sparkassen z.B. im Jahre 1904 die Wertpapiere 26,5 % der Anlagen ausmachten,¹⁾ betrug ihr Anteil in Westfalen nur 11,2 %. Bis zum I. Weltkrieg war der Bestand an Wertpapieren jedoch auch in dieser Provinz auf 15 % der Bilanzsumme angestiegen.

Der Wertpapierbestand der westfälischen Sparkassen

Jahr	Wertpapiere Nennwert in Mill.M.	Wertpapiere Bilanzwert in Mill.M.	Wertp.in % d.Spar- einlagen	Wertp.in %d.zinsb angel.Ver- mögens	Wertp. in %d. Bi- lanzsumme
1900	116,4	111,7	11,98	11,54	11,37
1904	147,7	145,7	11,91	11,40	11,24
1905	158,5	155,9	11,97	11,47	11,30
1907	177,2	165,2	11,32	10,86	10,70
1910	243,9	231,2	12,91	12,35	12,19
1912	279,3	256,3	12,51	12,05	11,89
1913	320,0	286,3	13,14	12,69	12,53
1914	406,6	372,3	16,37	15,35	15,14

Der Grund für die geringe Anlage in Wertpapieren lag aber nicht nur in der gegenüber den Hypotheken niedrigeren Verzinsung, sondern in der Entwicklung der Zinsmarge. Durch das mit dem Steigen des Zinssatzes verbundene Sinken des Kurswertes niedrig verzinslicher Effekten hatten die Sparkassen in den letzten zwanzig Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges fast jährlich einen nicht unerheblichen Kursverlust der Wertpapiere hinnehmen müssen. Besonders empfindliche Kursverluste hatten die Sparkassen in den Jahren 1907 und 1912 zu verbuchen.²⁾

1) Siehe Anhang Tabelle 2.

2) Betrug im Durchschnitt der Jahre der Kursverlust der preuß. Sparkassen 0,65 %, so lag er 1907 bei 3,65 % und 1912 bei 2,96 %; vgl. Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes, 1922, S. 407.

Im Jahre 1913 belief sich die Differenz zwischen dem Nennwert und dem Bilanzwert auf 33,6 Mill.M. oder 10,5 % des Gesamtbestandes an Wertpapieren. Wegen dieser erlittenen Kursverluste scheuten sich die westfälischen Sparkassen daher auch, Wertpapiere in größerem Umfange anzuschaffen, sie mußten jedoch dem ausgeübten Druck der Regierung nachgeben.

Der Wertpapierbestand der westfälischen Sparkassen setzte sich im Jahre 1900 zu 47,2 % aus Staatspapieren und 52,8 % aus "sonstigen Wertpapieren", die in der Statistik nicht näher aufgegliedert werden, zusammen. Neben Deutschen Reichsanleihen und Preußischen Consols besaßen die westfälischen Sparkassen vor allem Ost- und Westpreußische, sowie Westfälische Pfandbriefe, Ost- und Westpreußische sowie Preußische und Rheinisch-Westfälische Rentenbriefe. Daneben hatten sie auch noch Stadtanleihen und kommunale Schuldverschreibungen, teils ihres eigenen Gewährverbandes, teils von anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Aufteilung des Wertpapierbestandes

Jahr	Wertp.d. Dtsch.R. Mill.M.	in % d. Gesamt- papiere	Wertp. Preuß. Mill.M.	in % d. Gesamt papiere	Sonst. Wertp. Mill.M.	in % d. Gesamt papiere
1900	6,5	5,60	48,5	41,64	61,4	52,80
1905	11,7	7,35	57,0	35,96	89,8	56,69
1910	30,1	12,34	99,7	40,85	114,2	46,81
1912	37,6	13,47	117,9	42,20	123,8	44,33
1913	44,4	13,86	146,0	45,60	129,7	40,54
1914	94,6	23,26	169,5	41,69	142,5	35,05

Bis zum Jahre 1905 war der Anteil der Staatspapiere sogar bis auf 43,3 % gefallen Es überrascht daher auch nicht, daß die Bestrebungen der Reichsregierung darauf gerichtet waren, für die Wertpapieranlage der Sparkassen einen

Mindestsatz festzusetzen. In einem Gesetzentwurf aus dem Jahre 1905 sollte den Sparkassen zur Pflicht gemacht werden, mindestens $\frac{1}{3}$ ihres verzinslich angelegten Vermögens in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber, wovon mindestens die Hälfte Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches oder Preußens sein sollten, anzulegen.¹⁾ Dieser Entwurf wurde verständlicherweise besonders von den westfälischen Sparkassen wenig günstig aufgenommen, da sie eine Beeinträchtigung ihrer Anlagepolitik befürchteten. In mehreren an den Minister des Innern gerichteten Antwortschreiben einiger größerer westfälischer Städte wie Dortmund, Hamm, Bielefeld und Arnsberg wurden zwar unterschiedliche Gründe für die ablehnende Haltung angeführt, Übereinstimmung herrschte aber darüber, daß der Entwurf in erster Linie die Begünstigung des Staates bezwecke, indem für den Absatz der Staatspapiere ein größerer Markt geschaffen werden sollte. Letzten Endes würde es sich nur um die Auferlegung einer Zwangsanleihe handeln, wobei die zwangsweise Aufbringung des Geldbedarfs des Staates durch die Sparkassen erfolgen sollte.

Dieser Entwurf verfiel zwar noch der Ablehnung, im Jahre 1912 gelang es aber der Regierung, ihren Willen durchzudrücken. Am 23. Dezember 1912 wurde das Gesetz "betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberschuldverschreibungen" erlassen. (GS.1913, S.3) Die Ausführungsanweisungen ergingen im Mai 1913 (MBI.S.77). Es verpflichtete die Sparkassen, bestimmte Mindestbeträge (15 % - 25 % je nach Einlagenbestand gestaffelt) ihres verzinslich angelegten Vermögens in mündelsicheren Inhaberschuldverschreibungen, davon $\frac{3}{5}$ in Reichs- und Staatspapieren anzulegen. Die auffällige Erhöhung des Wertpapierbestandes im Jahre 1913 dürfte bereits die Folge dieses Gesetzes gewesen sein.

1) Gesetzentwurf des Ministers des Innern, Staatsarchiv zu Münster, Akte Regierung Arnsberg.

Nach dem Reglement von 1838 konnten die Sparkassen ihre Mittel nicht nur auf erste Hypotheken, inländische Staatspapiere und Pfandbriefe ausleihen und Schuldobligationen ihrer Gewährverbände einlösen, sondern Artikel 8 erlaubte den Kommunen auch, Darlehen bei ihren Sparkassen aufzunehmen. Durch Erlaß vom 2.4.1884 war die Darlehns-gewährung gegen Schuldschein an die Gemeinden auf 25 % des Gesamtbestandes an Einlagen beschränkt worden. Die Höchstgrenze war aber durch die Verfügung vom 2.4.1902 dahingehend erweitert worden, daß 25 % an andere kommunale Verbände ausgeliehen werden durften.

Diese Höchstsätze für Kommunal-darlehen wurden vor dem 1. Weltkrieg von den westfälischen Sparkassen aber bei weitem nicht erreicht. Der Kommunalkredit der Sparkassen nahm vor dem 1. Weltkrieg nämlich nicht das Ausmaß an, das man auf Grund der schnellen Verstädterung hätte erwarten können. Die Finanzlage der Gemeinden war gesund, und sie waren noch nicht mit so viel Aufgaben zur Befriedigung der "Gemeinschaftsbedürfnisse" belastet wie heute. Überdies konnten die größeren Gemeinden ihren Kreditbedarf vornehmlich durch Ausgabe von Anleihen auf dem Kapitalmarkt decken, denn Kommunalanleihen waren beim Publikum sehr beliebt. Lediglich die kleineren Gemeinden wandten sich mehr an ihre Sparkassen.

Darlehen an öffentl. - rechtl. Institute
und Korporationen

Jahr	Darlehen in Mill.M.	Darlehen in % der Sparein- lagen	Darlehen in % d.zinsb. angelegten Vermögens	Darlehen in % der Bilanz- summe
1900	119,153	12,78	13,32	12,13
1905	133,345	10,24	9,81	9,66
1910	187,298	10,45	10,00	9,87
1912	212,316	10,37	9,98	9,85
1913	231,213	10,61	10,25	10,11
1914	235,551	10,36	9,71	9,58

In den Zahlen der obenstehenden Tabelle sind allerdings neben den Kommunalkrediten auch die Bankguthaben der Sparkassen und die Genossenschaftskredite enthalten. Ein getrennter Ausweis liegt nur für die Jahre 1902, 1908 und 1911 vor. In diesen Jahren betrug der Anteil des Kommunalkredits über 90 % (1902 = 91 %, 1908 = 92 %, 1911 = 93,7 %).¹⁾

2. Die Erweiterung der Sparkassengeschäfte.

Wie bei allen anderen Kreditarten war auch der Personalkredit bei den westfälischen Sparkassen seinem absoluten Umfange nach gewachsen, anteilmäßig war er aber von dem langfristigen Kreditgeschäft weit überflügelt worden. Zwar hatte die preußische Regierung durch verschiedene Erlasse von 1840, 1856 und 1857 den Sparkassen die Pflege des Personalkredites besonders empfohlen, und durch den Erlaß vom 27.8.1897 wurde den Sparkassen auch die Gewährung bürgschaftsloser Darlehen gegen einfache Schuldscheine gestattet.²⁾

1) Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes, 1908, S.314/315, 1911 S. 155, 1924 S. 117.

2) Diese Darlehen durften jedoch im Einzelfalle 3.000 Mark nicht übersteigen und konnten nur durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes bewilligt werden. Ihr Gesamtbetrag durfte nicht über 1 % der Aktiven oder 10 % des Reservefonds hinausgehen.

Aber insgesamt gesehen war die Praxis der Kreditgewährung der Sparkassen viel zu schwerfällig und zu wenig den Erfordernissen des Wirtschaftslebens angepaßt, als daß der Personalkredit der Sparkassen eine größere Bedeutung erlangen konnte.¹⁾ Hinzu kamen die schon erwähnten Gründe für die Bevorzugung des langfristigen und hier besonders des Hypothekarkredites.

Im Jahre 1900 machte das Personalkreditgeschäft der westfälischen Sparkassen nur 3,41 % der Bilanzsumme aus. Auf die Gesamteinlagen bezogen, betrug sein Anteil 3,59 %. In den folgenden Jahren ging der Personalkredit anteilsmäßig sogar noch weiter zurück.²⁾

Das Personalkreditgeschäft der westf. Sparkassen

Jahr	Debitoren in	Deb.in% d.Gesamt einlagen	Deb.in% d.Bil- summe	Wechsel in Mill.M.	Wechsel in % d. Gesamt- einkl.	Wechsel in % d. Bilanz- summe
1900	33,171	3,56	3,38	0,314	0,03	0,03
1905	39.050	3,00	2,83	0,294	0,02	0,02
1910	41,938	2,34	2,21	0,287	0,01	0,01
1912	45,286	2,21	2,10	0,184	0,01	0,01
1913	46,825	2,15	2,05	0,216	0,01	0,01
1914	58,788	2,58	2,39	0,145	0,01	0,01

Zwar drängte bei einzelnen Sparkassen die Entwicklung auf eine Erweiterung der Geschäftsdarlehen, damit sie den Bedürfnissen des Geld- und Kreditverkehrs entgegenkommen konnten, und auch von einsichtigen Sparkassenleuten

1) Vgl. Alfred Hammel, Die Sparkassen, ihre Entwicklung und Bedeutung in der Nachkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Rheinland-Westfalen, 1932, S. 32.

2) 1908 hatten von den 1678 preuß. Sparkassen 187 überhaupt keine Gelder im Personalkreditgeschäft angelegt; vgl. Zeitschrift d. Preuß.Stat. Landesamtes, 48. Jahrg. 1908, S. 302.

wurde die Notwendigkeit der Anpassung an die Erfordernisse der Zeit erkannt,¹⁾ aber der entscheidende Anstoß erfolgte von außen. Die sogenannte "Geldkrise" von 1907 hatte sich in Deutschland besonders stark bemerkbar gemacht. Der Grund dafür lag in der engen Bindung des Notenumlaufs an den Goldbestand der Notenbank. Die Reichsbank zog daraus die Konsequenzen und richtete ihre Bestrebungen auf die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, um durch seine Ausbreitung die Geldversorgung der Wirtschaft elastischer zu gestalten und den gesamten Geldverkehr zu modernisieren.

Aus dieser Absicht heraus wurde durch das Reichsscheckgesetz von 1908 auch den Sparkassen die passive Scheckfähigkeit verliehen. Da das Sparkassenrecht Landesrecht war, bedurfte es aber noch einer landesrechtlichen Regelung. Der am 20.4.1909 erfolgte Erlass des Preußischen Ministers des Innern ging sogar noch darüber hinaus und gestattete den Sparkassen neben der Einführung des Scheckverkehrs auf Sparguthaben, den sogenannten erweiterten Sparverkehr, auch die Einführung des Kontokorrent- und Depositenverkehrs unter Verwendung des Schecks und der Giroüberweisung. Dadurch hatten die Sparkassen Anschluß an den bargeldlosen Zahlungsverkehr gefunden, wobei sich die Sparkassenorganisation unter dem Einfluss Dr. Eberles allerdings nicht für den Scheck-, sondern für den Giroverkehr entschied.

Johann Christian Eberle wird allgemein als der Erneuerer des deutschen Sparkassenwesens bezeichnet. Er wurde am 3. Mai 1869 in Laumersheim (Pfalz) geboren und war später Bürgermeister der kleinen sächsischen Stadt Nossen.

1) Besonders die Bestrebungen der Aufnahme des Scheckverkehrs durch die Reichspost wurde von den einzelnen Sparkassenleuten neidvoll verfolgt, denn sie erkannten die darin liegende Möglichkeit der größeren Beweglichkeit und eines größeren Entgegenkommens gegenüber den Wünschen der Kundschaft; vgl. "Die Sparkasse", 1900, S. 46.

Seiner Persönlichkeit war es zu verdanken, daß am 2. Januar 1909 nach enormen Anstrengungen in Sachsen der kommunale Giroverkehr eröffnet wurde.

Eberles Werk galt in erster Linie der Kredithilfe der Bevölkerung in den kleinen Städten und Gemeinden. Die Geldbeträge, aus der Kraft der örtlichen Gemeinschaft in den Sparkassen zusammengetragen, sollten auch den gleichen Kreisen wieder zugute kommen. Diese Idee konnte jedoch nur über eine wirtschaftlich zusammengefaßte, dezentral aufgebaute Sparkasseneinheit verwirklicht werden. "Hierbei folgten die Sparkassen der damals vor sich gehenden Wandlung in den Zahlungssitten und nahmen den bargeldlosen Zahlungsverkehr auf".¹⁾

Auch der Personalkredit erfuhr eine wesentliche Verbreiterung durch den Kontokorrentkredit, nachdem bisher der Buchkredit nur als festes Darlehen abgewickelt worden war. Allerdings blieben dem Depositen- und Kontokorrentverkehr zunächst noch gewisse Grenzen gesetzt, da die Kontokorrent- und Depositenguthaben 10 % des Gesamtbeitrages der Spareinlagen nicht übersteigen durften.

Mit der Genehmigung des Depositen- und Kontokorrentverkehrs hatte die Regierung auch der Tatsache Rechnung getragen, daß ein Teil der Sparkasseneinlagen schon vor 1909 ihrer Natur nach kurzfristige Gelder waren. Es sollte dadurch den Sparkassen die Möglichkeit einer reinlichen Trennung zwischen den bankmäßigen Depositen und den Spareinlagen gegeben werden. Die "Spareinlagen mit Depositencharakter" waren den Sparkassen ihrem Umfang nach unbekannt.

1) Henze-Schmidt, a.a.O. S. 52

Schätzungen über den Anteil dieser Einlagen kurzfristigen Charakters unter den Spareinlagen schwankten zwischen 10 % und 30 % der Spareinlagen.¹⁾

Auch nach der Einführung des Scheck- und Giroverkehrs konnte man noch zu keiner klaren Abgrenzung ihres Anteils kommen, denn nur wenige Sparkassen nahmen in neuerrichteten Kontokorrentabteilungen eine Trennung der kurzfristigen Gelder von den eigentlichen Spareinlagen vor. Die meisten Sparkassen führten auch den Giroverkehr auf den Sparkonten weiter.²⁾

Man pflegt zwar mit dem Erlaß vom 20.4.1909 den Zeitpunkt zu datieren, von dem an "die neuzeitliche Entwicklung des Sparkassenwesens im eigentlichen Sinne"³⁾ einsetzt, der Grundcharakter der Sparkassen veränderte sich in den folgenden Jahren zunächst aber nicht. 1909 nahmen in Westfalen nur 7 Sparkassen den Giroverkehr auf, und bis Ende 1913 beteiligten sich erst 38 Sparkassen (von 251) daran. 1913 machten die Kontokorrent- und Giroeinlagen mit 7,6 Mill.M. nur 0,3 % des Spareinlagenbestandes aus.

1) Vgl. Ludwig Sperk und Manfred Wilsdorf, Die Liquiditätsverhältnisse der deutschen Sparkassen, Berlin, 1956, S. 18. Die Gefahr, die in Anbetracht dieser Sachlage in einer zu einseitigen Anlagepolitik lag, bekamen einige Sparkassen 1909 zu spüren, als infolge Kriegsgerüchte ein Run auf die Einlagen einsetzte und sie in Liquiditätsschwierigkeiten kamen; vgl. Zeitschrift d. Preuß. Stat. Landesamtes, 51. Jahrgang, 1911, S. 420.

2) Vgl. Sperk/Wilsdorf, a.a.O., S. 19

3) Josef Hoffmann, Sparkassen- und Girozentralen, in "Das deutsche Bankwesen", S. 76

Das Aktivgeschäft der westfälischen Sparkassen verteilte sich 1913 folgendermaßen:

	Mill.M.	v.H. der Bilanzsumme
Hypotheken	1,689,7	73,94
Wertpapiere	286,3	12,53
Kommunaldarlehen	231,2	10,11
Personalkredite	47,0	2,05

Unter den Anlagen spielte der Realkredit weiter die überragende Rolle; alle übrigen Anlageformen traten dagegen zurück. Das kurzfristige Personalkreditgeschäft war anteilmäßig gegenüber 1910 sogar noch weiter gesunken. Man kann ganz allgemein sagen, daß vor dem ersten Weltkrieg der kurzfristige Kredit, die industrielle Gründungs- und Finanzierungstätigkeit und das Effekten- und Börsengeschäft den Privatbanken verblieb. Dieses Gebiet war "weit umfangreicher, weit komplizierter, mit größerem Risiko, allerdings auch größeren Gewinnmöglichkeiten verbunden und spielte sich im großen und ganzen an der bewegten Front des Wirtschaftslebens ab, während das öffentliche Bankwesen die ruhige Etappe besetzt hielt. Der Aufgabenverteilung entsprach die rechtliche Stellung und die Wesensart der leitenden Personen: An der Front der bewegliche, auf jede Verdienstmöglichkeit bedachte und damit die Wirtschaft an den ergiebigsten Stellen ankurbelnde, selbstverantwortliche und mit eigenem Risiko arbeitende private Unternehmer", in der Etappe der von 'Vorschriften' geleitete, Risiken möglichst vermeidende Beamte." 1)

Eine Veränderung dieser Verhältnisse und damit entscheidende Wendung in der Entwicklung der Sparkassen trat erst in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit ein.

1) Hermann Bente, Das Eindringen des Staates und der Kommunen in das Bankwesen, in "Untersuchung des Bankwesens", I. Teil, Bandl, 1933, S. 376/377.

II. Verzerrung der Bilanzstruktur durch Kriegsfinanzierung und Inflation

Kriege kosten Geld. Gütermäßig bedeutet das, daß der Staat einen großen Teil der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte für seine Zwecke, d.h. die Aufgaben der Kriegsführung, nutzbar machen muß. Welcher Mittel der Staat sich zur Erreichung dieses Zieles bedient, hängt in hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes, seiner Wirtschaftsordnung und dem Aufbau seines Geld-, Währungs- und Finanzsystems ab. Geschah die Deckung der Kriegsausgaben in früheren Zeiten durch Naturalabgaben, Münzverschlechterung oder Auflösung eines besonders verwahrten Kriegsschatzes, so traten für die moderne Kriegsfinanzierung Steuern, Anleihen, bankmäßige Geldschöpfung oder Steuer und Anleihe als einander ergänzende Methoden in den Vordergrund. Während man in England die Ausgaben für den 1. Weltkrieg vorwiegend über die Einkommensteuer finanzierte, hat man in Deutschland über die ganze Kriegszeit hinweg auf eine möglichst weitgehende Deckung der Kriegsausgaben durch Steuern verzichtet.¹⁾ Man befürchtete, daß durch eine starke Anziehung der Steuerschraube die Produktion zu stark gedrosselt würde. Die Kriegsfinanzierung in Deutschland vollzog sich praktisch auf dem Kreditwege. Der erste Bedarf des Reiches zur Deckung der wichtigsten Ausgaben für die Mobilmachung und die folgenden Wochen der Kriegsführung wurde durch die Ausgabe von Schatzanweisungen finanziert, die die Reichsbank übernahm. Diese Reichsschatzanweisungen wurden neben den Reichsschatzwechseln, den Reichs- und Darlehnskassenscheinen durch ein neues Gesetz in die Notendeckung mit einbezogen. Damit waren der Ausdehnung des Notenumlaufes keine Schranken mehr gesetzt.²⁾

1) R. Stucken, Deutsche Geld und Kreditpolitik 1914-1953
Tübingen, 1953, S. 30

2) ebenda S. 17

Die fortgesetzte Ausgabe von Schatzanweisungen führte aber zu einer ungeheuren Geldvermehrung und Geldentwertung, so daß man diese Finanzierungsmethode durch andere ergänzen oder ersetzen mußte.

Die Deutsche Reichsregierung wählte den Weg der Abschöpfung durch Auflegung von Kriegsanleihen. In einem sich fortlaufend wiederholenden Kreislauf folgten den kurzfristigen, den Geldumlauf aufblähenden Notenbankkrediten die kaufkraftabschöpfenden Anleihen, mit deren Erlös die Notenbankkredite nur zum Teil abgedeckt wurden ("rollende Anleihen").¹⁾ Die Begebung erfolgte auf dem Subskriptionswege. In Anbetracht der aufzubringenden Milliardenbeträge mußte sich der Staat dabei eines möglichst engmaschigen Netzes von Zeichnungsstellen bedienen, das die brachliegenden Gelder aus allen Kanälen aufsaugte. Die Sparkassen als Sammelbecken der Gelder der großen Massen waren dazu wie geschaffen. Es überrascht daher auch nicht, daß die Sparkassen in das System der Kriegsfinanzierung verstärkt eingespannt wurden. Sie hatten dabei eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Einerseits erwartete der Staat von ihnen, daß sie im höchst möglichen Maße selbst Kriegsanleihen in ihr Depot nahmen, zum anderen, daß sie durch entsprechende Werbung die Kundenzeichnung förderten. Damit wurden die Sparkassen in einen erheblich erweiterten Geschäftsverkehr hineingedrängt. Für das Anlagegeschäft bedeutet die Kriegsfinanzierung eine Verlagerung vom privaten auf den öffentlichen Finanzierungsbedarf. Das Hypothekengeschäft, das bisher im Vordergrund gestanden hatte, mußte zwangsläufig an Boden verlieren.

1) Von einer Kriegsanleiheemission zur anderen gelang es weniger, die Kriegskosten der vorangegangenen Monate mit dem Erlös zu decken und die in der Zwischenzeit angeschwollene Kreditbeanspruchung der Reichsbank auf den früheren Stand zurückzuführen. Vgl. R. Stucken: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1953 S. 27

Der Anleihepolitik des Reiches war bis 1916 ein weitgehender Erfolg beschieden. Von da ab war jedoch ein leichter Rückgang des Absatzes von Kriegsanleihen festzustellen.¹⁾ Die Gesamtsumme, die die Sparer bei den Sparkassen an Kriegsanleihen gezeichnet haben, belief sich bis Ende Januar 1918 auf mehr als 8 Mrd. Mark. Außerdem haben die Sparkassen selbst in gleichem Zeitraum über 5,7 Mrd. Mark der Kriegsanleihe ins Depot genommen. Voraussetzung für das Gelingen dieser Anleihepolitik war die starke Spartätigkeit und die Opferbereitschaft des Volkes. Im Zusammenhang mit Rationierung und Preisfestsetzungen konnte so bis Kriegsende die latente Inflation sehr stark zurückgedämmt werden. Nach Kriegsende fielen aber die Spartätigkeit und die Zeichnung von Staatsanleihen weg. Damit konnte sich die Inflation voll entfalten.

Die Sparkassen wurden durch den Inflationsprozeß besonders schwer betroffen. Der eigentliche Sparverkehr, die Basis des Aktivgeschäftes der Sparkassen, kam durch den Wertverfall des Geldes nahezu völlig zum Erliegen, das langfristige Aktivgeschäft ebenso. In das Jahr 1923 traten die deutschen Sparkassen mit einem Gesamteinlagenbestand von 136 Mrd. Mark.

Die private Wirtschaft hatte sich inzwischen ganz auf die fortschreitende Inflation eingestellt. Die Sparkassen konnten sich nur dadurch behaupten, daß sie die Flucht nach vorne wagten und ihren Geschäftsbetrieb auf die Erfordernisse der Zeit umstellten.

1) Nach der neunten und letzten Kriegsanleihe im Oktober 1918 betrug die schwebende Staatsschuld bei der Reichsbank und den Darlehnskassen 33,3 Mrd. Mark.

1. Umschichtungen im langfristigen Anlagegeschäft

Das Wertpapiergeschäft der westfälischen Sparkassen war vor Ausbruch des Krieges anteilmäßig hinter dem anderer Provinzen zurückgeblieben.¹⁾ Die Wertpapiere des Reiches zumal machten 1913 nur 13,4 % des gesamten Wertpapierbestandes aus. Die Anlage in Staatspapieren galt damals eben noch nicht als patriotische Pflicht wie während des Krieges. Um so stärker mußte deshalb auch bei den westfälischen Sparkassen die durch die Kriegsfinanzierung bedingte Veränderung in der Anlagestruktur in Erscheinung treten.

Waren Ende 1914 erst 372 Mill. Mark in Wertpapieren angelegt, so stieg ihr Bestand bis Ende 1918 auf 1.744,4 Mill. Mark. Westfalen hatte damit nach der Rheinprovinz während der vier Kriegsjahre den stärksten Zuwachs an Wertpapieren aller preußischen Provinzen zu verzeichnen.²⁾ Verbunden mit dieser absoluten Erhöhung war auch eine starke anteilmäßige Steigerung zu verzeichnen. Der Anteil der Wertpapiere an der Bilanzsumme erhöhte sich von 15,1 % Ende 1914 auf 40,5 % bei Kriegsende. Damit hatten auch bei den westfälischen Sparkassen die Wertpapiere die bislang an erster Stelle stehenden Hypotheken von ihrem Platz verdrängt (39,2 %). Das prozentuale Verhältnis der Inhaberpapiere zu den Gesamteinlagen stieg von 16,4 % auf 44,5 %. Der Wertpapierzuwachs war im Jahre 1916 doppelt so hoch wie der Spareinlagenzuwachs und machte auch 1917 noch 96,4 % und 1918 68,7 % des Spareinlagenzuwachses aus.

1) Siehe Anhang Tabelle 2

2) Vgl. Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes, 1918, S. 193
Siehe Anhang Tabelle 3

Der Wertpapierbestand der westf. Sparkassen

Jahr	Wertp. Nenn- wert	Wertp. Bilanz- wert	Wertp. in % d. Spar- einl.	Wertp. in % d. Gesamt- einl.	Wertp. in % d. zinsb. angel. Vermög.	Wertp. in % d. Bilanz- summe
1914	406,6	372,3	16,37	16,37	15,35	15,14
1915	520,4	484,3	21,58	21,15	18,70	18,45
1916	782,1	734,9	31,06	30,19	25,48	25,14
1917	1.207,5	1.147,8	40,37	38,53	33,75	33,18
1918	1.830,6	1.744,4	47,00	44,46	41,56	40,48
1919	1.927,5	1.495,4	36,68	34,73	35,17	34,53
1920	1.928,0	1.505,7	31,03	27,82	29,33	28,07
1921	1.965,7	1.547,0	27,95	24,71	25,58	24,29
1922		3.851,0	23,16	13,60	22,37	12,90

Daß der Wertpapierzuwachs ausschließlich auf Käufe von Kriegsanleihen zurückzuführen ist, geht eindeutig aus der Zusammensetzung des Wertpapierbestandes der westfälischen Sparkassen hervor. Bis Kriegsende entfiel der gesamte Wertpapierzuwachs auf Reichsanleihen. Der Anteil der Wertpapiere des Reiches am gesamten Wertpapierbestand stieg dadurch von 13,4 % im Jahre 1913 auf 83,8 % Ende 1918. Da die Anlagemöglichkeit in anderen als Kriegsanleihepapieren praktisch unterbunden war, mußte dementsprechend der Anteil der übrigen Wertpapiere zurückgehen.

Aufteilung des Wertpapierbestandes

Jahr	Wertp.d. Dtsch.R. in Mill.M.	in % d. Ges.Pap.	Wertp. Preuß. Mill.M.	in % d. Gesamt- papiere	sonst. Wertp. i.Mill.M.	in % d. Gesamt papiere
1914	94,6	23,3	169,5	41,7	142,5	35,0
1915	209,8	40,3	169,4	32,6	141,2	27,1
1916	477,2	61,0	166,5	21,3	138,5	17,7
1917	911,2	75,5	160,7	13,3	135,6	11,2
1918	1.534,0	83,8	155,6	8,5	140,9	7,7
1919	1.539,3	79,9	156,9	8,1	231,3	12,0
1920	1.586,6	81,9	167,1	8,6	184,3	9,5
1921	1.574,8	80,1	169,5	8,6	221,2	11,3
1922	3.585,6 ¹⁾	93,1			265,4	6,9

Obwohl sich der Wertpapierbestand dem Nennwert nach in den Jahren nach 1918 erhöhte, nahm der Bilanzwert ab. Die Verringerung des Effektenbestandes ist somit auf starke Kursverluste zurückzuführen. Der zahlenmäßige Anstieg in den Jahren 1921/22 ist bereits die Folge der zunehmenden Geldentwertung. Auch anteilmäßig gingen die Wertpapiere wieder zurück. Das Interesse an diesem Anlagegeschäft wurde auch in Anbetracht ihrer niedrigen Verzinsung verhältnismäßig gering.

Außerdem stieg nach Kriegsende auch der Finanzierungsbedarf der Kommunen rapide an, die zur Befriedigung ihres Geldbedürfnisses gerne auf die Geldquelle, die sie in ihren Sparkassen besaßen, zurückgriffen. Schon während des Krieges trat bei den Gemeinden infolge der Übertragung vieler Aufgaben der Kriegswirtschaft auf die Kommunalverbände ein steigender Geldbedarf ein. Aus diesem Grunde wurde die Höchstgrenze für den Sparkassenkredit an den eigenen Gewährverband durch Erlaß

1) einschl. Preußen

vom 19.9.1914 auch auf 35 % des Gesamtbestandes der Einlagen heraufgesetzt.

Vor dem Kriege war bei den westfälischen Sparkassen die zulässige Höchstgrenze von 25 % nie erreicht worden (1913 = 10 %). Nach Kriegsbeginn stiegen die Kommunkredite laufend an und nahmen Ende 1918 mit 615,9 Mill.M. 15,7 % der Gesamteinlagen in Anspruch. Ihr Anteil an der Bilanzsumme erhöhte sich von 10,1 % im Jahre 1913 auf 14,3 % Ende 1918.

Darlehen an öffentlich-rechtliche Institute
und Korporationen

Jahr	Darlehen in Mill.M.	Darl.in% d. Spar- einlagen	Darl.in % d.zinsbar angelegten Vermögens	Darl. in % d.Gesamt- einlagen	Darl.in % d.Bilanz- summe
1914	235,551	10,36	9,71	10,36	9,58
1915	276.651	12,32	10,68	12,09	10,54
1916	318.075	13,45	11,03	13,06	10,87
1917	419.352	14,74	12,33	14,08	1,12
1918	615.939	16,60	14,67	15,70	14,29
1919	971.726	23,84	22,86	22,57	22,43
1920	1.809.996	37,31	35,26	33,44	33,75
1921	2.337.878	42,22	38,50	37,34	36,72
1922	4.518.684	27,17	26,24	15,96	15,14

Nach Kriegsende erhöhte sich der Kommunalkredit noch weiter. Allein im Jahre 1920 stiegen die Darlehen an öffentliche Institute und Korporationen um fast das Doppelte auf 1.809,9 Mill.M. an. Mit einem Anteil von 33,4 % der Gesamteinlagen hatten damit die Kommunkdarlehen die Wertpapiere und die Hypotheken überflügelt. Vorwiegend handelte es sich bei den von den Kommunen nach Kriegsende aufgenommenen Krediten um eine kurzfristige Verschuldung. Wie hoch deren Anteil war, geht allerdings aus den statistischen Zahlen nicht hervor.

Bedingt durch den außerordentlichen Finanzbedarf der öffentlichen Hand und der kriegsbedingten Einschränkung der Bautätigkeit mußte das Hypothekarkreditgeschäft während der Kriegsjahre zwangsläufig stagnieren. In den ersten Kriegsjahren blieb der Hypothekenbestand zwar noch gleich, ab 1917 aber ging er sowohl absolut wie auch anteilmäßig stark zurück.

Der Hypothekenbestand der westf. Sparkassen

Jahr	Städt. Hypothek i.Mill.M.	Ländl. Hypothek i.Mill.M.	Hypotheken insgesamt i.Mill.M.	in % d. Sparein- lagen	in % d. Gesamt einl.	in % d. Bilanz- summe
1914	1.408,2	350,6	1.758,8	77,33	77,33	71,55
1915	1.417,6	350,9	1.768,5	78,80	77,26	67,39
1916	1.424,1	345,2	1.769,3	74,79	72,67	60,52
1917	1.417,0	335,9	1.752,9	61,65	58,85	50,67
1918	1.379,2	308,3	1.687,5	45,47	43,00	39,16
1919	1.335,5	273,4	1.608,9	39,46	37,37	37,15
1920	1.323,4	247,4	1.570,8	32,37	29,03	29,29
1921	1.444,7	272,3	1.717,0	31,02	27,42	26,96
1922	1.112,0	262,1	1.374,1	8,26	4,85	4,60

Während die städtischen Hypotheken von 1914 bis 1920 nur eine Verminderung von 84,8 Mill.M. oder 6,02 % erfahren haben, betrug der Rückgang bei den ländlichen Hypotheken 103,2 Mill.Mark oder 29,4 %. Die Landwirtschaft konnte sich infolge ihrer günstigen Lage während der Kriegsjahre in starkem Maße durch Abstoßung von Hypotheken von ihrer Schuldenlast befreien, dagegen war die Lage der städtischen Hausbesitzer während des Krieges oft sehr viel ungünstiger, so daß hier die Rückzahlung von Hypotheken bei weitem nicht das Ausmaß annahm, das bei den ländlichen Hypotheken festzustellen war.

Mit fortschreitender Inflation setzte für den Hypothekarkredit eine vernichtende Entwicklung ein. Die Geldentwertung wurde von den Schuldnern als günstige Gelegenheit zur Abstoßung von Sparkassenhypotheken benutzt, wogegen sich die Sparkassen nicht wehren konnten. Diese zahlreichen Kündigungen seit Kriegsende konnten durch Begebung neuer Hypotheken nicht ausgeglichen werden. Falls überhaupt noch eine Kreditnachfrage bestand, handelte es sich bei den gestiegenen Grundstückswerten um Beträge, bei denen die Sparkassen als Kreditgeber kaum noch auftreten konnten, da sie nach ihrer Satzung nur berechtigt waren, Hypothekendarlehen bis zu einem bestimmten Prozentsatz des ermittelten Grundstückswertes auszuleihen.

2. Die Aufblähung des kurzfristigen Anlagegeschäftes

Nach dem Waffenstillstand verstärkte sich der Geldüberhang in Deutschland noch weiterhin. Verantwortlich hierfür waren vor allem der ständig sich vergrößernde Fehlbetrag des Reichshaushalts, die Kreditpolitik der Reichsbank, die Kreditschöpfungsmöglichkeit der Banken sowie das Verhalten der Menschen auf die Art und das Tempo der Geldverwendung. Die Geldvermehrung, verbunden mit enormen Preissteigerungen, führte bis 1923 in astronomische Größen hinein.¹⁾

In dieser Situation mußten die Sparkassen um ihre Rentabilität kämpfen und verstärkt andere Geschäfte mit höheren Erträgen betreiben, um keine Zuschußbetriebe zu werden. Mit fortschreitender Inflation fielen bei den Sparkassen die Verwaltungskosten immer schwerer ins Gewicht. Die geringe Spanne zwischen Aktiv- und Passivzinsen, die das langfristige Anlagegeschäft ergab, reichte zur Deckung der Verwaltungskosten nicht mehr aus. Außerdem verbot auch die gesteigerte Beweglichkeit der Einlagen eine Ausleihung der Sparkassenmittel auf längere Sicht. Andererseits waren die Gemeinden aber auch nicht gewillt, Zuschüsse zu den Aufwendungen ihrer Sparkassen zu leisten, da sie selbst durch steigende Belastungen einen erhöhten Ausgabebedarf hatten. Darum ging das Bestreben der Gemeinden sogar dahin, die Sparkassen anzuhalten, ihr Geschäftsgebaren nicht nur so einzurichten, daß sie auf Zuschüsse nicht angewiesen waren, sondern durch eine Erweiterung ihres Betätigungsfeldes neue Einnahmequellen für die Gemeinden zu erschließen.

1) Nach dem Zusammenbruch 1945 trat der bestehende Geldüberhang dadurch nicht in Erscheinung, daß man die Geldschöpfungsquelle, die Reichsbank lahmlegte, durch gewaltige Steuererhöhungen einen Ausgleich der öffentlichen Haushalte erreichte und die Zwangsbewirtschaftung der Kriegszeit bestehen ließ, so daß die angesammelten Stückgeld- und Sparbeträge bei geringem Warenangebot und gestoppten Preisen sich nicht auswirken konnten. An die Stelle einer großen offenen Inflation trat der verdeckte Tauschhandel (Schwarzer Markt).
Vgl. R. Stucken, Deutsche Geldpolitik 1914-1953, Tübingen S. 186, ff, 1953.

Die Sparkassen mußten also versuchen, durch die Aufnahme gewinnbringenderer Geschäfte die Notlage zu überbrücken. Das war nur dadurch möglich, daß sie ihren Geschäftsbetrieb auf die Erledigung "bankmäßiger" Geschäfte umstellten und sich intensiver auf die Pflege des kurzfristigen Kreditgeschäftes verlegten. Sie wurden in der Nachkriegszeit gleichsam aber auch mit gebieterischer Notwendigkeit durch die Geldmarktverhältnisse gezwungen, vom langfristigen Kredit Abstand zu nehmen, um nicht durch die Inflation zu Schaden zu kommen und Geldkapital zu verlieren. Andererseits genügte für die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden in dieser Zeit der Realkredit nicht mehr. Sie benötigten zur Aufrechterhaltung ihres Geschäftsbetriebes in immer stärkerem Maße auch kurzfristige Betriebskredite, wobei sie sich selbstverständlich an das Institut wandten, dem sie bisher auch ihre Ersparnisse anvertraut hatten.

Dieser allgemeinen Entwicklung hätten die Sparkassen natürlich nicht folgen können, wenn die Regierung ihnen nicht eine größere Freiheit in ihrer geschäftlichen Betätigung zugestanden hätte. Im Zusammenhang mit den Kriegsanleihezeichnungen wurde den Sparkassen bereits 1915 erlaubt,¹⁾ die von ihren Kunden gezeichneten Kriegsanleihen ins Depot zu nehmen. Nachdem durch das Gesetz gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 den Wertpapierbesitzern ein bedingter Depotzwang auferlegt worden war, wurde den Sparkassen Ende Oktober 1919 die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren ohne Einschränkung gestattet.

1) Erlaß vom 11. März 1915

Die zwangsläufige Folge der Übertragung des Depotgeschäftes mußte die Zulassung der Sparkassen zum Effektenkommissionsgeschäft sein, sollte das Depotrecht für die Sparkassen nicht wertlos bleiben. Denn es war schwer vorstellbar, daß der Kunde bei einer Bank ein Papier erwerben würde, um es dann anschließend einer Sparkasse in Verwahrung zu geben. Der Erlaß vom 9. Oktober 1920 gestattete den Sparkassen dann auch den An- und Verkauf von Wertpapieren, zunächst allerdings nur für mündelsichere Werte. Diese Beschränkung auf festverzinsliche Anleihen wurde durch die Inflation zu Fall gebracht. Durch Erlass vom 15 April 1921 wurde den Sparkassen daher das Effektenkommissionsgeschäft nur noch für solche Wertpapiere untersagt, die an deutschen Börsen nicht gehandelt bzw. nicht notiert wurden.

Hielt sich der An- und Verkauf von Wertpapieren bei den Sparkassen zunächst noch in engem Rahmen, so erweiterte sich dieses Geschäft - entsprechend der gewaltigen Ausdehnung des Effektenhandels bei den Banken - mit zunehmender Geldentwertung immer mehr, da viele Sparer der Ansicht waren, daß das Geld in Wertpapieren sicherer angelegt sei als auf Spar- und Depositenkonten.

Derselbe Erlaß brachte für die Sparkassen auch die Genehmigung zur Ausübung des unbeschränkten Scheck-, Depositen- und Kontokorrentverkehrs. Die Sparkassen konnten demnach jetzt unbeschränkt kurzfristige Einlagen entgegennehmen, nachdem bereits 1917 durch Erlaß vom 10. August die ursprüngliche Höchstgrenze von 10 % auf 25 % der Spareinlagen heraufgesetzt worden war.

Der Erlaß vom 15.4.1921 enthielt darüber hinaus noch eine Generalklausel, die den Sparkassen auch "sonstige bankmäßige Geschäfte, für die eine besondere wider-rufliche Genehmigung erteilt" war, erlaubte¹⁾. Alle bankmäßigen Geschäfte spekulativen Charakters blieben den Sparkassen auch weiterhin untersagt.

In diesen weitgehenden Zugeständnissen an die Spar-kassen kam auch die Absicht zum Ausdruck, der um sich greifenden Errichtung von Kommunalbanken Einhalt zu gebieten. Zum anderen spiegelt sich darin aber auch die allgemeine politische Tendenz jener Zeit, die auf eine Umgestaltung des Wirtschaftssystems durch vermehrten Einfluß des Staates gerichtet war. Durch die mit dem verlorenen Krieg verbundenen Reparationsverpflichtungen ergab sich ganz zwangsläufig ein starkes Vordringen der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben und eine enge Verflechtung des Staates mit der Wirtschaft. Auch die Ausbreitung des öffentlichen Bankwesens wurde von den verantwortlichen Stellen durchaus gebilligt.

Unter den rentableren Geschäftszweigen, die die Sparkassen nach Kriegsende aufzunehmen gezwungen waren, stand an erster Stelle der bisher so vernachlässigte Personalkredit. Bei den westfälischen Sparkassen setzte eine stärkere Aufwärtsbewegung des Personalkreditgeschäftes erst gegen Kriegsende ein. 1918 stiegen die Personalkredite um fast das Doppelte auf 149 Mill.Mark. Die folgenden Jahre brachten nicht nur eine weitere absolute Steigerung, auch anteilmäßig fiel das kurzfristige Kreditgeschäft immer stärker ins Gewicht. 1922 machten die Debitoren bereits 25 % der Bilanzsumme aus.

1) Vgl. L. Simon, S. 301/302 und Erich Neumann, S. 338

Das Personalkreditgeschäft der westfälischen Spar-
kassen

Jahr	Debit. in Mill.M.	Deb. i.% der Ges.- einlagen	Deb.i.% d.Bilanz- summe	Wechsel in Mill.M.	Wechsel i.% d. Gesamt- einll.	Wechsel i.% d. Bilanz- summe
1914	58.788	2,58	2,39	0,145	0,01	0,01
1915	60.888	2,65	2,32	0,108	0,005	0,004
1916	61.478	2,53	2,10	0,101	0,004	0,003
1917	79.892	2,64	2,30	1.136	0,04	0,03
1918	145.687	3,71	3,38	3.663	0,09	0,08
1919	174.900	4,06	4,03	0,068	0,002	0,002
1920	234,702	4,34	4,37	11.489	0,21	0,21
1921	429,364	6,85	6,74	15.138	0,24	0,24
1922	7473.163	26,39	25,04			

Während vor dem Kriege der kurzfristige Sparkassenkredit vornehmlich als kommerzieller Kredit gegeben wurde, traten nach dem Kriegsende die Wirtschaftskredite mehr in den Vordergrund. Der Kreditbedarf wurde durch die Umstellung der Betriebe auf friedensmäßige Produktion hervorgerufen. Darüber hinaus bot aber die fortschreitende Geldentwertung auch einen starken Anreiz für spekulative Kreditaufnahme. Man versuchte, bei den steigenden Preisen dadurch zu verdienen, daß man auf Mark lautende Kredite nahm und dafür Aktien, Devisen oder sonstige Sachwerte erwarb. Gegenüber der Vorkriegszeit gingen die Darlehen mit und ohne Bürgschaft zurück, während gleichzeitig die Lombardkredite in den Vordergrund traten.

Die starke Steigerung des Personalkredites nach Kriegsende war aber nicht nur auf die Geldentwertung zurückzuführen, sondern zu einem Teil auch auf die Pflege des bankmäßigen Kontokorrent- und Giroverkehrs, der ganz von selbst eine stärkere Beanspruchung des Personalkredites durch die Kundschaft mit sich brachte. Im

Kriege war nämlich die Propagierung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wirksam fortgesetzt worden, und die Sparkassen mußten sich dem Fortschritt anpassen, wollten sie nicht Gefahr laufen, ihre alten Kunden zu verlieren.

Die westfälischen Sparkassen wiesen während des Krieges neben Hannover die stärkste Zunahme im Kontokorrentverkehr auf.¹⁾ Bis 1917 hatten bereits 105 von den westfälischen Sparkassen den Giroverkehr aufgenommen. 1920 war ihre Zahl auf 164 gestiegen. Westfalen hatte neben der Rheinprovinz auch den höchsten Einlagenbestand im Kontokorrentverkehr zu verzeichnen.²⁾ 1920 machten die Giroeinlagen mit 560 Mill. Mark bereits 10,4 % der Gesamteinlagen aus. 1922 betrugen die Giroeinlagen 11,6 Mrd. Mark (41,6 %) gegenüber 16,3 Mrd. Mark Spareinlagen. Wenn auch das Vordringen der kurzfristigen Einlagen auf den ersten Blick bedeutsam erscheint, so muß erwähnt werden, daß das Spargeschäft selbstverständlich unter der allgemeinen Inflation gelitten hat und zurückgegangen ist. Im Verhältnis zum bestehenden Geldüberhang und einem Stückgeldumlauf von 768 Mrd. Mark im November 1922 müssen demnach 11,6 Mrd. Mark Giroeinlagen als unerheblich bezeichnet werden.

Die schnelle Expansion des kurzfristigen Kreditgeschäftes wäre nicht möglich gewesen ohne die Errichtung des kommunalen Giro-netzes. Die Anfänge des Giroverkehrs gehen auf die Jahre 1907 und 1908 zurück. (Sächsischer Sparkassenverband). In Preußen entstand der erste Giroverband 1912 in Pommern. In den folgenden Jahren bildeten sich weitere provinzielle Giroverbände. Durch das Zweckverbandsgesetz von 1911 war

1) Vgl. Zeitschrift d. Preuß. Stat. Landesamtes, 58. Jahrgang, 1918, S. 189

2) Vgl. ebenda.

die Möglichkeit der Bildung selbständiger kommunaler Zweckverbände geschaffen worden. 1916 wurde der Deutsche Zentralgiroverband gegründet, der sich schließlich im Jahre 1924 mit anderen Verbänden zum Deutschen Sparkassen- und Giroverband vereinigte. Von den Giroverbänden wurden Girozentralen errichtet, die als Verrechnungsstellen des Giroverkehrs und als Zentralinstitute der Sparkassen dienten.

Als Ergebnis der Kriegs- und Inflationsjahre können wir eine weitgehende Änderung der Sparkassen von ihrem Charakter der Vorkriegszeit feststellen. Die mit dem Jahre 1909 einsetzende Entwicklung des modernen Sparkassenwesens kam jetzt zum eigentlichen Durchbruch. Der Einlegerkreis hatte sich bedeutend erweitert. Neben die Spareinlagen waren gleichberechtigt Depositen- und Kontokorrenteinlagen getreten.

Hinzu kamen die übrigen bankmäßigen Geschäfte, besonders das Effektenkommissionsgeschäft, der systematische Ausbau eines eigenen Überweisungsverkehrs und die Errichtung der Girozentralen und die Schaffung der Sparkassen- und Giroverbände.

Die Struktur des Aktivgeschäftes der
westfälischen Sparkassen

	<u>1913</u>		<u>1918</u>		<u>1922</u>	
	<u>i. 1.000M.</u>	%	<u>i. 1.000M.</u>	%	<u>i. 1.000M.</u>	%
Hypotheken	1.689,7	74,0	1.687,5	39,3	1.374,1	4,7
Kommunaldarl.	231,2	10,1	615,9	14,3	4.518,7	15,5
Eigene Wert- papiere 1)	286,3	12,5	1.744,4	40,5	3.850,9	13,1
Debitoren	46,8	2,1	145,7	3,4	7.473,2	25,4
Bankguthaben	-, -	-, -	-, -	-, -	9.677,1	32,9
Barreserven	29,0	1,3	107,9	2,5	2.506,3	8,5

Die Struktur des Aktivgeschäftes der westfälischen Sparkassen hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit völlig verändert. Hatte das langfristige Kreditgeschäft noch seine Vorrangstellung bis 1921 behauptet, so geben die Zahlen des Jahres 1922 ein Abbild der fortschreitenden Inflation. Die langfristigen Ausleihungen waren anteilmäßig auf ein Drittel zurückgegangen. Gleichzeitig war das kurzfristige Kreditgeschäft an die erste Stelle gerückt. Bestimmend für die Aktivseite der Bilanz der westfälischen Sparkassen waren aber die gewaltig angewachsenen Barreserven und Bankguthaben geworden.

1) Die Wertpapiere sind zum Kurswert eingesetzt.

III. Die "bankmäßige" Ausweitung des Sparkassengeschäftes.

=====

Mit dem Ende der Inflation und der Wiederherstellung stabiler Währungsverhältnisse wurde wohl die Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung geschaffen, aber damit konnte nicht einfach eine Anknüpfung an die Vorkriegsverhältnisse verbunden sein.¹⁾ Die gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse hatten sich grundlegend gewandelt. Auf dem Banksektor hatten Krieg und Inflation nicht nur die Geschäfte der Sparkassen verändert, sie hatten auch im Aufbau des gesamten deutschen Bankwesens bleibende Spuren hinterlassen. Die wesentlichste Veränderung stellte der erheblich gestiegene Anteil der Sparkassen und der öffentlichen Banken an den gesamten bankmäßigen Geschäften dar.

Auch nach der Währungsumstellung waren für die Sparkassen die Voraussetzungen zunächst nicht gegeben, um in der klassischen Form des Sparkassengeschäftes wieder tätig zu werden. Die Hauptvoraussetzung dafür, die Spareinlagen, hatten durch die Inflation eine geradezu katastrophale Schrumpfung erfahren. Bis Ende 1924 hatten sie sich zwar auf 608 Mill. RM erhöht, verglichen mit den 18,97 Mrd. Mark Ende 1913 waren sie aber noch völlig unbedeutend.

Bei den westfälischen Sparkassen beliefen sich die Spareinlagen Ende 1924 erst wieder auf 93,3 Mill. RM. gegenüber 2,17 Mrd. Mark 1913.

1) Seit dem 11. Oktober 1924 galt in Deutschland als neue Währungseinheit die "Reichsmark", die im Verhältnis zur alten Mark 1 : 1 Billion und zur Rentenmark 1 : 1 stand.

In der ersten Zeit nach der Währungsstabilisierung bestanden die Einlagen der Sparkassen fast durchweg aus kurzfristigen Geldern - auch unter den Spareinlagen befanden sich viele kurzfristige Gelder -. Gegen Ende 1924 trat hierin ein gewisser Wandel ein, aber erst ab 1925 überwogen wieder die langfristigen Einlagen. Die folgenden Jahre brachten zwar eine stetig aufsteigende Entwicklung der Spareinlagen und damit eine weitere Verschiebung zwischen den Spar- und Giroeinlagen, so daß die Sparkassen bald wieder ihre Funktion als Kapitalsammelbecken erfüllten. Das Verhältnis der langfristigen zu den kurzfristigen Einlagen der Vorkriegszeit wurde aber nicht wieder erreicht. Gegenüber 0,35 % 1913 machten die kurzfristigen Einlagen 1928 bei den westfälischen Sparkassen immer noch 14,2 % der Gesamteinlagen aus. Die laufende Zunahme der Depositen- und Kontokorrenteinlagen kam erstmalig 1929 - bedingt durch die einsetzende Krise - zum Stillstand.¹⁾

Die Einlagen der westf. Sparkassen

Jahr	Spareinlagen	in Mill. RM.		in % d. Gesamteinlagen	Gesamteinlagen
		in % d. Gesamteinlagen	kurzfr. Einlagen		
1924	93.310	62,8	55.277	37,2	148.587
1925	194.408	74,6	66.433	25,4	260.841
1926	343.076	79,3	89.687	20,7	432.763
1927	503.468	83,2	101.299	16,8	604.767
1928	695.196	85,8	115.311	14,2	810.527
1929	860.634	88,9	106.729	11,1	967.363
1930	977.738	90,3	105.305	9,7	1.083.043
1931	965.087	91,3	92.051	8,7	1.057.138
1932	995.078	92,4	81.298	7,6	1.076.376
1933	1.064.235	91,8	94.228	8,2	1.158.463

1) Die gleiche Entwicklung zeigte sich im gesamten Reichsgebiet; vgl. Die deutschen Sparkassen in den Jahren 1929 und 1930. Aus "Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches", 1931, Heft I.

Der Charakter der Spareinlagen hatte sich überdies gegenüber der Zeit vor 1914 wesentlich geändert. Einmal behielten die Spareinlagen auch nach der Währungsstabilisierung eine viel stärkere Beweglichkeit als früher. Besonders bei wichtigen politischen Ereignissen ergaben sich stets größere Abhebungen. Zum anderen trat das langfristige Ertrags- und Sicherungssparen gegenüber dem kurzfristigen Zwecksparen an Bedeutung zurück. Dieser Tatbestand wird aus einer Steigerung der Rückzahlungshäufigkeitsziffer ¹⁾ erkennbar.

Schon diese Veränderung der Einlagenstruktur, besonders die Ausdehnung der Giro- und Kontokorrenteinlagen, erzwang eine Veränderung der Anlagepolitik der Sparkassen. Eine derartig hohe Festlegung der Einlagen im langfristigen Anlagegeschäft wie vor dem Kriege war nicht mehr zu vertreten; hinzu kam, daß der kurzfristige Kreditbedarf der Wirtschaft nach der Währungsumstellung ganz außerordentlich anstieg. Dabei hatten besonders die mittelständischen Betriebe mit großen Kreditschwierigkeiten zu kämpfen. Es war daher nur zu verständlich, daß in der Kreditpolitik der Sparkassen nach 1924 die Wirtschaftskredite an Handel und Gewerbe mehr und mehr in den Vordergrund traten. Auch von Sparkassengegnern konnte kaum bestritten werden, daß die Sparkassen hier zumindest zeitweise eine "Lücke" in der Kreditversorgung auszufüllen hatten, die vor allem durch die geschwächte Finanzkraft der genossenschaftlichen und das Verschwinden der selbständigen mittelständischen Banken entstanden war. Sie mußten zugeben, daß die Sparkassen die Lücke in der Kreditversorgung tatsächlich ausgefüllt haben. ²⁾

¹⁾ Rückzahlungshäufigkeitsziffer = Auszahlungen aus Sparkonten in % des Spareinlagenbestandes.

²⁾ Vgl. Erich Neumann, Die deutschen Sparkassen in "Untersuchungen des Bankwesens", 1933, I. Teil, Band 1.

Im übrigen dürfte in den Jahren der Weimarer Republik auch die politische Unsicherheit in Deutschland zu einer Verschiebung zugunsten des kurzfristigen Kredits geführt haben. Diese allgemeine Entwicklungsneigung wird durch die Tatsache beleuchtet, daß die kurzfristigen Kredite in der gesamten Kreditversorgung der deutschen Volkswirtschaft von 18,5 % im Jahre 1913 auf 41,3 % im Jahre 1929 angewachsen waren.¹⁾ Wollten die Sparkassen keinen Rückgang ihres Geschäftsumfanges erleiden, so mußten sie sich dieser Tendenz anpassen.

Noch ein anderer Grund kam hinzu, der den Sparkassen ein Eindringen in den kurzfristigen Mittelstandskredit erleichterte. Während der Inflationsjahre mußte die mittelständische Wirtschaft die schmerzliche Erfahrung machen, daß sie in wirtschaftlich schwierigen Situationen auf die Unterstützung der Großbanken, die ihre Mittel vor allem der Großindustrie zuführten, nicht rechnen konnte. Nicht nur, daß die Großbanken kleinere Kredite nicht mehr gaben, den Inhabern kleinerer Depositionskonten wurde sogar die Auflösung ihrer Konten empfohlen. In den Jahren nach der Währungssanierung, als die Banken die Konkurrenz der Sparkassen zu spüren bekamen, versuchten sie dann, den verlorenen Boden wieder gutzumachen, indem sie sich wieder sehr intensiv um das Mittel- und Kleinkreditgeschäft bemühten. Das Bestreben, auch mittlere und kleine Kunden heranzuziehen, führte auch zu einer bewußten Sparwerbung in allen Bevölkerungskreisen durch die Großbanken.²⁾ Die Konkurrenz auch um die Einlagen wurde eine allgemeine Erscheinung in den zwanziger Jahren. Die Sparkassen schlossen die großen Sparer nicht mehr aus, und die Banken bemühten sich auch um die kleinen Einlagen.

1) Vgl. Bente, a.a.O., S. 378
Einschließlich der Auslandskredite

2) Vgl. Erich Walb, Übersetzung und Konkurrenz im deutschen Kreditapparat, in "Untersuchung des Bankwesens", 1933 I. Teil, Band 1, S. 148

Unter den Spareinlagen der Sparkassen befanden sich auch Betriebsgelder, genau wie umgekehrt in den Depositeneinlagen der Banken Spargelder enthalten waren.

Diese Geschäftsausdehnung der Sparkassen in die Sphäre, die die Privatbanken als ihre Domäne betrachteten, wurde natürlich von den Banken nicht widerspruchslos hingenommen, zumal nach der Währungsstabilisierung sowieso ein erbitterter Konkurrenzkampf im Bankgewerbe einsetzte, der zum Teil von der Ausdehnung der Filialbanken herrührte; von der Konkurrenz mit den Sparkassen wurden die Banken in der Provinz natürlich am stärksten betroffen. Die zwanziger Jahre waren daher gekennzeichnet durch einen erbitterten bankpolitischen Meinungsstreit. Es ging dabei neben der grundsätzlichen Frage nach der Übersetzung im Kreditapparat, d.h. "ob durch ein Zuviel an Banken ein Leerlauf mit volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Kosten entsteht", ¹⁾ einmal um den Begriff der "sparkassenfremden Geschäfte", zum anderen um die Möglichkeit einer Arbeitsteilung im Bankgewerbe. Bei der Diskussion um die "bankmäßige" Betätigung der Sparkassen ging es vor allem um den Personalkredit und hier insbesondere um den Kontokorrentkredit der Sparkassen. Daneben bildeten die Dienstleistungsgeschäfte und hier vor allem das Effektenkommissionsgeschäft den Gegenstand der Auseinandersetzung. Von Bankseite wurde dabei die Beschränkung des Effektenkommissionsgeschäftes auf den An- und Verkauf öffentlicher Anleihen gefordert, wie es bis 1921 der Fall war.

Ein ernsteres Problem stellte für die Kreditbanken das Eindringen der Sparkassen in das Depositen-, Giro- und Kontokorrentgeschäft dar, da es die Sparkassenkundschaft von den Banken unabhängig machte und darüber hinaus auch weitere Kreise an die Sparkassen heranführte. Der bargeldlose Zahlungsverkehr der Sparkassen bot nämlich

1) Vgl. Walb a.a.O., S. 139

auf Grund der Zusammenfassung fast sämtlicher deutscher Sparkassen im kommunalen Gironetz und durch den mittelbaren Anschluß der an den Reichsbank-, Giro- und Postscheckverkehr angeschlossenen Sparkassen erhebliche Vorteile.

Der Giro- und Kontokorrentverkehr der Sparkassen erfreute sich daher nach 1924 auch einer immer größeren Beliebtheit beim Publikum. Die Zahl der Giro- und Kontokorrentkonten erhöhte sich bei den westfälischen Sparkassen von 90.815 im Jahre 1924 auf 137.998 im Jahre 1933. Von den insgesamt 210 westfälischen Sparkassen hatten 1925 bereits 200 den Giro- und Kontokorrentverkehr aufgenommen. Damit wies Westfalen neben der Rheinprovinz die meisten Sparkassen mit Giro- und Kontokorrentverkehr auf.¹⁾ Dabei handelte es sich vorwiegend um kleine Konten, so daß der Kleinverkehr das Typische des Spargiros war.²⁾ Die Sparkassen konnten daher darauf verweisen, daß sie vornehmlich die wirtschaftlich schwache Bevölkerung am Kontokorrentverkehr teilnehmen ließen.

Was den umstrittenen Kontokorrentkredit der Sparkassen betraf, so mußte in Anbetracht der allgemeinen Verbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs die Frage auftauchen, ob der Kontokorrentkredit überhaupt als eine neue Geschäftsart oder nur als eine besondere Form des schon immer von den Sparkassen gepflegten Personalkreditgeschäftes angesehen werden konnte.

1) Vgl. Die preußischen Sparkassen in den Jahren 1925 und 1926, in d. Zeitschrift des Preuß.Stat. Landesamtes, 67. Jahrgang, 1927, S. 269.

2) ebenda, S. 270.

In einem Gutachten vom 12.11.1926 nahm der Erste Senat des Reichsfinanzhofes zu dieser Frage Stellung und kam zu dem Ergebnis, daß der Kontokorrentverkehr grundsätzlich als zum eigentlichen Sparkassengeschäft gehörend anerkannt werden kann. Er betonte, daß diese Frage nicht nach den Anschauungen, die vielleicht vor 100 oder 50 Jahren herrschend waren, beantwortet werden könnte. Haben sich nun die Verhältnisse weiter dahin entwickelt, daß nach der ganz überwiegenden Anschauung des Volkes ein Kontokorrentverkehr mit einer gewissen Krediteinräumung als eine übliche oder sogar notwendige Einrichtung der Sparkassen angesehen wird, dann wächst nach Meinung des Senats auch der Kontokorrentverkehr mit Krediteinräumung in den Kreis der sparkasseneigenen Geschäfte hinein Der Senat gelangt hiernach zu dem Ergebnis, daß der Kontokorrentkredit an und für sich zu den Geschäften des eigentlichen Sparkassenverkehrs zählen kann, nämlich dann, wenn die Sparkassen auch in diesem Geschäftszweig sich ganz leiten lassen von ihren allgemeinen Aufgaben gemeinnützigen Charakters.¹⁾

Was schließlich den anderen Diskussionspunkt der bankpolitischen Auseinandersetzungen, die Arbeitsteilung im Bankgewerbe, anbelangte, so war er nicht neu. Der Gedanke der Arbeitsteilung im Kreditwesen war schon vor dem ersten Weltkrieg aufgetaucht.²⁾ Nach der Währungsstabilisierung wurde dieser Gedanke der Arbeitsteilung - und diesmal vor allem - von den Banken in die Debatte geworfen. Praktisch wäre er auf den Verzicht der Sparkassen auf einzelne Geschäftszweige hinausgelaufen. Einlagen-, Kredit- und Dienstleistungsgeschäfte stellen aber hinsichtlich des Kundenkreises ein organisches Ganze dar.³⁾

1) Vgl. Henze - Schmidt S. 64

2) Vgl. Henze, ebenda

3) Vgl. Walb, s.a.O., S. 181

Die in den zurückliegenden Jahren eingetretenen Wandlungen im deutschen Banksystem machten eine Aufteilung der Arbeitsgebiete und eine ausschließliche Zuteilung einzelner Geschäfte an bestimmte Geldinstitute daher undurchführbar. Im übrigen darf man nicht verkennen, daß jede Gattung der Kreditinstitute einen festumrissenen unterschiedlichen Kundenkreis besitzt, wenn sich auch die Grenzen seit dem 19. Jahrhundert weiter verwischt haben. Ebenso steht bei jedem Institut ein Geschäftszweig im Vordergrund und wird besonders gepflegt, ohne daß die anderen Geschäfte vollständig vernachlässigt werden könnten.

Die Erkenntnis setzte sich schließlich - wenn auch zögernd - immer mehr durch, daß das Verhältnis Sparkassen und Banken nicht in einem Gegeneinander, sondern in einem Nebeneinander zum Nutzen der Gesamtwirtschaft bestehen mußte.

Fassen wir zusammen: Die Erweiterung des Geschäftsbereiches der Sparkassen läßt sich nicht auf eine Ursache allein zurückführen, sondern es waren verschiedene Kräfte maßgebend, die in dieselbe Richtung wirkten. Neben außergewöhnlichen Zeitumständen, die die bankmäßige Betätigung der Sparkassen entscheidend forcierten, war es das natürliche Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung und die Herausbildung des modernen Geld- und Kreditverkehrs, die einen Wandel in der Praxis der Sparkassengeschäfte bewirkten. Letzten Endes handelte es sich bei dem Eindringen der Sparkassen in das gesamte Bankgeschäft um eine Zwangsläufigkeit, denn der Kunde wollte nicht nur an den Vorteilen des modernen Geldverkehrs teilnehmen, er wollte auch möglichst alle Geschäfte von einem Institut erledigt haben.

Wenn die Sparkassen nicht ihre Einleger verlieren wollten, so mußten sie notgedrungen auch die anderen Geschäfte aufnehmen.

Die Ausdehnung der bankmäßigen Betätigung der Sparkassen ging allerdings nicht ins Unermeßliche. Ihr waren natürliche bzw. rechtliche Grenzen gesetzt. Es vollzog sich zwar eine Angleichung der Sparkassen an die Banken, aber man wird die Entwicklung der Sparkassen in den zwanziger Jahren noch nicht als die eigentliche "Bankwende" bezeichnen können, denn die Sparkassenkundschaft verlangte noch keine so ausgeprägte Bankbetätigung wie nach dem zweiten Weltkrieg. Die Mustersatzung von 1927, die vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde aufgestellt wurde, brachte zwar die grundlegende Einordnung der "bankmäßigen" Geschäfte in das Sparkassenrecht und damit die nachträgliche rechtliche Sanktionierung einer entstandenen Praxis, aber auch die erforderlichen Sicherungen dafür, daß der Charakter der Sparkassen als öffentliche und mündelsichere Kreditanstalten gewahrt blieb. Geschäfte, die ein starkes Risiko einschlossen, wie Finanzierungs- und Beteiligungsgeschäfte und die Übernahme von Bürgschaften ohne satzungsmäßige Sicherheiten waren verboten. Die Anlegung von Sparkassengeldern in Krediten zu Spekulationszwecken war unzulässig. Der Gesamtbetrag der einem einzelnen Darlehnsnehmer gewährten Darlehen durfte, sofern es sich nicht um Beträge bis 20.000 RM handelte, den Satz von 1 % der gesamten Spar-, Depositen-, Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparkassen nicht übersteigen. Im übrigen unterlag in Preußen die Anlegung der Sparkassengelder im wesentlichen dem pflichtgemäßen Ermessen der Sparkassenvorstände. Sie mußten dabei allerdings die Bestimmungen über die Mündelsicherheit und die satzungsmäßige Sicherheit und im Hypothekengeschäft die Beleihungsgrundsätze beachten.

Man wird nicht sagen können, daß die Geschäftspolitik der Sparkassen in diesen Jahren einseitig vom Erwerbsinteresse beherrscht war, sondern nach wie vor auf Sicherung der Einlagen und neben einer zweckmäßigen wirtschaftlichen auch auf eine der Größenordnung des Kreditnehmers entsprechenden gerechten Verteilung der ihnen anvertrauten Gelder ausgerichtet war.

1. Die Normalisierung der Anlagestruktur

Die Behauptung, daß sich die Sparkassen in den Jahren nach der Währungsstabilisierung unter Vernachlässigung ihrer Aufgabe auf dem Gebiet des langfristigen Kredits übermäßig ins kurzfristige Kreditgeschäft gedrängt hätten, erweist sich bei der Betrachtung der Entwicklung des Aktivgeschäftes der westfälischen Sparkassen als unberechtigt. Die zunächst anomalen Verhältnisse im Passivgeschäft mußten zwangsläufig ein ähnliches Verhältnis bei den Anlagegeschäften zur Folge haben. Die Sparkassen mußten im Anlagegeschäft zunächst das kurzfristige Kreditgeschäft bevorzugen. Erst als mit wachsendem Vertrauen in die neue Währung auch die wirklichen Spareinlagen zunahmen, konnte sich das Verhältnis des kurzfristigen und des langfristigen Aktivgeschäftes wieder normalisieren.

Nach der Befriedigung des vordringlichsten kurzfristigen Kreditbedarfes war keine außergewöhnliche Zunahme des kurzfristigen Privatkredites mehr zu verzeichnen. Dagegen stieg der Anteil der langfristigen Anlagen ständig an. Bei den westfälischen Sparkassen war ab 1926 eine starke absolute und relative Zunahme des langfristigen Aktivgeschäftes festzustellen, während die kurzfristigen Kredite nur geringfügig anstiegen, sanken sie anteilmäßig aber rapide ab.

Diese Tendenz der Angleichung zwischen den kurzfristigen und langfristigen Anlagen hielt auch in den folgenden Jahren an, so daß 1931 wieder 80 % der Gesamtanlagen langfristig waren.

Zusammensetzung der Anlagen

Jahr	langfr. Anlage i.1.000	kurzfr. Anlage i.1.000	Gesamtanl. in 1.000 RM	langfr. Anlage in % der Gesamtanlage	kurzfr. Anlage
1924	16.332	104.605	120.937	13,50	86,50
1925	60.671	180.664	241.335	25,14	74,86
1926	206.837	182.065	388.902	53,19	46,81
1927	376.317	208.532	584.849	64,34	35,66
1928	511.674	231.988	743.662	68,80	31,20
1929	647.302	252.656	899.958	71,92	28,08
1930	768.001	245.056	1.013.057	75,81	24,19
1931	850.735	204.695	1.055.430	80,60	19,40
1932	938.569	189.346	1.127.915	83,21	16,79

Wenn die langfristigen Anlagen auch von Jahr zu Jahr zugenommen haben, so wurde eine derartig große Festlegung der Sparkassengelder im langfristigen Anlagegeschäft wie vor dem Kriege nicht wieder erreicht, was wegen der Labilität der Spareinlagen und der Unsicherheit, die auf dem Wirtschaftsleben lastete, auch nicht mehr zu vertreten war. Während 1913 der Hauptteil des Anlagevermögens der westfälischen Sparkassen in Hypotheken und Inhaberpapieren angelegt war (86,4 % der Bilanzsumme),¹⁾ machten diese beiden Posten 1929 nur 47,7 % der Bilanzsumme aus.²⁾ Der Anteil der kurzfristigen Kredite war dagegen von 2,1 % auf 18,5 % der Bilanzsumme angestiegen.

1) Daneben waren 10,1 % in Kommunalدارl., 2,1 % in kurzfr. Krediten, 1,4 % in sonst. Aktiva angelegt.

2) 1929 waren außerdem 8,5 % in Kommunalدارl., 11,0 % in Bankguthaben einschl. Kassenbestand und 14,3 % in sonst. Aktiva angelegt.

Welche führende Rolle der Personalkredit auch bei den westfälischen Sparkassen kurz nach der Währungs- umstellung einnahm, geht daraus hervor, daß der Anteil der kurzfristigen Kredite an den Gesamteinlagen Ende 1924 rd. 70 % ausmachte. Während Ende 1925 noch 68,2 % der Gesamteinlagen kurzfristig angelegt waren, ging der Anteil des kurzfristigen Aktivgeschäftes bei kontinuierlichem Steigen der absoluten Zahlen seit 1926 schlagartig zurück. Erst 1930, als die Depression sich immer mehr ausbreitete, erfuhren auch die absoluten Zahlen eine rückläufige Bewegung.

Das kurzfristige Aktivgeschäft der westf. Sparkassen

Jahr	Deb. in Mill. RM	Deb. in der Ges. einl. summe	in % der Bilz.	Wechsel in Mill. RM	Wechs. in % der Ges. Einl. summe	Schatz- wechsel in Mill. RM	Schatzw. in % der Ges. Bilz. einl. summe
1924	105	70,4	62,3			0,01	0,01 0,01
1925	178	68,3	59,1			2,5	0,93 0,82
1926	164	37,9	34,6	13	2,9 2,7	5,0	1,15 1,05
1927	190	31,4	27,0	16	2,7 2,2	2,1	0,34 0,29
1928	195	24,1	20,2	23	2,8 2,3	13,7	1,67 1,40
1929	213	22,0	18,5	19	2,0 1,6	20,1	2,07 1,75
1930	206	19,1	16,4	17	1,6 1,4	21,5	1,98 1,70
1931	195	18,4	14,1	8	0,8 0,6	2,0	0,19 0,14
1932	182	16,9	13,0	7	0,6 0,5	0,8	0,07 0,05
1933	179	15,5	12,2	7	0,6 0,5	4,4	0,38 0,30

Auch in diesen Jahren des "bankmäßigen" Vordringens der Sparkassen trat der Charakter des Sparkassenkredites als eines Mittel- und Kleinkredites deutlich hervor. Ende 1927 betrug im Reichsgebiet der Durchschnittsbetrag der kurzfristigen Sparkassenkredite 2.200 RM.¹⁾

1) Vgl. Henze, a.a.O., S. 63

Nach dem aufschlußreichen Material der Bankenquete über die Kreditverteilung auf die einzelnen Größenklassen ergibt sich für 1930 folgendes Bild.¹⁾

Kreditverteilung auf die einzelnen Größenklassen in
Prozent der RM-Beträge und der Anzahl der Kredite

Kredit- institute	bis 10.000 RM		10.001 bis 20.000 RM		20.001 bis 100.000 RM		über 100.000 RM	
	Betrag	An- zahl	Betrag	An- zahl	Betrag	An- zahl	Betrag	An- zahl
Großbanken	3,4	68,9	3,8	10,5	16,4	14,5	76,4	6,1
Provinzial- Aktienbanken	6,2	76,6	3,6	7,0	19,0	11,7	71,2	4,7
Sparkassen	57,8	97,2	42,2	2,8	-	-	-	-
Genossen- schaften	57,1	97,1	16,3	1,8	26,6	1,1	-	-

Unter den langfristigen Anlagegeschäften der westfälischen Sparkassen stand auch in diesen Jahren der Hypothekarkredit durchaus im Vordergrund. Der Hauptteil der langfristig angelegten Mittel floß in allen Jahren in das Hypothekengeschäft. Während bis 1926, als das Hypothekengeschäft aus den bekannten Gründen noch darnieder lag, die knappen verfügbaren Mittel als Betriebskredite auf bestehende Wohngebäude für Reparaturzwecke gegeben wurden,²⁾ waren die folgenden Jahre gekennzeichnet durch besonders hohe Leistungen für den Wohnungsbau.

In Westfalen war im Vergleich zu den anderen Provinzen die Anlage in Hypotheken besonders hoch. Auch in Kreisen der Sparkassenorganisation war man sich durchaus der Gefahren bewußt, die in Anbetracht der veränderten Einlagestruktur eine übermäßig hohe Festlegung im Realkredit mit sich bringen konnte. Auf dem Sparkassentag in Augsburg 1926 wurde daher für den Realkredit ein Prozentsatz von 40 % der Spareinlagen als oberste Grenze vorgeschlagen.³⁾

1) Vgl. Walb. a.a.O., S. 158

2) Vgl. Die Preuß. Sparkassen in den Jahren 1925 und 1926, in Zeitschr. d. Preuß. Stat. Landesamtes, 67. Jahrg. 1927, S. 271.

3) Vgl. Henze, a.a.O., S. 62.

Diesen Prozentsatz hatten die westfälischen Sparkassen aber bereits Ende 1927 überschritten (44,6 %).

Der Hypothekenbestand der westf. Sparkassen

Jahr	städt. Hypoth. Mill.RM	ländl. Hypoth. Mill.RM	Hypoth. insges. Mill.RM	in % d. Gesamt- einlag.	in % d. Sparein- lagen	in % d. Bilanz- summe
1924	8,8	1,7	10,5	7,13	11,35	6,31
1925	39,2	4,7	43,9	16,83	22,58	14,57
1926	93,5	16,7	110,2	25,46	32,12	23,22
1927	198,0	26,8	224,8	37,17	44,65	31,88
1928	291,2	35,6	326,8	40,33	47,01	33,85
1929	378,9	43,3	422,2	43,64	49,06	36,73
1930	363,6	116,4	480,0	44,32	49,09	38,07
1931	481,2	60,5	541,7	51,25	56,13	39,14
1932	545,4	82,6	628,0	58,35	63,11	44,87
1933	598,7	65,9	664,6	57,38	62,45	45,30

Auch in den folgenden Jahren hielt der Anstieg weiter an und wurde auch während der Krisenjahre nicht unterbrochen. 1932 erreichte der Hypothekenbestand der westfälischen Sparkassen mit 628 Mill.RM 63,1 % der Spareinlagen. Diese Bindung im langfristigen illiquiden Real-kreditgeschäft ist umso erstaunlicher, als auch die Sparkassen während der Bankenkrise von dem allgemeinen "Run" auf die Schalter mit erfaßt wurden und ebenfalls mit großen Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen hatten. Die westfälischen Sparkassen nahmen aber fremde Gelder bei der Girozentrale und der Akzept- und Garantiebank in Anspruch, um ihren Kunden bereits früher zugesagte Hypothekarkredite auszahlen zu können.

Während man also nicht sagen kann, daß die Sparkassen sich ihrer Verpflichtungen im Realkreditgeschäft entzogen haben, zeigten sie nach der Währungsumstellung verständlicherweise wenig Neigung, sich wieder stärker im Wertpapiergeschäft zu engagieren, abgesehen davon, daß sie in Westfalen auch vor dem Kriege nicht übermäßig groß war.¹⁾ Ende 1924 hatte der Bestand an Wertpapieren erst 2 Mill.RM erreicht und erhöhte sich auch im Laufe des Jahres 1925 nur um 2,1 Mill.RM. Die Wertpapiere machten damit nur 2,1 % der Spareinlagen oder 1,35 % der Bilanzsumme aus.

Der Wertpapierbestand der westf. Sparkassen

Jahr	Wertp. Nennwert Mill.RM	Wertp. Bilanzwert Mill.RM	Wertp. i. % d. Spar- einl.	Wertp. i. % d. zinsb. angel. Vermög.	Wertp. i. % d. Gesamt Einl.	Wertp. i. % d. Bilanz summe
1924	-	2,0	2,23	1,70	1,40	1,24
1925	5,2	4,1	2,10	1,69	1,56	1,35
1926	75,2	72,0	21,00	19,42	16,64	15,18
1927	111,0	103,4	20,54	17,69	17,11	14,67
1928	126,0	114,6	16,48	15,90	14,14	11,87
1929	-	126,9	14,74	14,10	13,12	11,04
1930	-	169,2	17,31	16,71	15,63	13,42
1931	-	185,4	19,21	17,57	17,55	13,40
1932	-	184,7	18,56	16,38	17,17	13,20
1933	-	185,9	17,47	15,86	16,05	12,67

Wenn im Jahre 1926 eine starke Zunahme der Wertpapiere eintrat, dann spiegelt sich darin nicht eine Korrektur der Anlagepolitik der westfälischen Sparkassen wider,

1) Vor dem Kriege waren bei den westf. Sparkassen mit Ausnahme des Jahres 1907 ständig zwischen 11 % und 12,5 % der Bilanzsumme in Wertpapieren angelegt.
1900 = 11,37 %, 1907 = 10,70 %, 1913 = 12,53 %

sondern sie ist in starkem Maße darauf zurückzuführen, daß das "Anlegungsgesetz vom 23.12.1912", das während der Inflationszeit als nicht mehr gültig angesehen und darum auch nicht mehr beachtet und dessen formelle Aufhebung auch von den Sparkassen angestrebt wurde, mit dem Rechnungsjahr 1926 wieder voll in Kraft trat.¹⁾

Es machte bekanntlich den Sparkassen die Anlage einer sich nach der Höhe der Gesamteinlagen richtenden Quote von 15 - 25 % des Einlagenbestandes in mündelsicheren Inhaberpapieren, darunter 3/5 in Schuldverschreibungen des Reiches und der Länder, zur Pflicht. Infolgedessen erhöhte sich der Wertpapierbestand der westfälischen Sparkassen im Jahre 1926 auf 72 Mill.RM und stieg bis zum Jahre 1931 auf 185,4 Mill.RM an.

Die Aufteilung des Wertpapierbestandes

Jahr	Wertp.d. Dtsch.R. Mill.RM	i.% d. Gesamt- papiere	Wertp. Preuß. Mill.RM	in% d. Gesamt- papiere	sonstige Wertp. Mill.RM	in % d. Gesamt- papiere
1924	0,246	11,79	0,046	2,21	1.795	86,00
1925	0,489	9,44	0,196	3,78	4.482	86,78
1926	6.788	9,02	14.510	19,28	53.948	71,70
1927	26.729	24,06	16.489	14,85	67.845	61,09
1928	30.435	24,16	17.491	13,88	78.037	61,96
1929 ²⁾						
1930	35.544	21,00	40.770	24,08	92.974	54,92
1931	46.428	25,03	41.713	22,49	97.338	52,48
1932	64.486	34,90	24.781	13,41	95.514	51,69
1933	68.892	37,05	19.339	10,40	97.727	52,55

1) Runderl. des Preuß. Ministers des Innern vom 16.10.1925 (MVlIV 1925, S. 1114).

2) Für 1929 liegt keine genaue Aufteilung des Wertpapierbestandes vor.

Es überwog jedoch der Posten "sonstige Wertpapiere", worunter neben den Pfandbriefen die Kommunalobligationen zusammengefaßt wurden. Hier trat im Laufe der Jahre eine Verschiebung zugunsten der Kommunalanleihen auf Kosten der Pfandbriefe ein, besonders, nachdem es im Rahmen der im Dezember 1929 eingeleiteten kommunalen Umschuldungsaktion zu größeren Ankäufen dieser Papiere kam. Diese Zusammensetzung des Wertpapierbestandes sollte sich während der folgenden Krise als wenig vorteilhaft erweisen. Denn obwohl die Reichsbank gesetzlich ermächtigt war, auch die Reichs-, Länder- und Kommunalanleihen zu lombardieren, hat sie nur die Pfandbriefe, die Kommunalobligationen und die Sachwertanleihen zur Beleihung zugelassen. Der Anteil dieser Papiere am gesamten Wertpapierbestand der westfälischen Sparkassen war jedoch nur so gering, daß der Wertpapierbestand sich größtenteils als illiquide erweisen sollte.

Auch im dritten langfristigen Anlagegeschäft, dem Kommunalkredit, wurden die westfälischen Sparkassen mit wachsendem Einlagenstrom wieder in dem traditionellen Umfang tätig. Auf Grund des Erlasses vom 28.12.1925 durften sie bis zum 31. März 1927 35 % ihrer Gesamteinlagen an den eigenen Gewährverband ausleihen. Die Mustersatzung von 1927 knüpfte an die Vorkriegsregelung wieder an, indem sie wieder die Grenze für den Kommunalkredit auf 50 % der Gesamteinlagen festsetzte, wovon allerdings nur 25 % an den eigenen Gewährverband ausgeliehen werden durften. Der Bestand an Inhaberanleihen des Gewährverbandes sowie Bürgschaften und das Wechselobligo waren bei der Kreditsumme mit zu berücksichtigen. Außerdem durften nur je 12,5 % langfristig gewährt werden.

Bei diesen Sätzen für Kommunalدارlehen handelte es sich lediglich um Höchstsätze. Eine volle Ausnutzung der Grenzen war durchaus nicht erwünscht, da sie den Spielraum der Sparkassen stark eingeengt und ihre Liquidität gefährdet hätte. Sie sollten lediglich "die erforderliche" Elastizität der Geschäftsgebarung auch für unvorhergesehene Ausnahmefälle gewährleisten.¹⁾

Außerdem war es den Sparkassen infolge der Anlegungsvorschriften für Wertpapiere und der Nachfrage im Real-kreditgeschäft ohnehin nicht möglich, diesen Satz voll auszunutzen. Die westfälischen Sparkassen jedenfalls haben diese Grenze von 50 % bei weitem nicht erreicht.

Die Kommunalدارlehen der westfälischen Sparkassen

Jahr	Darlehen in	in% d.Spar- einlagen	in % des zinsbar angelegt. Vermögens	in % der Gesamt- einlagen	in % der Bilanz- summe
1924	3.649	3,91	2,98	2,46	2,17
1925	12.680	6,53	5,26	4,86	4,21
1926	24.627	7,18	6,55	5,69	5,19
1927	48.019	9,54	8,21	7,94	6,80
1928	70.179	10,09	9,74	8,66	7,26
1929	98.214	11,41	10,92	10,15	8,54
1930	118.660	12,14	11,71	10,96	9,41
1931	123.473	12,79	11,70	11,68	8,92
1932	125.736	12,64	11,15	11,68	8,98
1933	130.745	12,29	11,15	11,29	8,91

1) Simon, Kommentar zur Mustersatzung der Sparkassen vom 26. Juli 1927, S. 231.

Aber auch in Westfalen war eine starke Zunahme des Kommunalkredites zu verzeichnen. Er stieg von 12,6 Mill.RM im Jahre 1925 auf 123,4 Mill.RM im Jahre 1931 an. Anteilsmäßig blieb er aber in Westfalen hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Im gesamten Reichsgebiet war der Kommunalkredit Ende 1929 im langfristigen Anlagegeschäft an die zweite Stelle gerückt und hatte damit die Wertpapieranlage auf den dritten Rang verdrängt.¹⁾

Während die größeren Städte und Gemeinden mit Hilfe ihrer Bankverbindungen eigene Anleihen zur Zeichnung auflegten oder sich Mittel auf dem Wege über kommunale Sammelanleihen von öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten verschafften - das beste Beispiel hierfür sind die beiden Auslandsanleihen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes - waren die kleineren und mittleren Gemeinden auf den Anstaltskredit bei ihren Sparkassen angewiesen.

Im übrigen läßt sich aus den obigen Zahlen nur annähernd die Verschuldung der Kommunen ablesen. Einmal gehen - wie schon erwähnt - die Kommunalobligationen und die Kommunalanleihen in der Position "sonstige Wertpapiere" unter, zum anderen kommen auch die eingefrorenen kurzfristigen Kredite nicht zum Ausdruck. Auch die Darlehen an die Gemeinden, die die Sparkassen mittelbar über die Girozentrale in Form von Schuldscheindarlehen gewährt haben, wurden nicht gesondert ausgewiesen, sondern die Schuldscheindarlehen an die eigene Girozentrale wurden unter langfristige Guthaben bei der eigenen Girozentrale verbucht.

1) Vgl. Die deutschen Sparkassen in den Jahren 1929 und 1930. Aus "Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches", 1931, Heft I. (siehe Anhang Tabelle 4).

Um der vielfach als sprichwörtlich angesehenen "Kreditsüchtigkeit der Kommunen"¹⁾ zu begegnen, wurden den Sparkassen im Januar 1931 zur Pflicht gemacht, 25 % ihres Einlagenbestandes den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Nur wenn die Gemeinden den Nachweis der vollen Inanspruchnahme dieses Kreditkontingentes erbringen konnten, durften sie Ansprüche an den staatlichen Nothilfefonds stellen. Die Gemeinden haben aber nur in den seltensten Fällen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, da sie ihre Sparkassen nicht durch eine übermäßige Festlegung manövrierunfähig machen wollten. Wenn die Sparkassen in der Folgezeit mit in die Liquiditätskrise hineingerissen wurden, dann kann man auf keinen Fall die Einspannung für die kommunalen Kreditbedürfnisse dafür verantwortlich machen. Die Kommunen hatten ihr gesetzlich verankertes Kreditkontingent nicht einmal voll ausgeschöpft. Der Grund, warum die ihnen zur Verfügung gestellten Kassenkredite und die über die Girozentralen gewährten Schuldscheindarlehen nicht liquide gemacht werden konnten, als der Run auf die Sparkassenschalter einsetzte, lag einfach in der Zahlungsunfähigkeit der Gemeinden. Wurde ihr Haushaltsplan infolge der rückläufigen Konjunktur schon durch ein vermindertes Steueraufkommen negativ beeinflusst, so führte die zusätzliche Belastung aus der Arbeitslosenunterstützung, die von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden überführt war,²⁾ ohne ihr Verschulden zu einer völligen Zerrüttung des kommunalen Budgets.

1) Bente, a.a.O., S. 390.

2) Vgl. "Kommunalwirtschaft", Zeitschrift für das gesamte Verwaltungswesen, Düsseldorf, Heft 13/14 S. 198.

2. Die Drosselung des Aktivgeschäftes durch die Politik der Notverordnungen

Die Aufwärtsentwicklung des Aktivgeschäftes der Sparkassen wurde mit dem Jahre 1931 unterbrochen. Die Wirtschaftspolitik, die mit dazu beigetragen hat, daß die deutsche Volkswirtschaft in eine tödliche Krise geriet, verhinderte auch eine möglichst schnelle Überwindung der Depression.¹⁾ Dadurch, daß man bemüht war, eine Zahlungsbilanzgestaltung zu erzwingen, die den Abzug von Gold und Devisen an die Reparations- und privaten ausländischen Kreditgläubiger annähernd erfüllte, wurde die Konjunkturverschlechterung in Deutschland immer weiter vorangetrieben. Anstatt vor dem 13. Juli 1931, dem Tag des Zusammenbruchs der Danatbank - anschließend setzte der eigentliche Run auf die Schalter der Banken und Sparkassen erst ein - ein Moratorium für die kurzfristig hereingenommenen ausländischen Kredite mit den Gläubigern zu vereinbaren und den Abzug der Auslandsgelder zu verhindern²⁾, wurden inländische Kreditnehmer zur Rückzahlung ihrer Kredite veranlaßt, um die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland erfüllen zu können. Diese Geldpolitik führte dann zu einer Zerrüttung des inländischen Zahlungs- und Kreditverkehrs und brachte weitere Absatzstockungen und eine Verstärkung der Depression.³⁾ Auch die Notverordnungen vom 15. und 18. Juli sowie 1. August 1931, durch die der freie Devisenverkehr aufgehoben und die Devisenzwangswirtschaft eingeführt wurde, kamen viel zu spät, um der

1) Der Einfluß, den die Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika in der Nachkriegszeit mit der Zerrüttung der Weltwirtschaft ausübte, bleibt unverkennbar.

2) Das erste Stillhalteabkommen mit den ausländischen Gläubigern, das bis Ende Februar 1932 lief und danach von Jahr zu Jahr verlängert wurde, kam im September 1931 zustande. Vgl. Stucken S. 86

3) Vgl. R. Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914-53 Tübingen 1953, S. 77 ff.

schon lange bestehenden Kapitalflucht zu begegnen. Zu einer Abwertung des Geldes, wie beispielsweise in England (21.9.1931) und anderen Ländern, konnte man sich in Deutschland nicht entschließen. Seit dem Ende der Inflation galt als Richtschnur der deutschen Geldpolitik die Stabilität der Reichsmark. Man blickte gebannt auf die Drohung einer möglichen Geldentwertung und übersah dabei die Gefahren, die eine Deflation für die Wirtschaft mit sich bringen konnte.

Von den einzelnen Kreditinstituten konnte die "Ankurbelung" nicht verlangt werden. Sie mußten auf ihre Liquidität achten. Diese verschlechterte sich mit zurückgehendem Einlagenstrom und dem Einfrieren der Kredite. Als dann im Sommer 1931 gar ein Ansturm auf die Schalter einsetzte und ein erheblicher Einlagenabzug erfolgte, gerieten die deutschen Kreditinstitute in eine akute Liquiditätskrise. Auch die Sparkassen wurden von ihren Auswirkungen in Mitleidenschaft gezogen.

Es erhebt sich die Frage, inwieweit das frühere Aktivgeschäft der Sparkassen als Ursache für die Liquiditätskrise der Sparkassen angesehen werden muß. Auf keinen Fall kann man sagen, daß an der Krise der Sparkassen das Personalkreditgeschäft schuld gewesen wäre. Der Personalkredit erwies sich im Gegenteil als die am leichtesten zu liquidierende Anlage. Die deutschen Sparkassen konnten in kurzer Zeit aus dem Personalkreditgeschäft über 400 Mill. RM flüssig machen. ¹⁾

Aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen konnten Kredite jedoch nur in beschränktem und vorsichtigem Umfange zurückgezogen werden.

Die Krise bewies, daß die Sparkassen in ihrem Aktivgeschäft in den zurückliegenden Jahren weder gegen die Sicherheits- noch gegen die Liquiditätsforderungen verstoßen hatten, obwohl bis 1931 für die Sparkassen und Girozentralen wie auch für alle anderen Kreditinstitute keine gesetzlichen Liquiditätsvorschriften bestanden. Bis zum Jahre 1922 enthielten auch die Sparkassensatzungen keine näheren Liquiditätsvorschriften. Soweit derartige Bestimmungen überhaupt aufgestellt waren, begnügten sie sich mit der generellen Feststellung, daß ein bestimmter Prozentsatz der Einlagen "in Bereitschaft gehalten" werden sollte.

Je mehr sich aber das Schwergewicht der Kreditgewährung der Sparkassen zum reinen Wirtschaftskredit verlagerte, desto dringender wurde die Frage nach der Sicherung der Liquidität. Denn durch den verstärkten Wirtschaftskredit gerieten die Sparkassen auch in die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung. Daher bedurfte es jetzt auch einer Regelung der Liquidität.

Soweit feststellbar, enthielt erstmals die Mustersatzung des Deutschen Sparkassenverbandes (1922) nicht nur einen Liquiditätssatz (30 %), sondern auch einen Katalog der liquiden Werte. Hierzu rechneten neben Wertpapieren und Nostroguthaben kurzfristige kündbare Faustpfanddarlehen, Darlehen gegen Schuldschein und Wechsel und kurzfristige Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Verbände. Auffallend ist das Fehlen des Kassenbestandes.

Auch nach der Liquiditätsskala wurde der Liquiditätssatz in den Jahren 1927 weit überschritten.¹⁾

Liquiditätsbestimmungen, die grundsätzlich den noch jetzt geltenden Vorschriften entsprechen, enthielt die Mustersatzung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes von 1927, die im preußischen Sparkassenrechtsgebiet verbindlich eingeführt wurde. Der Liquiditätssatz war auf 30 % der Gesamteinlagen festgesetzt; der Katalog der liquiden Mittel sah vor:

- a) Kassenbestand, Sorten, Coupons;
- b) Guthaben bei der Reichsbank, bei Privatnotenbanken oder auf Postscheckkonto;
- c) vorübergehende Anlage bei öffentlichen Bankanstalten (hierbei waren mindestens 10 % des Gesamteinlagenbestandes bei der zuständigen Girozentrale anzulegen);
- d) zum Privatkontokorrent an der Börse gehandelte Wechsel;
- e) lombardfähige Inhaberschuldverschreibungen;
- f) kurzfristige Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Verbände;
- g) jederzeit kündbare Faustpfanddarlehen, soweit sie durch lombardfähige Wertpapiere oder Sparbuchforderungen gesichert waren.

1) 1925 = 260,8 Mill. Ges.Einl. - 236,4 Mill.Liqu. Mittel (90,7 %)

Im Jahre 1930 betrugen beispielsweise die gesamten Einlagen 1.083 Mill.RM. Dementsprechend waren 356,4 Mill.RM nach dem Liquiditätskatalog angelegt (32 %).

Trotzdem sollte sich diese Liquiditätsreserve als zu gering erweisen. Die Illiquidität, in die die Sparkassen gerieten, resultierte daraus, daß es ihnen unmöglich war, die als liquide Anlage erworbenen Wertpapiere bei der Reichsbank zu verwerten.

Wenn es den Sparkassen nur möglich gewesen wäre, ihre Bankguthaben restlos abzuheben, die Schuldscheindarlehen zu lombardieren und ihren Wechselbestand vollständig zu rediskontieren, dann wären ihnen so viele Mittel zugeflossen, daß sie auf den Verkauf oder die Lombardierung gar nicht angewiesen gewesen wären.

Um aus der Liquiditätskrise herauszukommen, wurden die Sparkassen- und nur diese - durch eine reichsrechtliche, bisher noch nicht aufgehobene Liquiditätsvorschrift, verpflichtet¹⁾, 30 % der Spareinlagen und 50 % der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten anzulegen; mindestens 10 % der Spareinlagen und 20 % der sonstigen Einlagen sind als Liquiditätsreserve bei der zuständigen Girozentrale zu unterhalten. Solange die Sparkassen diese Mindestguthaben noch nicht erreicht hatten, mußten sie 50 % der jeweils verfügbaren Mittel dieser Liquiditätsreserve zuführen.²⁾

1) Dritte Notverordnung vom 6. Oktober 1931

2) In der Mustersatzung von 1932 wurden diese Liquiditätssätze übernommen, lediglich der Katalog der flüssigen Mittel wurde um "kurzfristige Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Verbände" gekürzt. Auch durften jederzeit kündbare Faustpfanddarlehen nicht mehr als 1/10 sämtlicher übrigen flüssigen Anlagen betragen.

Das freie Aktivgeschäft der Sparkassen hatte also hinter die Auffüllung der Liquiditätsguthaben zurückzutreten. Teils um die Liquidität der Sparkassen zu erhöhen, teils um die Deflationspolitik zu unterstützen, wurde den Sparkassen durch die Notverordnung vom 5. August 1931 die Gewährung neuer Kredite, gleichgültig ob in Form von Darlehen, Anleihen oder Kassenkrediten, an Gemeinden, Gemeindeverbänden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten verboten. In der Verordnung vom 6. Oktober 1931 wurde der Satz für Kommunalدارlehen zwar allgemein auf 25 % der Gesamteinlagen festgesetzt, aber das konnte sich lediglich auf die Kreditgewährung vor dem Inkrafttreten der Kredit-sperre vom 5.8.1931 beziehen und als eine Reduzierung auf diesen Satz anzusehen sein, da seit August 1931 ja überhaupt jede Darlehensgewährung an Gemeinden verboten war - sei es langfristig oder kurzfristig - und dieses Verbot noch in Kraft war.

In der dritten Notverordnung vom 7. Oktober 1931 wurde auch eine Höchstgrenze für die Anlage in Hypothekarkrediten festgesetzt, und zwar auf 40 % der Spareinlagen.

Die westfälischen Sparkassen hatten bereits vor Eintritt der Kreditkrise 49,9 % (Ende 1930) der Spareinlagen in Hypotheken angelegt. Der gesetzlich vorgeschriebene Satz von 40 % der Spareinlagen war sogar bereits im Jahre 1927 (44,6 %) überschritten worden. Die Sparkassen wurden also durch die Festsetzung dieser Höchstgrenze praktisch vom Hypothekengeschäft ausgeschlossen. Durch den Rückgang der Spareinlagen und durch die Übernahme von Aufwertungshypotheken aus der

Aufwertungsrechnung in das Neugeschäft, ist der Anteil der Hypotheken an den Spareinlagen allerdings bis auf 56,1 % (Ende 1931) und sogar auf 63,1 % (Ende 1932) angestiegen.

Schließlich wurde auch das Personalkreditgeschäft so lange unterbunden, als die Sparkassen noch gezwungen waren, Liquiditätskredite in Anspruch zu nehmen. Daneben wurde durch die Mustersatzung von 1932 die Höchstgrenze im Personalkreditgeschäft von 1 % auf 1/2 % des Gesamteinlagenbestandes herabgesetzt und eine absolute Höchstgrenze für den Einzelkredit von 100.000 RM geschaffen. Die Höchstgrenze für ein Darlehen gegen einfachen Schuldschein wurde auf 500 RM festgesetzt, während bisher eine Höchstgrenze praktisch nicht bestanden hatte.

In Anbetracht dieser rechtlichen Fesseln und der allgemeinen Liquiditätslage haben die Sparkassen in den Jahren 1931 und 1932 ihr Augenmerk weniger auf eine aktive Kreditpolitik als auf eine Verbesserung ihrer Liquidität gerichtet. Auch als der Einlagenzufluß den Einlagenabzug wieder überstieg, haben sie zuerst ihre Akzeptverpflichtungen und andere aufgenommenen Gelder abgedeckt und die geringen Liquiditätsreserven aufgefüllt. Neue Kredite wurden nur in geringem Umfange gewährt.¹⁾ Die strengen Liquiditäts- und Anlagebestimmungen ließen für eine größere Betätigung im Kreditgeschäft auch nur wenig Raum.

1) Vgl. Tabelle S. 52 Die kurzfristige Anlage nahm sogar ab, während der Anstieg der langfristigen Anlage größtenteils nur auf eine rechnerische Zunahme der Hypotheken zurückzuführen ist.

IV. Die Sparkassen als Instrumente staatlicher

Beschäftigungs- und Rüstungspolitik

Mit dem Antritt des Nationalsozialismus begann auch für die Sparkassen ein neuer Abschnitt ihrer Geschäftspolitik. So wie die gesamte übrige Volkswirtschaft wurden auch die Sparkassen in die Erfüllung der von der Staatsführung gestellten Aufgaben eingespannt. Handelte es sich zunächst um die "Ankurbelung" der darniederliegenden Wirtschaft mit ihren verschiedenen Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen, so trat später die Aufrüstung in den Vordergrund.

So notwendig 1933 die Geldschöpfung und so belebend ihre Wirkung für die gesamte Wirtschaft war, so gefährlich wurde sie, als 1936 die Vollbeschäftigung erreicht und der "volkswirtschaftliche Kreditfonds" ausgeschöpft, d.h. die Reserven an volkswirtschaftlichen Produktivkräften erschöpft waren. Die fortgesetzte weitere Inanspruchnahme von Notenbankkrediten mußte zwangsläufig zu den bekannten inflationistischen Erscheinungen führen. Die Staatsführung stand damit vor den gleichen Problemen der Überliquidität wie im ersten Weltkrieg.

Für die Sparkassen wurde in diesen Jahren die Finanzierung des Staatsbedarfs zum beherrschenden Faktor ihres Anlagegeschäftes. Hinter diese Verpflichtung mußten notgedrungen alle übrigen Kreditgeschäfte zurücktreten. Die Struktur der Aktivseite der Sparkassenbilanzen erfuhr daher in dieser Epoche einen grundlegenden Wandel. Während bis Kriegsausbruch zwar eine starke Zunahme des Bestandes an Staatspapieren zu verzeichnen war, konnten daneben aber auch die anderen Anlagearten ihre Stellung, wenn auch mit rückläufiger Tendenz, halten. Nach Beginn des zweiten Weltkrieges gab es für die den Sparkassen zufließenden Einlagen praktisch nur noch e i n e Ver-

wendung, so daß nach Kriegsende die Aktivseite der Sparkassenbilanzen von den Wertpapieren und den Guthaben bei anderen Kreditinstituten beherrscht wurden. Man wird diese Entwicklung trotzdem nicht als "Strukturwandel" bezeichnen können, denn die Ursachen dafür waren außerwirtschaftlicher Natur.

Die Tendenz zur Ausweitung des Bestandes an Staatspapieren sollte nach Beginn der "Ankurbelung" der Wirtschaft bald sichtbar werden. Zunächst konnten allerdings die Sparkassen den beginnenden Wirtschaftsaufschwung durch ihr Aktivgeschäft nur wenig unterstützen. Zwar stiegen die Spareinlagen und auch die Depositen-, Giro- und Kontokorrenteinlagen erfuhren durch die Wirtschaftsbelebung eine Zunahme. Das Aktivgeschäft mußte aber noch überwiegend im Zeichen der Liquiditätsverbesserung durch Auffüllung der Liquiditätsguthaben und Abbau der Liquiditätskredite stehen. Hinzu kam noch die Notwendigkeit der Konsolidierung der Kommunalkredite. Die westfälischen Sparkassen konnten zwar 1933 im Gegensatz zum gesamten Reichsgebiet, wo die Gesamtsumme der Sparkassenkredite weiter zurückging, ihr Kreditgeschäft in bescheidenem Maße um 44,8 Mill. RM ausdehnen, der Kreditpolitik war aber durch die strengen Anlegungs- und Liquiditätsvorschriften nur wenig Raum gelassen.

Wenn man nicht darauf verzichten wollte, die finanziellen Mittel der Sparkassen für die Zwecke der Wirtschaftsankurbelung einzusetzen, konnte man an die Lockerung der das Aktivgeschäft völlig lahmlegenden Liquiditäts- und Anlegungsbestimmungen nicht vorbeigehen. Die Reichsregierung entschloß sich auch bald, diese hemmenden Bestimmungen allmählich zu lockern. Diese Erleichterungen reichten zunächst aber nicht aus, um dem Aktivgeschäft der Sparkassen entscheidende Impulse zu verleihen. Die Mehrzahl der Sparkassen war ängstlich auf ihre Liquidität bedacht, zumal die beengenden Akzeptver-

pflchtungen noch nicht ganz beseitigt waren. Die Akzeptverschuldung der westfälischen Sparkassen, die Ende 1933 70,6 Mill.RM und auch Anfang 1935 noch 28,8 Mill.RM betrug, konnte bis Ende 1935 dann allerdings bis auf 1,7 Mill.RM abgebaut werden .

Als dann 1935 die Liquiditätsslage auch der westfälischen Sparkassen sich erheblich verbesserte, nicht zuletzt auch durch den Erwerb größerer Posten Schatzwechsel und unverzinslicher Schatzanweisungen, wurden sie für die Konsolidierung der kurzfristigen Arbeitsbeschaffungsfinanzierung eingespannt. Von den von Reich und Reichsbahn ausgegebenen Konsolidierungsanleihen wurden mehr als die Hälfte von den Sparkassen übernommen. Als die im Januar 1935 den Sparkassen in Höhe von 500 Mill.RM angebotene 4 1/2 %ige Reichsanleihe bald untergebracht war, wurde noch im gleichen Jahr den Sparkassen eine zweite Ausgabe der Anleihe in gleicher Höhe angeboten, die bis zum Beginn des Jahres 1936 ebenfalls restlos untergebracht war.¹⁾ Diese Reichsanleihe wurde von den Sparkassen allerdings auch gerne übernommen, denn die 1. Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 9.2.1935 bestimmte, daß die Sparkassen auf die von ihnen zu unterhaltenden Liquiditätsguthaben bis zu deren Hälfte ihren Bestand an dieser Anleihe anrechnen durften. Durch die höhere Verzinsung dieser "Liquiditätsanleihen" verbesserte sich natürlich die Rentabilität der Liquiditätsguthaben.²⁾

Die westfälischen Sparkassen hatten Ende 1935 einen Bestand der 4 1/2 %igen Reichsanleihe von 27,8 Mill.RM,

1) Von der 1935 und 1936 konsolidierten Reichsschuld hat die Sparkassenorganisation mehr als ein Drittel übernommen.

2) Auch spätere Reichsanleihen wurden als Liquiditätsanleihen ausgegeben. Vgl. L. Sperk u. M. Wilsdorf, a.a.O., S. 45

der sich bis Ende 1936 auf 54,9 Mill.RM erhöhte. Die gesamten Reichsanleihen wuchsen von 1932 bis Ende 1936 um 102,2 Mill.RM auf 166,7 Mill.RM an. Der gesamte Wertpapierbestand der westfälischen Sparkassen stieg im gleichen Zeitraum von 184,7 Mill.RM auf 385,1 Mill.RM um 200,4 Mill.RM.

Ein erheblicher Anteil dieser Zunahme entfällt allerdings auf die Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes Deutscher Gemeinden, die die westfälischen Sparkassen als Ablösung ihrer Landesbank-Altguthaben, d.h. eingefrorener Liquiditätsguthaben, erhalten hatten (Ende 1935 = 136,4 Mill.RM). und auf kommunale Wertpapiere, da ab 1934 auf Grund des Gemeindeumschuldungsgesetzes vom 21.9.1933 die Umwandlung kurzfristiger Inlandschulden der Gemeinden in Gemeindeanleihen einsetzte. Der Anteil dieser "sonstigen Wertpapiere" am gesamten Wertpapierbestand der westfälischen Sparkassen betrug Ende 1935 60,97 %. Verringert hatte sich der Bestand an Anleihen der Länder. Der starke Rückgang 1933 dürfte auf die Rückzahlung der am 20. Januar sowie der am 1. Februar 1933 fällig gewordenen Preußischen Schatzanweisungen zurückzuführen sein.

Der Wertpapierbestand der westf. Sparkassen¹⁾

Jahr	Wertp. Bilanz- wert i.Mill.RM	Wertp.in % d.Spar- einlagen	Wertp.in % d.Ges.- einlagen	Wertp.in % d.zinsb. angelegt. Vermögens	Wertp.in % d.Bilanz- summe
1932	184,7	18,6	17,2	16,4	13,2
1933	185,9	17,5	16,1	15,9	12,7
1934	260,4	21,9	19,9	20,7	17,0
1935	349,3	27,6	24,8	26,1	22,3
1936	385,1	29,5	26,3	28,2	24,2
1937	462,1	32,9	29,0	31,6	26,8
1938	649,5	39,2	34,5	37,6	32,0
1939	883,3	43,7	38,0	40,9	34,5
1940	1.389,6	58,1	49,2	53,8	45,0
1941	1.856,0	62,6	53,8	56,4	49,4
1942	2.360,0	68,1	59,2	73,5	55,3
1947	4.441,3	70,1	56,3	81,6	52,6

Ab 1936 hat sich das Wertpapiergeschäft noch bedeutend gesteigert, wobei der Zuwachs an Wertpapieren fast ausschließlich auf Anleihen und Schatzanweisungen des Reiches entfiel.

1) Die Zahlen von 1939 und 1940 beziehen sich auf den 31. Dezember und sind als Einzelangaben aus den Geschäftsberichten des Westf.-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes entnommen.

Die Aufteilung des Wertpapierbestandes

Jahr	Wertp. Dtsch.R. Mill.RM	1.% d. Gesamt- papiere	Wertp.d. Länder Mill.RM	1.% d. Gesamt- papiere	sonst. Wertp. Mill.RM	1.% d. Gesamt- papiere
1932	64.486	34,90	24.781	13,41	95.514	51,69
1933	68.892	37,05	19.339	10,40	97.727	52,55
1934	88.864	34,12	15.179	5,82	156.428	60,06
1935	122.533	35,07	13.818	3,96	212.973	60,97
1936	166.752	43,30	13.609	3,53	204.759	53,17
1937	248.093	53,68	12.268	2,65	201.808	43,67
1938	430.816	66,33	14.122	2,17	204.610	31,50
1939	601.200	68,06	-	-	282.100	31,94
1940	1.114.300	80,18	-	-	275.300	19,82
1941	1.639.600	88,34	-	-	216.400	11,66
1947	4.220.700	95,03	-	-	220.600	4,97

Mit Ausbruch des zweiten Weltkrieges hat der Ankauf von Schuldverschreibungen des Reiches erklärlicherweise weiter zugenommen, da alle nicht der Kriegswirtschaft dienenden Kreditzwecke zurücktreten mußten, zum anderen aber die Reichsregierung nicht denselben Weg der Konsolidierung ihrer Kriegsschulden wie im 1. Weltkrieg beschritt. Nach einer im Hinblick auf die Finanzierung des Krieges gut vorbereiteten und genau abgestimmten Kriegswirtschaftsordnung konnte das Reich - neben der Einnahmenerzielung aus erhöhten und zusätzlichen Steuern - auch durch kreditäre Maßnahmen die Deckung des Finanzbedarfes sicherstellen. Dieses Ziel wurde dadurch erreicht, daß man die nichtkonsumierten Teile des Einkommens, die sich auf den Konten bei den Banken und Sparkassen, sei es in Form von Spargeldern oder Giroeinlagen, niederschlugen, durch die Ausgabe verschiedenartiger Wertpapiertypen abschöpfte.

Während die mittel- und langfristigen Schuldverschreibungen vornehmlich bei Sparkassen und Versicherungsträgern als Gegenposten für die angesammelten Sparbeiträge in Erscheinung traten, so waren die kurzfristigen Kreditmittel, wie Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen hauptsächlich von der Reichsbank und den eigentlichen Kreditbanken des kurzfristigen Geschäftes aufzunehmen. Wir wollen es hier unerörtert lassen, warum die nationalsozialistischen Machthaber es im 2. Weltkrieg vermieden, sich bei der Unterbringung der Staatstitel an das Publikum zu wenden, sondern stattdessen die "geräuschlose" Form der Kriegsfinanzierung über das Banksystem vorzogen. Vielleicht befürchteten sie doch, daß ein seit Jahren in seiner freien Meinungsäußerung geknebeltes Volk die Auflegung einer Kriegsanleihe durch Nichtzeichnung zu einem Mißtrauensvotum gebrauchen könnte. Der gewählte Weg der Finanzierung über die Banken schloß dieses Risiko aus.

Voraussetzung für das Gelingen dieser Politik war natürlich, daß die Banken ihre Funktion als Kapital-sammelbecken auch erfüllten, d.h. das ständig wachsende Geldvermögen von ihnen aufgefangen wurde. Man wird sagen müssen, daß der deutsche Bankenapparat diese Aufgabe erfüllt hat, denn es gelang bis Kriegsende - in Verbindung mit Zwangsmaßnahmen auf der Güterseite wie Rationierung, Bindung der Preise, Löhne und Devisenkurse¹⁾ - die Inflation in einem erstaunlichen Maße "zurückgestaut" zu halten, weshalb in Deutschland die Erscheinung des "schwarzen Marktes" praktisch unbekannt war.

Eine hervorragende Rolle fiel in diesem System der Kriegsfinanzierung den Sparkassen zu.

Die Spareinlagen der westfälischen Sparkassen erhöhten sich von 1939 bis 1942 von 1.733 Mill.RM auf 3.465 Mill.RM, also um das Doppelte. Die neu zufließenden Spargelder wurden nahezu ausschließlich in Staatspapieren angelegt. Damit erfüllte sich aber umso weniger das Ziel der Sparer, einen effektiven Vermögenszuwachs zu erhalten. Bis 1947 waren die Spareinlagen der westfälischen Sparkassen auf 6.333 Mill.RM angewachsen. Ein ebenso starkes Wachstum wiesen auch die Einlagen auf Depositen-, Giro- und Kontokorrentkonten auf. Sie stiegen von 261 Mill.RM im Jahre 1939 auf 524,3 Mill.RM im Jahre 1942 und erreichten 1947 die Summe von 1.557 Mill.RM. Das Ergebnis der "geräuschlosen" Kriegsfinanzierung war, daß die westfälischen Sparkassen im Jahre 1947 einen Bestand an Wertpapieren von 4,44 Mrd.RM hatten, wovon die Reichspapiere 4,22 Mrd.RM oder 95 % ausmachten.

Damit waren 66,6 % der Spareinlagen oder 53,4 % der Gesamteinlagen in Staatspapieren angelegt.

1) Vgl. R. Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1953; Tübingen 1953, S. 158 ff.

Die anderen Zweige des Aktivgeschäftes der Sparkassen mußten in dieser Epoche zwangsläufig im Schatten der "totalen" Einspannung des Wertpapiergeschäftes für die Staatsfinanzierung stehen. Im Rahmen der Geschäftsmöglichkeiten, die Gesetz, Satzung und Kreditspielraum den Sparkassen ließen, haben die westfälischen Sparkassen zwar versucht, die Wünsche der Kundschaft soweit wie möglich zu erfüllen.

Besonders der Hypothekarkredit, die klassische Form des Aktivgeschäftes der Sparkassen, wurde von einschränkenden Bestimmungen betroffen. Infolgedessen war eine Ausdehnung des Hypothekengeschäftes im Verhältnis zur Einlagensteigerung nicht möglich, denn die westfälischen Sparkassen hatten schon vor Eintritt der Krise die zulässige Quote überschritten. Das Hypothekengeschäft blieb daher stark gehemmt, auch als im Februar 1935 der Höchstsatz auf 50 % heraufgesetzt wurde¹⁾, und die Sparkassen im Juni 1935 die Erlaubnis erhielten, mit aufsichtsbehördlicher Genehmigung die aus Rückzahlungen und Tilgungen hereinkommenden Mittel in Hypotheken neu auszuleihen²⁾. Bei einer großen Zahl der westfälischen Sparkassen lag der Bestand an Hypotheken immer noch über den gesetzlichen Höchstgrenzen. 1935 hatten von 171 westfälischen Sparkassen 106 (62 v.H.) mehr als 50 % ihrer Spareinlagen in Hypotheken ausgeliehen. Wenn man berücksichtigt, daß 22 weitere Sparkassen mehr als 48 v.H. der Spareinlagen im Hypothekengeschäft

1) Erste Durchführungsverordnung zum KWG vom 9.2.1935, Artikel 16

2) Erlaß des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers vom 21.6.1935

angelegt hatten, so ergibt sich, daß rund 75 % der westfälischen Sparkassen für nennenswerte Neuausleihungen nicht in Frage kamen. Bei den restlichen handelte es sich zumeist noch um kleinere Institute¹⁾. Überdies waren die durch Tilgungen hereinkommenden Beträge unverhältnismäßig gering, da im Hypothekengeschäft der westfälischen Sparkassen die Tilgungshypothek nur eine unbedeutende Rolle spielte. So sehen wir in den Jahren 1935 und 1936 sogar ein Sinken der absoluten Zahlen, wobei der Rückgang der Hypotheken auch auf die landwirtschaftliche Entschuldungsaktion und das Erbhof-Kreditverbot zurückzuführen sein dürfte.

Der Hypothekenbestand der westf. Sparkassen

Jahr	städt. Hypoth. Mill.RM	ländl. Hypoth. Mill.RM	Hypoth. insges. Mill.RM	in %d. Spar- einl.	in %d. Gesamt- einl.	in %d. Bilanz- summe
1932	545,4	82,6	628,0	63,11	58,35	44,87
1933	598,7	65,9	664,6	62,45	57,38	45,30
1934	646,8	74,3	721,1	60,53	55,04	47,13
1935	640,0	72,6	712,6	56,35	50,57	45,56
1936	633,4	71,7	705,1	54,02	48,10	44,28
1937	646,4	69,4	715,8	51,02	44,92	41,45
1938	701,1	77,7	778,8	47,01	41,40	38,33
1939	703,8	78,2	782,0	45,12	39,22	35,61
1940+	-	-	759,8	38,58	32,67	29,90
1941+	-	-	723,1	24,36	20,95	19,24
1942+	-	-	699,7	20,19	17,54	16,39
1947+	-	-	437,6	6,90	5,55	5,28

+ ab 1939 keine Aufgliederung des Hypothekenbestandes.

1) Vgl. Geschäftsbericht des Westfälischen Sparkassen- und Giroverbandes 1935, S. 16

Der Anteil der Hypotheken an den Spareinlagen hat sich zwar laufend gesenkt und 1938 wurde auch die 50%ige Grenze unterschritten, doch kam es trotzdem nicht zu einer nennenswerten Belebung des Neugeschäftes, da im August 1938 durch den Hypothekensperrerrlaß den Sparkassen die Gewährung von Realkrediten bis zum 1. April 1939 untersagt wurde. Im März 1939 wurde der Hypothekensperrerrlaß zwar gelockert, eine Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Kontingente verhinderten dann die kriegsbedingten Beschränkungen auf dem Baumarkt. Lediglich im Jahre 1942 konnte der starke Rückgang der Hypotheken durch Gewährung neuer Darlehen zur Abgeltung der Hauszinssteuer etwas gemildert werden.

Ebenso wie das Hypothekengeschäft litt auch das Kommunalkreditgeschäft unter den gesetzlichen Verbotsbestimmungen. Sein Anteil an der Bilanzsumme der westfälischen Sparkassen ging laufend zurück und war bis 1938 auf weniger als die Hälfte des Anteilssatzes von 1933 gesunken. Während einerseits den Neuausleihungen das Kommunalkreditverbot entgegenstand, wurden andererseits durch das Gemeindeumschuldungsgesetz vom 21. September 1931 ein großer Teil der Kommunalkredite, im besonderen der kurzfristigen Forderungen, darunter sämtliche vor dem Erlaß des Gesetzes notleidend gewordene Darlehen, in Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes Deutscher Gemeinden umgetauscht. Der starke Rückgang der Kommunalkredite im Jahre 1934, in dem die Umschuldungsaktion bei den Sparkassen im wesentlichen abgeschlossen war, dürfte fast ausschließlich auf diese Umschuldung zurückzuführen sein, da Rückzahlungen wohl kaum vorgenommen worden sind.

Die kommunalen Kassenkredite und Darlehen
der westfälischen Sparkassen

Jahr	kurzfr. langfr.		G e s a m t k r e d i t e			
	Kredite in Mill.RM	Kredite	in % d. Spar- einl.	in % d. Gesamt- einl.	in % d. zinsb. angel. Vermög.	in % d. Bilanz- summe
1932	23,1	125,7	12,64	11,15	11,68	8,98
1933	23,9	130,7	12,29	11,15	11,29	8,91
1934	4,4	98,6	8,27	7,84	7,52	6,44
1935	2,4	91,8	7,26	6,85	6,51	5,87
1936	1,2	85,8	6,57	6,28	5,85	5,38
1937	0,7	79,6	5,67	5,45	5,00	4,61
1938	0,5	78,9	4,77	4,57	4,20	3,89
1939	0,7	77,4	4,47	4,18	3,88	3,53
1940	0,1	74,0	3,70	3,43	3,14	2,87

1935 wurde zwar den Sparkassen das Recht zugestanden¹⁾, Hypothekendarlehen an unter beherrschenden Einfluß der öffentlichen Hand stehende privatrechtliche Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften zu geben. Allerdings durften die Hypotheken nur für Bauten gegeben werden, die im Rahmen des Rüstungs- und Siedlungsprogramms der Reichsregierung errichtet wurden. Auch die durch das Gesetz über den Kommunalkredit der Spar- und Girokassen und der Kommunalen Kreditanstalten vom 7. Juni 1939 erlassene Freigabe der Kassenkredite und die durch Verordnung vom 24. April 1941 erfolgte weitere Lockerung des Kommunalkreditverbotes, die langfristige Ausleihungen für bestimmte Zwecke ermöglichte, haben eine Belebung des Kommunalkreditgeschäftes nicht gebracht. Die Finanzlage der Gemeinden hatte sich in der Zwischenzeit so gebessert, daß die Gemeinden nicht mehr auf Kredite von den Sparkassen angewiesen waren. Infolgedessen hielt das Sinken der Kommunalдарlehen auch in den Kriegsjahren an.

1) Erlaß d. Preuß. Wirtschaftsministers v. 9.10.1935

Das kurzfristige Aktivgeschäft der Sparkassen stand nach 1933 nicht unter denselben einschränkenden Bestimmungen, wie sie beim Realkreditgeschäft gegeben waren. Bereits durch den Preußischen Ministererlaß vom 27. Februar 1933 wurde die Wiederaufnahme des Personalkreditgeschäftes in beschränktem Umfang ermöglicht, indem die Sparkassen, die noch bei der Akzept- und Garantiebanc verschuldet waren, 20 v.H. und die übrigen Sparkassen 50 v.H. der neu verfügbar werdenden Mittel im Personalkreditgeschäft ausleihen durften, nachdem sie ursprünglich verpflichtet waren, sämtliche neu verfügbaren Mittel zur Schuldentilgung zu verwenden. Des weiteren wurde durch den Preußischen Ministerialerlaß vom 9. März 1933 die Mustersatzung dahingehend abgeändert, daß die Höchstgrenze für Darlehen gegen einfachen Schuldschein von 500 auf 1.000 RM heraufgesetzt wurde. Bei Nachweis eines besonderen Bedürfnisses konnten die Sparkassen auch noch darüber hinaus bis zu einem Höchstsatz von 2.000 RM gehen.

Es hätte also nahegelegen, daß sich die Sparkassen, besonders da sich ihre Liquiditätslage günstig entwickelte, mehr dem kurzfristigen Geschäft, und hier vor allem dem mittelständischen Betriebskredit, zugewendet hätten. Es ergab sich aber die überraschende Tatsache, daß es - trotz Wirtschaftsaufschwung - an der nötigen Kreditnachfrage fehlte. Die Erklärung dafür liegt darin, daß sich sehr bald bereits die Folgen des Prozesses der Staatsverschuldung bemerkbar machten. Lautenbach beschreibt die Auswirkungen der fortschreitenden Staatsverschuldung folgendermaßen:

"Je mehr der Prozeß der Staatsverschuldung fortschreitet, um so mehr vollzieht sich im Portefeuille der Banken eine Umschichtung, die analog der Umschichtung ist, die wir im Status der Notenbank beobachten können. Die Schatzwechsel verdrängen nach und nach die privaten Wirtschaftskredite. Würde der Staat seine Schuldenpolitik ständig fortsetzen, so würden die Banken schließlich fast alle privaten Debitoren verlieren. Sogar die Handelswechsel, nicht nur im Portefeuille der Banken, sondern überhaupt in der Wirtschaft, würden immer mehr abnehmen, weil die gesamte Wirtschaft so liquide würde, daß sie den Handelswechsel als Finanzierungsmittel nicht mehr brauchte."¹⁾

Die Verflüssigung geschah bei den mittelständischen Betrieben allerdings nicht so schnell und war nicht so umfangreich wie bei den Großunternehmen, die in stärkerem Maße in den Genuß der Staatsaufträge kamen. So ist es auch zu erklären, daß das Volumen der privaten kurzfristigen Kredite bei den Sparkassen weniger stark zurückgegangen ist als bei den Kreditbanken. Der Rückgang verlangsamte sich seit 1934 bei den westfälischen Sparkassen von Jahr zu Jahr. Seit 1937 nahmen die Personalkredite sogar wieder etwas zu. Allerdings wurde dieser Anstieg getragen von den Wechselkrediten, die überhaupt den Rückgang der Buchkredite seit 1933 nicht mitgemacht hatten, ohne allerdings deren Absinken ausgleichen zu können.

1) Wilhelm Lautenbach; Zins, Kredit und Produktion, Tübingen, 1952, S. 101

Die Zunahme der Wechselkredite ist darauf zurückzuführen, daß sie das bevorzugte Mittel der Finanzierung öffentlicher Aufträge waren. Der 6-Monatswechsel mit einem öffentlichen Giro war typisch für die damalige Struktur der Betriebskredite¹⁾. Bei den Buchkrediten wurden von dem Rückgang vornehmlich die Kontokorrentkredite betroffen, während die Ausleihungen in Form von Darlehen bei den westfälischen Sparkassen gleich blieben oder sogar leicht anstiegen.

1) Vgl. Die Deutschen Sparkassen in den Jahren 1934 - 1937, ein Beitrag zu den "Vierteljahresheften zur Statistik des Deutschen Reiches", S. 23

V. Die Sparkassen in der "sozialen" Markwirtschaft.

Wir haben gesehen, daß die Strukturveränderungen, die das Aktivgeschäft der Sparkassen seit der Jahrhundertwende erfahren hatte, ihre Ursache sowohl in der wirtschaftlichen als auch in der politischen Entwicklung hatten. Bei der Beurteilung des nach dem zweiten Weltkrieg einsetzenden Abschnittes der Sparkassenentwicklung müssen drei Faktoren beachtet werden, die für die Gestaltung des Aktivgeschäftes bestimmend wurden: Erstens die Folgen der Währungsreform, zweitens die wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland und schließlich die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik nach marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Das Umstellungsgesetz brachte für die Sparkassen auf der Aktivseite den völligen Untergang ihrer Kassenbestände, der Forderungen an Geldinstitute und den Verlust aller Forderungen an das Reich. Die übrigen buchmäßigen Forderungen und Wertpapiere erfuhren eine Umstellung im Verhältnis 10 : 1. Die Sparguthaben wurden zwar im Verhältnis 10 : 0,65 umgestellt, durch die Anrechnung der Kopfquote waren aber viele Sparkonten erloschen. Das Bilanzvolumen der Sparkassen schrumpfte damit gewaltig zusammen.

Die Situation der westfälischen Sparkassen nach der Währungsumstellung unterschied sich in nichts von der der anderen deutschen Sparkassen.

Bilanz per 21. Juni 1948¹⁾

<u>Aktiva</u>	in Mill. DM	in % der Bilanz- summe
Kassenbestand	2.249	0,4
LZB-Guthaben	32.957	6,7
Postscheckguthaben	-	
Bankguthaben	-	
Schecks und Inkassowechsel	-	
Wechsel	-	
Schatzwechsel	-	
Wertpapiere	7.925	1,6
Ausgleichsforderungen	380.833	77,2
Debitoren	2.843	0,6
langfr. Ausleihungen	43.953	8,9
Grundstücke und Gebäude	17.102	3,5
sonstige Aktiva	5.448	1,1
Bilanzsumme:	493.310	100,0
<u>Passiva</u>		
Spareinlagen	306.785	62,2
Sicht- und Termineinlagen	97.364	19,7
Aufgenommene Gelder	0,065	-
Aufgen. langfr. Darlehen	0,134	-
Durchlaufende Kredite	0,011	-
Rücklagen nach § 11 KWG	42.217	8,6
Sonstige Rücklagen, Rückst. und Wertberichtigungen	45.026	9,1
Sonstige Passiva	1.708	0,4
Bilanzsumme:	493.310	100,0

1) Vgl. Jahresbericht des Westfälisch-Lippischen
Sparkassen- und Giroverbandes 1958, Anhang.

Die vorhandenen Anlagen waren entweder erloschen oder stark dezimiert. Die auf der Aktivseite entstandene Lücke wurde durch die "Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand" ausgefüllt, die als Gegenposten für die Streichung der öffentlichen Schulden dienten. Formell waren sie den Wertpapieren zwar gleichgestellt worden, aber sie unterschieden sich doch wesentlich von den "echten" Wertpapieren. Nicht nur, daß sie nur mit 3 % verzinst wurden, sie waren ursprünglich gänzlich immobil gedacht. Später konnten sie dann nach den Bestimmungen der Notenbank bei der Landeszentralbank lombardiert oder an sie verkauft werden¹⁾.

Nach der Währungsumstellung lagen 380 Mill.DM, das sind 77,2 % der gesamten Aktiven der Bilanzsumme der westfälischen Sparkassen in Ausgleichsforderungen fest. Durch die Verlängerung der Bilanzsumme im Laufe des Wirtschaftsaufschwungs verringerte sich dieser Prozentsatz zwar wesentlich²⁾. Bei einer allgemeinen Analyse des Anlagegeschäftes der Sparkassen nach der Währungsreform müssen sie jedoch auch Ende 1957 noch als eine Belastung der Ertragslage wie auch als Begrenzung der Dispositionsfreiheit berücksichtigt werden³⁾. Das Gewicht der Ausgleichsforderungen ergibt sich aus einem Vergleich des gesamten Kreditgeschäftes der Sparkassen mit dem Bestand an Ausgleichsforderungen. Ende 1958 bestanden

-
- 1) Seit 1955 ist auch eine langfristige Tilgung vorgesehen.
 - 2) Ende 1949 machten die Ausgleichsforderungen noch mit 378,4 Mill.DM 45,0 % und Ende 1950 mit 349,4 Mill.DM 32,1 % der gesamten Aktiven aus. 1954 waren es noch immer 12,6 %. Bis 1958 sank ihr Anteil an der Bilanzsumme der westfälischen Sparkassen auf 5,8 % ab (335,4 Mill.DM). Vgl. Jahresbericht des Westf.-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes 1958, Anhang.
 - 3) Absolut gesehen waren die Sparkassen von allen Kreditinstituten bei weitem mit dem größten Posten belastet: 2,69 Mrd. DM oder 46 % von insgesamt 5,83 Mrd. DM Ausgleichsforderungen. Vgl. Jahresbericht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen, 1954, S. 15.

noch immer 5,8 % der Bilanzsumme der westfälischen Sparkassen aus Ausgleichsforderungen. Hinzu kamen als weitere Sonder-Belastungsposten der Aktivseite der Sparkassenbilanzen die "Deckungsforderungen" aus der Altsparerentschädigung und aus dem Währungsausgleich bei Sparguthaben Vertriebener.¹⁾

Der dritte Belastungsfaktor und Hemmschuh für das Kreditgeschäft war die Pflicht zur Unterhaltung von zinslosen Mindestreserven für reservepflichtige Verbindlichkeiten der Sparkassen. Sie betrugen unmittelbar nach der Währungsreform bis zum Dezember 1948 für Sichtverbindlichkeiten 10 %, für befristete Verbindlichkeiten einschließlich der Spareinlagen 5 %. Dadurch waren von der Erstausrüstung, die die westfälischen Sparkassen in Höhe von 7 1/2 % der umgestellten Spareinlagen und 15 % der umgestellten Giroeinlagen erhalten hatten, 35,2 Mill. DM oder 2/3 blockiert. In den folgenden Jahren bis 1958 wurden die Mindestreservesätze entsprechend der jeweiligen Geldmarktsituation herauf- oder herabgesetzt.

1) Da die Entschädigungsguthaben vom Lastenausgleichsfonds ziemlich zügig freigegeben wurden, konnten die hierbei entstehenden Deckungsforderungen gleichlaufend mit der Freigabe bis auf gewisse Restposten wieder abgebaut werden. Bei den 1954 ausgewiesenen Deckungsforderungen handelt es sich deshalb praktisch ganz um Deckungsforderungen aus der Altsparerentschädigung. Diese werden von den Sparkassen mit 4 1/2 % verzinst, während die ihnen gegenüberstehenden, noch nicht freigegebenen Ausgleichsgutschriften von den Kassen mit 4 % verzinst werden. Nach den Bestimmungen des Altsparerergesetzes werden aus dem Lastenausgleichsfonds in den Kalenderjahren 1954 bis 1957 mindestens die Zinsen der noch nicht freigegebenen Entschädigungsgutschriften gezahlt. Von 1958 an werden darüber hinaus jährlich 200 Mill. DM vom Lastenausgleichsfonds zur Freigabe von Entschädigungsgutschriften der Altsparer bereitgestellt und damit zur Ablösung der Deckungsforderungen bei den Instituten verwendet.

Deckungsforderungen der westf. Sparkassen		
Jahr	Deckungsforderung in Mill. DM	in % der Bilanzsumme
1953	50,8	2,3
1954	138,8	4,7
1955	153,5	4,3
1956	160,2	4,0
1957	162,9	3,4
1958	159,3	2,8

Vgl. Jahresbericht des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes 1958, Anhang.

Neben diesen währungspolitischen Folgen beeinflussten auch die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse die Geschäftspolitik der Sparkassen. So "total" der Krieg geführt worden war, so vollständig war auch die Niederlage. Nicht nur der militärische Apparat war zerschlagen, auch die Wirtschaft war durch Kriegseinwirkungen, Demontagen und unterlassene Reinvestitionen bis in seinen Kern getroffen. Die Ausstattung mit langlebigen Wirtschaftsgütern war mehr als dürftig. Millionen Flüchtlinge waren in das Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen eingeströmt. Die Arbeitslosigkeit drohte sich auszubreiten. Der betriebliche Investitionsbedarf und der private Nachholbedarf waren riesig.

Trotz dieser wirtschaftlichen Situation wagten die verantwortlichen deutschen Wirtschaftspolitiker die Abkehr von zwangswirtschaftlichen Reglementierungen und die Wendung zu einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik. Dabei handelte es sich allerdings nicht um eine "freie" Wirtschaft im Sinne des 19. Jahrhunderts, sondern um eine neue marktwirtschaftliche Konzeption, welche versucht, die Kräfte freier Initiative mit dem sozialen Anliegen unserer Zeit zu verbinden. Ließen sich bei der damaligen wirtschaftlichen Lage mehr oder weniger direkte Staatseingriffe auch nicht vermeiden, so blieb das Leitbild doch eine möglichst

"marktkonforme" Lenkung der Wirtschaft. Das vorzüglichste Instrument einer "marktkonformen" Lenkung stellte aber die Geldpolitik dar.

Der Übergang zu einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik bedeutete für die Sparkassen einmal die Beeinflussung ihrer Geschäftspolitik durch die konjunkturellen Wechsellagen, denen jede Marktwirtschaft ausgesetzt ist, zum anderen eine fühlbare Bindung an die "Leinen", an denen die Notenbank den Bankapparat hält, d.h. eine stärkere Einflußnahme der Notenbank auf ihre Kreditpolitik. Dabei begnügte sich die Notenbank nicht mehr mit dem klassischen Mittel der Diskontopolitik, sondern erließ für die verschiedenen Kreditinstitute anderslautende Kredit-Richtsätze. Auch die Pflicht zur Unterhaltung von Mindestreserven galt nicht der Liquiditätssicherung, sondern war eindeutig ein Mittel zur Geldmengenregulierung.

Die Sparkassen wurden durch die Währungsreform hart getroffen. So notwendig volkswirtschaftlich gesehen der Währungsschnitt auch war, indem er auf der Geldseite nur den Zustand herstellte, der auf der Güterseite bereits seit langem bestand, so unangenehm wirkte sich die damit verbundene soziale Ungerechtigkeit auf die Sparkassen aus. Die Masse der Sparer fühlte sich betrogen. Es fehlten den Sparkassen nicht nur die Spargelder, auf denen ihr langfristiges Geschäft aufgebaut war, sondern es kam in den ersten Monaten nach der Währungsreform auch noch zu erheblichen Abzügen der verbliebenen Spareinlagen, ein Vorgang, der sich in der Folgezeit bei Krisenerscheinungen wiederholen sollte. Gewiß hatten auch die anderen Kreditinstitute eine ähnliche Schrumpfung ihrer Einlagen und Anlagenseite erfahren, aber einmal waren die Kreditbanken in ihrer Bewegungsfreiheit und damit in der Ausnutzung aller sich bietenden günstigen

Geschäftsmöglichkeiten durch keine einschränkenden Satzungen gehemmt, zum anderen schlug sich das im Wirtschaftskreislauf befindliche Geld sehr schnell auf den Depositenkonten der Geschäftswelt nieder. Die Finanzierung des beginnenden wirtschaftlichen Aufbaues wurde nämlich, da eine andere Finanzierungsquelle nicht zur Verfügung stand, zunächst getragen durch den Bankkredit. Da die Verbrauchsneigung der Einkommensbezieher aber auch aus erklärlichen Gründen sehr hoch war, floß der größte Teil der neugeschaffenen Gelder über die Verbrauchsgütermärkte wieder in die Kassen der Unternehmer zurück und schlug sich anschließend auf den Girokonten nieder.

Auch bei den Sparkassen stiegen daher die kurzfristigen Geschäftskonten schneller an als die Spareinlagen, bei denen Neueinzahlungen in dieser Zeit infolge der großen Enttäuschung der Sparer sehr gering waren.

Das Kreditgeschäft der Sparkassen mußte sich dementsprechend entwickeln wie in den Jahren nach der Inflation des 1. Weltkrieges. Auch diesmal trat deutlich die elastische Anpassungsfähigkeit des "zweigleisigen" Sparkassengeschäftes hervor.

Die Betätigung im kurzfristigen Kreditgeschäft war für die Sparkassen nach der Währungsreform die einzige Möglichkeit, ihr Aktivgeschäft neu aufzubauen und zu erweitern. Die Schrumpfung des Bilanzvolumens führte zu einem ernsthaften Rentabilitätsproblem, da eine entsprechende Senkung der Verwaltungskosten nicht ohne weiteres möglich war. Der Ausweg für die Sparkassen konnte nur darin bestehen, zunächst im kurzfristigen Aktivgeschäft stärker tätig zu werden, um die

Möglichkeit einer günstigen Verzinsung auszunutzen. Die erste Phase der Entwicklung des Aktivgeschäftes nach der Währungsreform ist darum durch ein Hervortreten der kurzfristigen Kredite gekennzeichnet.

Mit dem Aufholen der Spareinlagen vollzog sich auch im Verhältnis des Anlagegeschäftes eine Normalisierung. Der Ausgleich zwischen Einlagen und Ausleihungen zwischen dem kurzfristigen und langfristigen Kreditgeschäft hatte sich im wesentlichen bis Ende 1953 vollzogen.

Das Verhältnis zwischen dem kurzfristigen und langfristigen Anlagegeschäft, wie es sich nach dem ersten Weltkrieg eingespield hatte, wurde jetzt aber nicht mehr erreicht. Darüber hinaus näherte sich die gesamte Geschäftstätigkeit der Sparkassen sehr stark der der Kreditbanken. Wenn man also von einer "Bankwende" in der Geschichte der deutschen Sparkassen sprechen will, dann wird man diesen Begriff für die Zeit nach der Währungsreform vorbehalten müssen.

1. Die Herausbildung einer neuen Ein- und Anlagestruktur

Bevor wir uns dem Aktivgeschäft der westfälischen Sparkassen zuwenden, wollen wir kurz die Entwicklung der Einlagenseite betrachten, da sie für die Beurteilung des Aktivgeschäftes sehr wesentlich ist, denn in den Nachkriegsjahren hat sich auch eine entscheidende Veränderung in der Einlagenstruktur vollzogen. Nach der Währungsumstellung ergab sich bei den westfälischen Sparkassen ein Bestand an Spareinlagen von 306,8 Mill.DM. Diese umgestellten Spareinlagen waren aber einmal fast ausschließlich in Ausgleichsforderungen festgelegt, zum anderen stellten sie auch einen sehr labilen Faktor dar, da ihre Rückzahlungshäufigkeit zumindest bis 1949 sehr hoch war. Die neu zufließenden Spareinlagen hielten sich zunächst in bescheidenen Grenzen. Bis Ende 1949 stiegen die Spareinlagen bei den westfälischen Sparkassen nur um 31,1 Mill.DM an.

Der Sparwille war trotz der Währungsreform zwar nicht gebrochen, er hatte aber doch erheblich an Kraft eingebüßt. Andererseits war es aber auch verfehlt, daß die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker die Ersparnisbildung auf Sparkonten nicht begünstigten. Durch ein vermehrtes freiwilliges Sparen wäre nicht nur der Preisanstieg gebremst, sondern auch die Kredit Chancen für die mittelständische Wirtschaft wären damit gefördert worden. Eine Selbstfinanzierung über den Preis ist den mittelständischen Betrieben im Gegensatz zu der Industrie nur in geringem Maße möglich gewesen. Die Neubildung von Eigenkapital war zudem durch ungenügende Ausnutzungsmöglichkeiten steuerlicher Vergünstigungen stark beeinträchtigt.

- a) Die folgenden Jahre haben aber bewiesen, daß das Kontensparen eine durchaus verlässliche Größe ist, vorausgesetzt, daß ein nur einigermaßen günstiges Sparklima herrscht. Während bis 1951 die Spareinlagen der westfälischen Sparkassen nur um 190 Mill.DM zugenommen hatten, zeichnete sich seit 1952 (mit einer Zunahme von 241,5 Mill.DM) eine Festigung des Sparprozesses ab, der im übrigen durch Steuerbegünstigung gefördert wurde¹⁾. Bei den westfälischen Sparkassen hat sich daher der Anteil der Spareinlagen an den Gesamteinlagen langsam aber stetig zugunsten der Spareinlagen verschoben. Er machte 1958 69,8 % gegenüber 44,7 % Ende 1951 aus.

Jahr	<u>Einlagenbestand +)</u>				Gesamteinlagen Mill.DM
	Spareinlagen Mill.DM	i. % d. Gesamt- einkl.	Giroeinlagen und Depositen Mill.DM	i. % d. Gesamt- einkl.	
1948	306,8	75,9	97,4	24,1	404,2
1949	340,9	46,9	386,2	53,1	727,1
1950	429,1	46,5	493,0	53,5	922,1
1951	496,8	44,7	614,3	55,3	1.111,1
1952	738,3	50,5	723,8	49,5	1.462,1
1953	1.135,3	58,7	799,0	41,3	1.934,3
1954	1.677,1	67,0	825,7	33,0	2.502,8
1955	2.061,2	70,2	872,8	29,8	2.934,0
1956	2.321,7	70,0	995,1	30,0	3.316,8
1957	2.761,9	69,2	1.231,4	30,8	3.993,3
1958	3.412,2	69,8	1.474,7	30,2	4.886,9

+) mit Einlagen von Kreditinstituten

- 1) Ende 1949 betrugen bei den westfälischen Sparkassen die steuerbegünstigten Spareinlagen 10,3 Mill.DM. In den einzelnen Jahren war folgender Zuwachs zu verzeichnen: 1950 = +17,0 Mill.DM; 1951 = +25,0 Mill.DM; 1952 = +28,9 Mill.DM; 1953 = +51,8 Mill.DM; 1954 = +81,9 Mill.DM; 1955 = +33,5 Mill.DM; 1956 = +40,2 Mill.DM; 1957 = +76,2 Mill.DM. Ende 1958 waren damit die steuerbegünstigten Spareinlagen auf 400,5 Mill.DM angewachsen.
Vgl. Jahresbericht des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes 1952, S.9, u.1958, S. 4.

Ein Novum in diesem Zeitraum bildet aber die Zusammensetzung der Gesamteinlagen. Hatte sich das Verhältnis der kurzfristigen Einlagen zu den langfristigen Einlagen ebenso wie in der Zeit der ersten Inflation zugunsten der kurzfristigen Einlagen verschoben, so ist im Gegensatz zu der Entwicklung von früher kein so starker Rückgang der kurzfristigen Einlagen zu verzeichnen. War das Verhältnis der Depositen zu den Spareinlagen ein Jahr nach der Einführung der Deutschen Mark 53,12 % zu 46,88 %, so war das Verhältnis im Jahre 1952 noch fast gleich. (50 % zu 50 %).

1954 ergab sich eine prozentuale Aufteilung von kurzfristigen zu langfristigen Einlagen von 33 % zu 67 %. Dieser Satz hat sich auch in den folgenden vier Jahren auf gleichem Stand gehalten, so daß wir 10 Jahre nach Einführung der neuen Währung noch ein Drittel der Gesamteinlagen als Sicht- und Termineinlagen auf Depositen-, Giro- und Kontokorrentkonten finden. In der Vorkriegszeit lag dagegen die normale Relation bei etwa 85 bis 90 Prozent.

Zu dieser Entwicklung beigetragen hat auch die Popularisierung des Spargiroverkehrs, die sich in einem stetigen Anwachsen des Teilnehmerkreises zeigt. In den letzten Jahren sind im Bundesgebiet jährlich zwei- bis dreihunderttausend Spargirokonten neu eröffnet worden¹⁾. Bei den westfälischen Sparkassen erhöhte sich allein die Anzahl der Giro- und Depositenkonten um vierzigtausend im Jahre 1957, im Jahre 1958 sogar um sechzigtausend. Darin spiegelt sich zweifellos aber auch das steigende Interesse der Arbeitgeber- und zwar sowohl der Unternehmen wie auch der Behörden - an Gehalts- und Lohnkonten für ihre Angestellten und Arbeiter wider.

1) Im Jahre 1959 sind bei den Sparkassen im Bundesgebiet sogar 700.000 Spargirokonten neu eröffnet worden.

- b) Da sich nach der Währungsreform - entsprechend zum Güterumschlag - sehr schnell wieder ein ausgedehntes Giroeinlagengeschäft entwickelte, kam das kurzfristige Kreditgeschäft rasch wieder in Gang. Am 31.12.1948 wiesen die westfälischen Sparkassen kurzfristige Kredite in Höhe von 50,6 Mill.DM aus. Dabei stand auch bei den Sparkassen zunächst der Wechselkredit - teilweise auf der Grundlage der Refinanzierung bei der Notenbank - zwangsläufig im Vordergrund. Nach der Währungsreform tauchte das Problem der Finanzierung der kurzfristigen Kredite auf, da die Buchkredite nur auf Grund von Einlagen gewährt werden konnten. Neben dem Wiederaufleben des Diskontkredites auf der Grundlage echter Warenwechsel wurde jetzt auch die Möglichkeit geschaffen, die Refinanzierung von Krediten über das Instrument der Finanzwechsel in Form der Bankakzepte und der Debitorenziehungen herbeizuführen.

Ende 1948 entfielen von den gesamten kurzfristigen Krediten 62,7 % auf Buchkredite und 37,3 % auf Wechselkredite. Später verschob sich die Relation zwar weiter zugunsten des Buchkredites - Ende 1949 wurden noch rund ein Viertel aller Personalkredite in der Form des Wechselkredites gewährt - in der Folgezeit hielt sich aber der Anteil der Wechselkredite zwischen 25 % und 30 %.

In früheren Jahren hatte das Wechselgeschäft der Sparkassen eine untergeordnete Rolle gespielt, worin vielleicht die Scheu der mittelständischen Bevölkerungskreise vor einer wechselfähigen Verpflichtung zum Ausdruck kam. 1929 z.B. machten die Wechselkredite nur rd. 8 % der gesamten kurzfristigen Kredite aus.

Diese neue Entwicklung braucht für die Sparkassen durchaus nicht von Nachteil zu sein, denn einmal kann dem Wechselkredit ein wesentlich höherer Grad von Liquidität inne wohnen als dem Kontokorrentkredit, zum anderen bestehen auch im Hinblick auf die Sicherheit keine Bedenken, solange die Sparkassen bei der Auswahl die nötige Sorgfalt beachten. Kredite in Form des Kontokorrent

konnten erst wieder stärker gegeben werden, als der Zugang an kurzfristigen Depositen nicht mehr für die Finanzierung des Spareinlagenabzuges - wie 1948 nach der Währungsumstellung - verwendet werden mußte, und die kurzfristigen Einlagen wieder ihre Funktion als Quelle des kurzfristigen Kredites erfüllen konnten.

In der starken Zunahme der Giroeinlagen spiegelte sich der gewaltige Anstieg der Produktion und des Handelsvolumens wider, an dem auch die Kreise der Spargirokundschaft teilgenommen haben.

Die Giroeinlagen stiegen von 97,7 Mill.DM Ende 1948 (19,7 % der Bilanzsumme) bis Ende 1949 auf 386,2 Mill.DM (= 45,4 % der Bilanzsumme), während die Spareinlagen im selben Zeitraum sich nur um 34,1 Mill. DM auf 340,9 Mill. (= 40,5 % der Bilanzsumme) erhöhten. Das kurzfristige Kreditgeschäft erfuhr daher im Jahre 1949 eine kräftige Zunahme. Ende 1949 hatten die westfälischen Sparkassen ein kurzfristiges Kreditvolumen von 163 Mill. DM, das sich bis Ende 1950 auf 231,1 Mill. DM erhöhte. Es belief sich damit auf 50,6 % der Giroeinlagen, während bei den Kreditbanken Ende 1950 das kurzfristige Kreditvolumen die Giroeinlagen nicht nur erreichte, sondern oft weit überstieg¹⁾.

Entwicklung des kurzfristigen Kreditgeschäftes

Kreditart	Stand der kurzfristigen Kredite am:				
	31.12.48	30.6.49	31.12.49	30.6.50	31.12.50
	Mill.DM	Mill.DM	Mill.DM	Mill.DM	Mill.DM
Buchkred.	31.776	61.501	121.540	161.816	181.201
Wechselk.	18.833	34.159	40.463	49.241	49.904
Insgesamt:	50.609	95.660	162.003	211.057	231.105
i. % d. Giroeinlagen	18,5 %	28,6 %	47,3 %	48,3 %	50,6 %

1) Vgl. Monatsbericht der BdL, August 1949, S. 43

Diese Tatsache beweist, daß von den westfälischen Sparkassen keine Spareinlagen für das kurzfristige Kreditgeschäft verwendet worden sind, wie vielfach den Sparkassen im allgemeinen ohne Grund vorgeworfen worden ist, sondern daß sie vielmehr einen nicht unerheblichen Teil der Giroeinlagen als liquide Mittel gehalten haben. Zum anderen finden wir in dem Verhalten der Sparkassen eine Bestätigung darin, daß sie eine vorsichtige Kreditpolitik betrieben und sich durchaus im Rahmen der erlassenen Kreditrichtlinien der Bank Deutscher Länder gehalten haben.

Den westfälischen Sparkassen bereitete es daher im allgemeinen auch keine besonderen Schwierigkeiten, die im Rahmen der restriktiven Maßnahmen des Zentralbanksystems - die zur Abschwächung des Korea-Booms im Sommer 1950 eingeleitet und zu Beginn des Jahres 1951 noch verschärft wurden - erlassenen Kreditrichtsätze einzuhalten.

Obwohl die Giroeinlagen auch 1951 weiter kräftig anstiegen (von 493 Mill.DM Ende 1950 auf 614,3 Mill. DM Ende 1951 oder um 24,6 %), konnten sich die kurzfristigen Kredite durch Kreditrestriktionsmaßnahmen nur um 10,2 Mill. DM oder um 4,41 % erhöhen. 1952 brachte zwar wieder eine kräftige Zunahme (um 102,3 Mill.DM oder 42,4 % auf 343,6 Mill.DM), aber auch in diesem Jahr stand die Entwicklung des kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäftes unter dem Einfluß der restriktiven Kreditpolitik des Zentralbankrates. Besonders nachteilig wirkte sich die im März 1952 beschlossene Änderung der Kreditrichtsätze für Sparkassen und Kreditgenossenschaften aus, wonach die Debitoren und die Debitorenziehungen bei den Sparkassen nur noch 60 % statt bisher 70 % der ausgewiesenen haftenden Mittel und Einlagen (ohne Spareinlagen) ausmachen durften.

Das kurz- und mittelfristige Aktivgeschäft

Jahr	Debitoren in Mill.DM	Deb. i.% d.Ges.- einlagen	Deb.i.% d.Bilanz summe	Wechsel in Mill.DM	Wechsel i.% d. Gesamt- einl.	Wechsel i.% d. Bilanz- summe
1948	2.843	0,70	0,58	-	-	-
1949	132.456	18,21	15,74	41.506	5,71	4,93
1950	223.886	24,28	20,62	49.904	5,41	4,60
1951	234.583	21,11	17,78	58.705	5,28	4,45
1952	328.298	22,45	19,08	100.636	6,88	5,85
1953	439.660	22,73	19,54	115.223	5,95	5,12
1954	533.199	21,30	18,00	135.463	5,41	4,57
1955	591.303	20,15	16,74	146.344	4,98	4,14
1956	595.982	17,97	14,80	163.894	4,84	4,07
1957	616.792	15,44	12,84	174.682	4,37	3,63
1958	676.050	13,83	11,72	185.585	3,80	3,22

Auch in den folgenden Jahren hielt der Anstieg des kurzfristigen Kreditgeschäftes weiter an. Ab 1956 machte sich dann aber eine relative Verringerung der Kreditnachfrage bemerkbar. Die Ursache für den verminderten Bedarf an kurzfristigen Krediten lag in der übermäßigen Geldfülle der gesamten Volkswirtschaft. Besonders die Wirtschaftsunternehmen verfügten über verstärkte liquide Mittel, die vor allem aus den anhaltenden Zahlungsbilanzüberschüssen herrührten. Ab 1957 war daher eine Verlagerung des Schwergewichtes auf den langfristigen Kredit zu verzeichnen. Die langfristigen Ausleihungen stiegen 1958 ungleich schneller als die kurz- und mittelfristigen. Die langfristigen Ausleihungen der westfälischen Sparkassen haben 1958 allein um 301,6 Mill.DM oder 18,5 % zugenommen. Die kurz- und mittelfristigen Kredite sind dagegen nur um 70,2 Mill.DM oder 8,8 % gewachsen. Die Zunahme war zwar etwas stärker als 1957 (4,2 %), sie blieb jedoch hinter dem Tempo der Ausweitung des langfristigen Kreditgeschäftes weit zurück.

Mit dem Ansteigen der Spareinlagen wurden die Sparkassen in die Lage versetzt, aus Teilen des Spareinlagenzuwachses und aus dem "Bodensatz" der Giroeinlagen auch den mittelfristigen Kredit wieder stärker zu pflegen. Sie kamen damit gerade dem Kreditbedürfnis der mittelständischen Wirtschaft weitgehend entgegen. Seit 1951 stieg der Anteil der mittelfristigen Kredite bei den westfälischen Sparkassen ständig an und betrug Ende 1953 ein Drittel aller Debitoren.

Jahr	kurzfristige Kredite in Mill.DM	Zuwachs in %	mittelfristige Kredite in Mill.DM	Zuwachs in %
1948	50,6			
1949	163,0	222,16	11,0	
1950	231,1	41,74	42,7	291,03
1951	241,3	4,41	52,0	21,81
1952	343,6	42,42	85,3	64,00
1953	416,2	21,10	138,8	62,66
1954	490,2	17,77	178,5	28,69
1955	513,9	4,84	223,7	25,32
1956	540,4	5,16	219,5	1,88
1957	562,9	4,16	228,6	4,15
1958	604,7	7,43	257,0	12,43

Bei den mittelfristigen Krediten handelte es sich zunächst vorwiegend um Tilgungskredite, an Handwerk, Einzelhandel und Landwirtschaft. Sie wurden deshalb so begehrt, da sie dem Geschäfts- und Finanzierungsablauf gerade dieser Wirtschaftszweige weitgehend entsprechen. 1958 betrug der Anteil dieser Kredite an dem gesamten Debitorenbestand immerhin 38 %. Unter den Schuldnern befanden sich aber auch alle anderen Bevölkerungskreise, denen die Kredite mittelfristig zur Erfüllung dringender Bedarfszwecke zur Verfügung gestellt wurden.

Das Bild des kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäftes der westfälischen Sparkassen nach der Währungsreform bliebe unvollständig, ließe man die verschiedenen Kaufkredite als besondere Form des Personalkredites außer acht, bei denen die Sparkassen schnell eine bedeutsame Stellung erringen konnten. Zunächst wollten sie wohl einem Bedürfnis der Bevölkerung entgegenkommen, später aber, als eine weitgehende Befriedigung des volkswirtschaftlich berechtigten Kreditbedarfs erreicht war und der Kampf um den guten Debitor begann, trat auch das Bestreben nach Erschließung neuer Finanzierungswege hinzu, um die Kundschaft nicht zu anderen Kreditinstituten und den Finanzierungsgesellschaften abwandern zu lassen, die eine ungeheuer schnelle Entwicklung zeigten.

Die westfälischen Sparkassen führten bereits im Jahre 1949 eine Möbelsparhilfe ein, die besonders den Vertriebenen und Geschädigten eine vorteilhafte Möglichkeit zur Wiederbeschaffung von Hausrat bot. Dabei handelte es sich um ein kombiniertes Spar- und Kreditsystem¹⁾, bei dem der Kreditnehmer sich gegenüber der Sparkasse verpflichtete, ein Drittel der Kaufsumme in regelmäßigen Raten anzusparen. Nach Erreichung dieses Betrages erhielt er von der Sparkasse ein Darlehen in doppelter Höhe des angesparten Betrages. Die Darlehnssumme war im allgemeinen auf DM 1.000,-- begrenzt und die Tilgungszeit sollte 12 Monate nicht übersteigen.

Die guten Erfahrungen, die die westfälischen Sparkassen mit der Möbelsparhilfe machten, veranlaßten sie, bereits ein Jahr später die Absatzfinanzierung auch auf sonstigen Hausrat und lebenswichtige Gegenstände auszudehnen. Bis Ende 1950, nachdem die "Einkaufssparhilfe" 16 Monate

1) Eine ähnliche Verbindung des Vertragssparens mit einer Darlehensgewährung finden wir auch beim "Heiratssparen".

bestand, waren bereits 20 221 Käufe mit einer Kaufsumme von 15,2 Mill. DM¹⁾ von den westfälischen Sparkassen finanziert worden. 1951 stieg die Kaufsumme auf 27,1 Mill. DM an. Der Durchschnittskreditbetrag belief sich Ende 1951 auf DM 800,--²⁾.

Dieser "Kaufkredit" der Sparkassen nahm in den folgenden Jahren einen immer größeren Umfang an, besonders nachdem die Sparkassen auch die Kraftfahrzeug-Absatzfinanzierung aufnahmen. Ende 1956 waren im Rahmen des Kaufkreditgeschäftes 81,2 Mill. DM ausgeliehen, das waren 13,6 % der gesamten kurz- und mittelfristigen Kredite. In den beiden folgenden Jahren ging der Anteil zwar auf 10,9 % und 9,8 % zurück, aber durch die Absatzfinanzierung haben sich die Sparkassen neue Anlagemöglichkeiten erschlossen, die erheblich zum Ausgleich der nachlassenden Kreditnachfrage und auch zur Verbesserung der Rentabilitätslage beigetragen haben.

-
- 1) Jahresbericht des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes 1948 - 1950, S. 33
 - 2) Jahresbericht des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes 1951, S. 18

Das Gesamt-Kreditvolumen der westf. Sparkassen

Jahr	kurz- und mittel- fristige Kredite ^{+))}		langfristige Ausleihungen		Kreditvolumen insgesamt	
	Mill.DM	i.% d. Gesamt- kredite	Mill.DM	i.% d. Gesamt- kredite	Mill.DM	i.% d. Gesamt- kredite
++)						
1949	174,0	67,7	83,2	32,3	257,2	100
1950	273,8	60,5	179,1	39,5	452,9	100
1951	293,3	52,6	263,8	47,4	557,1	100
1952	428,9	54,6	356,0	45,4	784,9	100
1953	555,0	49,9	556,7	50,1	1.111,7	100
1954	668,7	44,6	829,0	55,4	1.497,7	100
1955	737,6	39,6	1.121,5	60,4	1.859,1	100
1956	759,9	35,4	1.383,5	64,6	2.143,4	100
1957	791,5	32,6	1.631,7	67,4	2.423,2	100
1958	861,7	30,8	1.933,3	69,2	2.795,0	100

+) einschließlich Wechselkredite

++) 1948 wurden die einzelnen Kreditarten statistisch nicht erfaßt.

Aufgrund der Spareinlagenentwicklung konnte das langfristige Kreditgeschäft der westfälischen Sparkassen erst seit 1950 wieder in Gang kommen. Entsprechend den traditionellen Aufgaben der Sparkassen und dem großen Bedarf auf dem Bausektor mußte dabei der Hypothekarkredit im Vordergrund stehen. In erster Linie dienten die nach der Währungsreform ausgeliehenen Hypotheken der Finanzierung des Wohnungsbaues. Die westfälischen Sparkassen widmeten sich dabei besonders der Förderung des sozialen Wohnungsbaues. So entfielen Ende 1950 von den westfälischen Hypothekenzusagen 50 % auf den öffentlich geförderten und weitere 34 % auf den nicht öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Die Leistungen der Sparkassen auf dem Gebiet des Hypothekarkredites waren schon 1958 überraschend hoch. So hatten die westfälischen Sparkassen bis Ende 1950 bereits 102,1 Mill.DM im Hypothekenneugeschäft angelegt. Wenn durch die Korea-Krise kein bedeutender Rückschlag im Hypothekengeschäft eintrat, dann nur deswegen, weil die Sparkassen mit Hilfe vorübergehend veräußerter Ausgleichsforderungen die Hypothekenzusagen vorfinanzierten. Die westfälischen Sparkassen traten zu diesem Zweck 27,3 Mill.DM Ausgleichsforderungen an die Landeszentralbank ab.

Mit dem kräftigen Einlagenzuwachs ab 1951, der auch den Abbau der Vorgriffsfinanzierung durch Rückkauf der Ausgleichsforderungen möglich machte¹⁾, begann auch der Hypothekarkredit sich langsam wieder in normalen Bahnen abzuwickeln. 1951 nahmen die Hypothekendarlehen um 60,4 Mill.DM oder 42 % zu. Damit wurden 89 % des gesamten Spareinlagenzuwachses des Jahres 1951 in Hypotheken angelegt.

Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, daß sich die Sparkassen nach der Währungsreform nicht einseitig unter Vernachlässigung des Realkredites auf das kurzfristige Kreditgeschäft konzentrierten, sondern sie zeugt von dem Bestreben, auch unter den damaligen schwierigen Umständen die Pflege des Hypothekarkredites wieder zu ihrer Hauptaufgabe zu machen. Darüber hinaus überstiegen Ende 1951 die von den westfälischen Sparkassen seit der Währungsreform vorgenommenen gesamten langfristigen Ausleihungen die ihnen im gleichen Zeitraum zugeflossenen langfristigen Mittel. Sie sind sogar von der Bankregel abgewichen, nur langfristiges Geld längerfristig anzulegen. Sie haben teils über das von ihnen geforderte Maß zur Wohnungsbaufinanzierung beigetragen.

1) Von den 27,3 Mill.DM mußten von den westf. Sparkassen im Jahre 1951 aufgrund des Spareinlagenzuwachses nach dem Stand von Ende 1951 insgesamt 16,3 Mill.DM zurückgekauft werden.

Langfristige Ausleihungen der westf.

Sparkassen

Jahr	gegen Grundpfandrechte ¹⁾ in Mill.DM	i.% d. Sparein- lagen	i.% d. Bilanz- summe	sonstige langfr. Ausleih. i.Mill.DM	i.% d. Spar- ein- lagen	i.% d. Bilanz- summe
1948	41,8	13,65	8,49	0,2	0,06	0,04
1949	57,8	17,00	6,87	21,8	6,41	2,59
1950	143,9	33,53	13,25	26,2	6,11	2,41
1951	204,3	41,18	15,49	38,8	7,82	2,95
1952	269,9	36,56	15,69	52,2	7,08	3,04
1953	401,1	35,33	17,80	81,5	7,18	3,62
1954	598,8	35,70	20,22	110,3	6,58	3,73
1955	811,7	39,38	23,--	141,1	6,84	3,99
1956	979,3	42,18	24,33	168,5	7,26	4,19
1957	1.111,3	40,24	23,12	237,3	8,59	4,94
1958	1.276,7	37,41	22,13	295,0	8,65	5,12

Von den bis Ende 1951 gewährten Neuausleihungen gegen Grundpfandrechte kamen 86,9 % auf den Wohnungsbau, ein Prozentsatz, der auch in den folgenden Jahren gehalten wurde; davon entfielen jährlich bis 1958 rund drei Viertel auf den sozialen Wohnungsbau. Neben der Wohnungsbaufinanzierung haben die westfälischen Sparkassen im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch Handwerk, Handel und Gewerbe finanziell gefördert, und auch die Landwirtschaft wurde in beachtlichem Umfange mit Krediten versorgt.

- 1) Die Position "Ausleihungen gegen Grundpfandrechte" ist an die Stelle der früheren Bezeichnung "Darlehen gegen städt. u. ländl. Hypotheken" getreten, während unter den "sonstigen Ausleihungen" vorwiegend Investitionskredite an Handwerk, Handel u. Gewerbe und die Landwirtschaft zu finden sind.

1955 hatten die langfristigen Ausleihungen gegen Grundpfandrechte die kurz- und mittelfristigen Kredite (einschließlich Wechsel) im Anteil der Bilanzsumme bereits wieder übertroffen (23 % gegenüber 22,6 %). Hatten die Hypothekarkredite 1957 bereits die Milliardengrenze überschritten, so erreichten sie Ende 1958 die Höhe von 1.276,7 Mill. DM und machten damit 22,1 % der Bilanzsumme aus. Ihr Anteil an den Spareinlagen¹⁾ ging zwar gegenüber 1956 wieder zurück, aber die in anderen Formen langfristig angelegten Spargelder, besonders in Darlehen an die Gemeinden, kamen indirekt auch dem Wohnungsbau wieder zugute. Das Kommunalkreditgeschäft entwickelte sich in den Jahren nach der Währungsreform nur langsam, auch als durch die wachsenden Spareinlagen die Voraussetzungen für eine Aktivierung dieses Geschäftszweiges günstiger wurden. Unter den Ende 1948 ausgewiesenen 1,8 Mill. DM Kommunalдарlehen befanden sich 1,6 Mill. DM umgestellte Kredite. Bis Ende 1950 waren die Kommunalдарlehen erst auf 9 Mill. DM angestiegen.

Dieses zunächst nur geringfügige Steigen der Kommunalдарlehen bedeutete natürlich nicht, daß die Gemeinden keinen Kreditbedarf gehabt hätten. Im Gegenteil!! Der Wiederaufbau und Ausbau der öffentlichen Einrichtungen auf kommunaler Ebene erforderte ebenfalls große Mittel. Die Gemeinden hatten, im Gegensatz zur Privatwirtschaft, durch ihre Versorgungseinrichtung (Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und kommunale Verkehrseinrichtungen) auch nur sehr beschränkte Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung. Dabei war gerade auf

1) Gesetzlich können 50 % der Spareinlagen in Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden angelegt werden. (KWG v. 1935; MuSa 1958 § 20)

diesen Gebieten ein volkswirtschaftlich besonders wichtiger Bedarf an Investitionskrediten zu befriedigen. Die Mittel, die den Gemeinden durch die steuerfreien Obligationen zufließen, reichten bei weitem nicht aus, denn im Gegensatz zu den Bundes- und Ländieranleihen, deren Zinsen generell steuerfrei waren, galt nach dem Ersten Kapitalmarktförderungsgesetz die Steuerbefreiung für Kommunalschuldverschreibungen nur, wenn die Erlöse der Anleihen mindestens zu 90 % zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues und der durch ihn bedingten Aufschließungsarbeiten und Gemeinschaftseinrichtungen dienten.

Es bestand aber auch ein großer Bedarf an langfristigen Geldern für andere kommunale Zwecke, die nicht mit Mitteln aus steuerfreien Obligationen finanziert werden konnten. Die westfälischen Sparkassen hätten sicher mehr durch direkte Kredite geholfen, aber diese Hilfe wurde ihnen erschwert. Die Forderung der Kommunalaufsichtsbehörden, daß alle von den Gemeinden aufgenommenen langfristigen Darlehen unkündbar sein müssen, war mit den Geschäftsgrundsätzen der Sparkassen nicht vereinbar, denn mit Rücksicht auf die Belegungsfristen für Einlagen sind unkündbare Ausleihungen nur in beschränktem Umfang vertretbar.

Da auch 1951 noch kein Verzicht auf die Kündigungsklausel zu erreichen war, wurden in diesem Jahre von den westfälischen Sparkassen nur 13,8 Mill.DM zur Erfüllung dringender kommunalpolitischer Aufgaben gewährt.

Die kommunalen Kassenkredite und Darlehen

Jahr	Kommun. Kassen- kred. in Mill.DM	Darl.in Mill.DM	Darl.i.% d. Spar- einlg.	Darl.in %d.zinsb. angel. Vermög.	Darl.in %d. Ges.- einl.	Darl.i.% d.Bilanz- summe
1948		1,8	0,6	3,4	0,4	0,3
1949		3,5	1,0	1,2	0,4	0,4
1950	2,9	8,9	2,0	1,7	0,9	0,8
1951	5,1	20,5	4,1	3,3	1,8	1,5
1952	3,4	33,8	4,5	3,8	2,3	1,9
1953	5,7	73,9	6,5	6,0	3,8	3,2
1954	17,3	119,7	7,1	7,0	4,7	4,0
1955	19,5	168,6	8,1	7,9	5,7	4,7
1956	9,6	235,5	10,1	9,7	7,1	5,8
1957	13,2	283,1	10,2	10,1	7,0	5,8
1958	20,9	369,7	10,5	10,4	7,4	6,2

1954 bahnte sich auch für den Kommunalkredit eine günstigere Entwicklung an. Die Laufzeiten der längerfristigen Kommunalkredite konnten erhöht werden und es kam zu fühlbaren Zinssenkungstendenzen. Neben den langfristigen Krediten für den kommunalen Wohnungsbau verstärkten sich jetzt auch die Kredite für kommunale Wirtschaftsbetriebe.

Während bei den industriellen Erweiterungsinvestitionen weniger die Zinsgestaltung als die Gewinnerwartung des Unternehmers ausschlaggebend sind ("konjunkturabhängige" Investitionen), fällt beim Wohnungsbau und den öffentlichen Basisinvestitionen wegen der langen Laufzeit der Kredite die Zinsbelastung besonders stark ins Gewicht ("kreditabhängige" Investitionen).

Auch die westfälischen Sparkassen haben sich seit 1954 in verstärktem Maße dem Kommunalkredit zugewandt, wobei die verstärkte Nachfrage auch auf die für Kommunalanleihen zeitweise ungünstige Kapitalmarktlage zurückzuführen ist.

Die von ihnen gewährten Kommunalدارlehen stiegen im Jahre 1954 um 62,1 %, während sich das Gesamtkreditvolumen der westfälischen Sparkassen im Jahre 1954 nur um 34,7 % erhöhte. Auch in den weiteren Jahren war die Erhöhung der Kommunalkredite prozentual größer als die Steigerung des Kreditvolumens.

In diesen Zahlen zeichnet sich deutlich eine tendenzielle Verlagerung zum Kommunalkredit ab, die auch bei einer Betrachtung der Entwicklung der gesamten langfristigen Ausleihungen der westfälischen Sparkassen deutlich wird.

Die langfristigen Darlehen der westf. Sparkassen

Jahr	Hypotheken		Kommunalدارlehen		sonstige langfr. Ausleihungen		insgesamt Mill. DM
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
1948	41,9	95,2	1,9	4,3	0,2	0,5	44,0
1949	57,8	69,5	3,5	4,2	21,9	26,3	83,2
1950	143,9	80,4	9,0	5,0	26,2	14,6	179,1
1951	204,3	77,4	20,6	7,8	38,9	14,8	263,8
1952	269,9	75,8	33,8	9,5	52,3	14,7	356,0
1953	401,2	72,1	73,9	13,3	81,6	14,6	556,7
1954	598,8	72,2	119,8	14,5	110,4	13,3	829,0
1955	811,7	72,4	168,8	15,0	141,1	12,6	1.121,5
1956	979,4	70,8	235,6	17,0	168,5	12,2	1.383,5
1957	1.111,4	68,1	293,1	18,0	227,2	13,9	1.631,7
1958	1.276,8	66,1	369,7	19,1	286,8	14,8	1.933,3

Gegen Ende 1958 hatten die westfälischen Sparkassen bereits wieder 369,7 Mill. DM (7,40 % der Gesamteinlagen) in Kommunalدارlehen angelegt. Damit liegen die Sparkassen noch mit 5,1 % unter der nach der Satzung zulässigen Höchstgrenze für langfristige Kommunalدارlehen.

(12,5 % der Gesamteinlagen). Dieser hohe Anteil der Anlage in Kommunaldarlehen ist insofern bemerkenswert, weil die westfälischen Sparkassen auch zu dieser Zeit gegenüber den Kommunalbehörden noch kein unbeschränktes Kündigungsrecht ihrer Darlehen besaßen. Lediglich im Fall einer Zinsregulierung bestand für die Sparkassen die Möglichkeit einer Kündigung (sog. Zinsregulierungsklausel). Neben den langfristigen Ausleihungen erfolgte auch noch bei den kurzfristigen Krediten (Kassenkrediten) eine Ausweitung. Diese Zahlen werden in der Statistik jedoch, da es sich um kurz- bzw. mittelfristige Kredite handelt, unter Debitoren ausgewiesen.

Für die Entwicklung des Wertpapiergeschäftes der westfälischen Sparkassen nach der Währungsreform muß man sich vor Augen halten, daß bei den Sparkassen die Wertpapieranlage nur dann vertretbar ist, wenn sie sich im Rahmen der Zugänge des langfristigen Einlagengeschäftes bewegt. Sie tritt immer dann stärker in den Vordergrund, wenn die anderen Arten des langfristigen Direktkredites aus irgendwelchen Gründen zurückgehen. In dem Maße, in dem besonders die Hypothekarkredite weniger stark gefragt sind, stieg die Anlagequote in Wertpapieren, wobei die Sparkassen nur mündelsichere, festverzinsliche Werte erwerben dürfen.¹⁾

Der Wertpapierbestand der westfälischen Sparkassen schmolz bei der Währungsumstellung, da er vorwiegend aus Staatstiteln bestand, von 4.441 Mill.DM auf 7,9 Mill.DM zusammen. Bei neuen Ankäufen von Wertpapieren nach 1948 handelte es sich vor allem um verzinsliche Schatzanweisungen, Pfandbriefe und Kommunalobligationen. 1950 lagen erst wieder 26,1 Mill.DM (2,8 % der Gesamteinlagen) im Portefeuille der westfälischen Sparkassen. Die weitere Entwicklung des Wertpapierbestandes verlief bis 1957 verhältnismäßig kontinuierlich.

1) Nach der Mustersatzung von 1958 ist eine Mindestlage in Wertpapieren nicht mehr vorgesehen.

1957 erreichte er mit 325,7 Mill.DM 6,8 % der Bilanzsumme. Damit waren 11,4 % der Spareinlagen in Wertpapieren angelegt.

Der Wertpapierbestand der westf. Sparkassen

Jahr	Wertpapiere Bilanzwert i.Mill.DM	Wertp.i.% d.Spar- einlg.	Wertp.i.% d.Gesamt- einlagen	Wertp.i.% d.zinsb.- angelegt. Vermögens	Wertp.i.% d.Bilanz- summe
1948	7,9	2,58	1,96	14,48	1,61
1949	11,7	3,43	1,61	4,23	1,39
1950	26,1	6,10	2,84	5,22	2,41
1951	32,3	6,50	2,90	5,25	2,45
1952	44,8	6,07	3,06	5,15	2,61
1953	91,5	8,06	4,73	7,50	4,06
1954	196,2	11,70	7,84	11,46	6,63
1955	238,4	11,65	8,12	11,28	6,75
1956	249,7	10,75	7,53	10,36	6,20
1957	325,7	11,79	8,15	11,68	6,78
1958	646,4	18,94	13,23	18,59	11,21

Im Gegensatz zu den Zeiten des Dritten Reiches war dieser Anstieg des Wertpapierbestandes aber nicht gleichbedeutend mit einem Anwachsen der Staatspapiere, sondern die Sparkassen haben ihre Mittel bevorzugt in Pfandbriefen und Kommunalobligationen angelegt, wie aus der Zusammensetzung des Wertpapierbestandes eindeutig hervorgeht.¹⁾

Damit haben die Sparkassen auch indirekt erheblich den Wohnungsbau gefördert, denn die Gegenwerte für diese Wertpapiere sind im wesentlichen zur Wohnungsbaufinan-

1) Unter dem Posten "sonstige Wertpapiere" sind Pfandbriefe und Kommunalobligationen zusammengefaßt. Während die Laufzeit dieser Kommunalobligationen 5 bis 10 Jahre beträgt, handelt es sich bei dem Posten "Anleihen der Gemeinden" um Anleihen mit einer Laufzeit von in der Regel mehr als 10 Jahren.

zierung oder von den Gemeinden zur Durchführung wichtiger kommunaler Aufgaben verwandt worden.²⁾

Die Aufteilung des Wertpapierbestandes

Jahr	Wertp. d. Bundes u. d. Länder i. Mill. DM	in % d. Gesamt- papiere	Anleih. d. Gemeinden i. Mill. DM	in % d. Gesamt- papiere	sonst. Wertp. i. Mill. DM	in % d. Gesamt- papiere
1950	0,8	3,1	5,7	21,9	19,6	74,9
1951	1,3	4,0	4,0	12,5	26,9	83,4
1952	9,8	21,9	4,6	10,4	30,3	67,6
1953	9,4	10,3	6,9	7,5	75,1	82,1
1954	10,3	5,2	27,6	14,0	158,2	80,6
1955	9,6	4,1	9,3	3,9	218,8	91,9
1956	12,4	4,9	7,7	3,0	229,5	91,9
1957	19,8	6,0	16,0	4,9	289,9	88,9
1958	107,8	16,6	19,4	3,0	519,1	80,3

1958 setzte dann eine starke Erhöhung des Wertpapierbestandes ein. Er stieg in diesem Jahr um nicht weniger als 320,7 Mill. DM auf 646,4 Mill. DM an. Damit entfielen 33,3 % des gesamten Bilanzsummenzuwachses in diesem Jahr auf Wertpapiere. Ihr Anteil an der Bilanzsumme stieg von Ende 1957 auf 11,2 % Ende 1958. Der Wertpapierbestand der westfälischen Sparkassen machte 1958 18,9 % des Spareinlagenbestandes aus.

Dieser hohe Wertpapierzuwachs im Jahre 1958 ist vor allem auf die stark erhöhte Sparkassenliquidität zurückzuführen, allerdings scheinen auch Rentabilitätserwartungen durchschlagend gewesen zu sein.

2) Vgl. Jahresbericht des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes, 1956, S. 15.

2. Der mittelständische Charakter des Sparkassenkredites

Das Kreditgeschäft der Sparkassen hat nach der Währungsreform starke Wandlungen durchgemacht. Dadurch, daß die Sparkassen sowohl das langfristige wie auch das kurzfristige Kreditgeschäft betrieben haben, waren sie den Einflüssen des Kapitalmarktes wie des Geldmarktes ausgesetzt. Der starken Ausdehnung des kurzfristigen Kredites folgte die Normalisierung des Kreditgeschäftes der Sparkassen mit einer Schwerpunktverlagerung zum langfristigen Kredit. In all' den Jahren aber war eine stetige absolute Zunahme des gesamten Kreditgeschäftes der Sparkassen und eine ständige Vergrößerung des Kreises der Sparkassenkundschaft zu verzeichnen. Das gesamte Sparkassengeschäft nahm weitgehend "bankmäßige" Züge an. Trotzdem hat der Sparkassenkredit seinen Charakter als Mittelstandskredit gewahrt. Einen einheitlichen Maßstab oder eine scharfe Abgrenzung des Mittelstandsbegriffes zum Zwecke einer kreditpolitischen Zuordnung zu finden, ist kaum möglich. Man kann den Mittelstand nicht als eine Sammelbezeichnung für mittlere Einkommensträger sehen, sondern nur als Träger einer selbständigen Existenz in Verbindung von persönlicher Arbeit sowie in bestimmten Größenordnungen wirtschaftlichen oder privaten Eigentums. Entsprechend dieser Kriterien fassen wir unter Mittelstandskredite die Kredite zusammen, die an Handwerker, kleine und mittlere Industrieunternehmen, an Kaufleute, Verkehrsbetriebe, Hotel- und Gaststättengewerbe sowie die freien Berufe (Architekten, Ärzte, Wirtschaftsberater) gegeben worden sind.

Die Kreditpolitik der Sparkassen wurde auch nach der Währungsreform beherrscht von dem Gedanken der

Förderung des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassenorganisation selbst hat klar herausgestellt, daß die Sparkassen auch dann an diesem bewährten Grundsatz festgehalten haben, als die Gewährung einzelner Großkredite die anfangs durch die Währungsreform entstandene ungünstige Ertragslage schneller zu überwinden versprach. Durch Großkredite würden die Sparkassen in ihrer eigentlichen Aufgabe der Kreditversorgung des Mittelstandes gehemmt.¹⁾ Obwohl der "Mittelstand" in den letzten Jahrzehnten und besonders in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg durch das Einrücken neuer Bevölkerungsschichten in diese Gruppe eine starke Wandlung durchgemacht hat, ist im Kreditgeschäft der Klein- und Mittelbetrieb der typische Kunde der Sparkassen geblieben. Auch wenn heute zahlreiche größere Unternehmen zur Sparkassenkundschaft zählen, so spricht das durchaus nicht gegen diesen Tatbestand. Viele Unternehmen, die heute durchaus nicht mehr zur "mittelständischen" Wirtschaft gerechnet werden können und trotzdem zur Sparkassenkundschaft zählen, sind aus kleinen Anfängen in ihre heutige Größe hineingewachsen. Sie haben ihre Verbindung zur örtlichen Sparkasse aufrechterhalten, denn sie wollen die Verbindung zu einem Institut nicht abreißen lassen, das ihnen auch in ihren Anfängen geholfen hat. Eine besondere Gruppe stellten dabei die Flüchtlingsbetriebe dar, die ja alle klein angefangen haben und es heute teilweise zu beachtlicher Größe gebracht haben und die überhaupt ein Element darstellen, das für die Sparkassen sehr wichtig geworden ist.

1) Vgl. Geschäftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände für das Jahr 1950, S. 23.

Der mittelständische Charakter des Sparkassenkredites läßt sich allerdings - was das sicherste Merkmal wäre - nicht nach der Betriebsgröße der mittelständischen Kreditnehmer nachweisen, da die Sparkassenstatistik die Betriebsgröße nicht erfassen kann. Man kann sich aber trotzdem ein Bild davon machen, wie stark der Mittelstand an den Gesamtausleihungen der Sparkassen beteiligt ist, wenn man die nach Wirtschaftszweigen aufgegliederte Kreditnehmerstatistik der Sparkassen heranzieht und die Wirtschaftszweige, die ganz oder überwiegend zu dieser Gruppe zu rechnen sind, betrachtet. Eindeutig darf man das Handwerk und die Landwirtschaft dazu zählen. Auch Handel, Fremdenverkehr und Verkehrsunternehmen wird man, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, hinzurechnen können; nicht so eindeutig läßt sich das von dem der "Industrie" zugehörigen Kreditnehmerkreis sagen. Aber man dürfte wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß auch in dieser Gruppe die mittelständischen Elemente stark vertreten sind. Dieselbe Annahme kann man auch für die "sonstigen privaten Kreditnehmer" machen, worunter Lohn- und Gehaltsempfänger und die freien Berufe fallen. Die Kredite für den Wohnungsbau dürften nur zum Teil dem Mittelstand zugeflossen sein. Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die Kreditnehmerstatistik der westfälischen Sparkassen, so wird deutlich, welches Gewicht die für den Mittelstandskredit maßgebenden Posten an den Gesamtausleihungen der westfälischen Sparkassen haben. Um das Bild über den Mittelstandskredit nicht zu verfälschen, dürfte man allerdings von den langfristigen Krediten für den Wohnungsbau nur vielleicht 50 % zugrunde legen und müßte ferner die gesamten kurz- und mittelfristigen Kredite um die Einzelkredite über 100.000,-- DM vermindern. 1958 machten nach dieser Berechnung die Kredite für den Wohnungsbau, an das Handwerk, den Handel, die Landwirtschaft, das Fremdenverkehrsgewerbe, die Verkehrsunternehmen und an

Diese Entwicklung entsprach durchaus den Bedürfnissen der mittelständischen Sparkassenkunden. Gerade die gewerblichen Betriebe des Mittelstandes hatten in den ersten Jahren nach der Währungsreform infolge der unzureichenden Verfassung des Kapitalmarktes unter dem Mangel an mittel- und langfristigen Krediten besonders zu leiden. Zahlreiche Betriebe waren daher gezwungen, langfristige Investitionen vielfach mit kurzfristigen Betriebskrediten zu finanzieren. Auch als in den ersten Jahren nach der Währungsreform das kurzfristige Kreditgeschäft bei den Sparkassen im Vordergrund stand, lag das Schwergewicht der kurzfristigen Kredite der westfälischen Sparkassen in der Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft. Auf Klein- und Mittelbetriebe des Handwerks und des Handels (einschließlich Einzelhandel) entfielen 1951 rund 43 % der Kreditsumme. Handwerk, Gewerbe und Industriebetriebe waren mit mehr als der Hälfte der Kurzkredite beteiligt. Mit dem Anwachsen der Spareinlagen war es den Sparkassen ab 1952 möglich, neben dem auch weiterhin mit Vorrang behandelten Wohnungsbau auch den mittel- und langfristigen Kreditbedarf der übrigen mittelständischen Wirtschaft stärker zu befriedigen, so daß auch die Handwerksbetriebe und kleinen Unternehmungen sich den modernen technischen Erfordernissen anpassen konnten. Von den Ausleihungen der westfälischen Sparkassen z.B. an das Handwerk entfielen 1958 49,2 % auf kurzfristige Kredite und 50,8 % auf mittel- und langfristige Darlehen. 1950 dagegen machte der Anteil der mittel- und langfristigen Handwerkskredite nur 27,5 % aus. Tatsächlich war aber auch damals der Beitrag der Sparkassen zur langfristigen Kreditversorgung des Handwerks noch größer, weil, wie gesagt, auch ein Teil der kurzfristigen Handwerkerkredite faktisch langfristige Kredite waren. Bei den langfristigen Betriebskrediten stand seit 1952 neben

der Rationalisierung der Betriebe häufig auch eine Umschuldung kurzfristiger Verbindlichkeiten im Vordergrund. Dabei bildeten sich Tilgungsdarlehen mit einer Laufzeit von 4 - 10 Jahren als typische Erscheinungsform heraus.¹⁾ Bei der Sicherstellung dieser Darlehen haben sich die "Kreditgarantiegemeinschaften" des Handwerks und des Handels besonders bewährt.²⁾ Aus den Zahlen über die Kreditgewährung an das Handwerk geht klar hervor, daß die westfälischen Sparkassen in all' den Jahren dem Handwerk in bedeutendem Maße Kredithilfe geleistet haben.

Dieselbe führende Rolle, die die Sparkassen in der Kreditversorgung des Handwerks einnehmen, haben sie sich in den Nachkriegsjahren auch auf dem Gebiet des Agrarkredits erobert, denn die Sparkassenorganisation gehörte Ende 1958 mit 2,13 Mrd. DM oder 31,1 % der gesamten Ausleihungen aller Kreditinstitute zu den führenden am Landwirtschaftskredit beteiligten Institutsgruppen in der Bundesrepublik .

3) Dabei ist in diesen Zahlen der Anteil der mittelbar gegebenen Agrarkredite (Landmaschinenhandel, privater

1) 1958 entfielen im gesamten Bundesgebiet von den langfristigen Ausleihungen an die mittelständische Wirtschaft fast 60,4 % auf solche mit einer Laufzeit von 10 Jahren und mehr; vgl. Geschäftsbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1958, S. 38.

2) Die Kreditgarantiegemeinschaften, die auf Initiative der Handwerkskammern in allen Bundesländern unter Beteiligung der mit dem Mittelstand arbeitenden Kreditinstitute gegründet wurden, übernehmen Bürgschaften für bestehende Handwerksbetriebe, Geschäftsübernahme und auch für langfristige Auftragsfinanzierung. Sie garantieren den Ausfall an Kapital, Zinsen und Kosten der Rechtsverfolgung bis zum Höchstbetrage von 70 % der jeweiligen Darlehnsforderungen in Form von modifizierten Ausfallbürgschaften. In Nordrhein-Westfalen wurde 1957 auch die erste Kreditgarantiegemeinschaft für das Hotel- und Gaststättengewerbe gegründet.

3) Vgl. Geschäftsbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1958, S. 35.

Landhandel usw.) nicht enthalten. Bei der deutschen Sparkassenorganisation war der Zuwachs an unmittelbaren Agrarkrediten in den Jahren 1957 und 1958 größer als bei allen Kreditinstituten insgesamt. Innerhalb der Sparkassenorganisation sind die Sparkassen stärker im kurzfristigen Agrarkredit tätig, während im mittel- und langfristigen Agrarkredit die Girozentralen an der Spitze liegen, was sich daraus erklärt, daß die Girozentralen in erster Linie besondere Vorhaben, wie Ödlandkultivierungen, Entwässerungsmaßnahmen, landwirtschaftliche Wasserversorgung usw. finanzieren, die im Einzelfall erheblich größere Beträge erfordern. Auch im Agrarkreditgeschäft der westfälischen Sparkassen verlagerte sich seit 1950 das Schwergewicht fortlaufend vom kurzfristigen zum langfristigen Kredit. Ende 1958 waren von den an die Landwirtschaft ausgeliehenen Geldern 28,3 % kurzfristig, 11,4 % mittelfristig und 60,3 % langfristig.¹⁾ Ende 1950 belief sich dagegen der Anteil der der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten kurzfristigen Kredite am gesamten Agrarkreditvolumen noch auf 52,4 %.

Anteil der kurz-, mittel- und langfristigen
Ausleihungen am Agrarkredit bei den westfälischen Sparkassen

	1950		1953		1955		1958	
	Mill.DM	%	Mill.DM	%	Mill.DM	%	Mill.DM	%
kurzfristige	7.052	52,4	15.067	49,9	21.876	31,2	30.248	28,3
mittelfristige	1.160	8,6	2.977	9,9	13.058	18,5	12.122	11,4
langfristige	5.238	39,0	12.164	40,2	35.294	50,3	64.329	60,3
	100,0		100,0		100,0		100,0	

1) Von den am 31.12.1958 von den Sparkassen im Bundesgebiet der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Krediten waren 26,7 % kurzfristig, 10,2 % mittelfristig und 63,1 % langfristig ausgeliehen" vgl. Geschäftsbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1958, S. 36.

Die Landwirtschaft hat schon immer ein stärkeres Bedürfnis für langfristige Kredite gehabt. Vor dem 2. Weltkrieg entfielen rund 70 % des landwirtschaftlichen Fremdkapitals auf Hypotheken. Durch den Mangel an langfristigen Geldern trat nach der Währungsreform aber eine weitgehende Veränderung der landwirtschaftlichen Kreditstruktur ein. 1956 waren im Bundesgebiet 54 % des gesamten landwirtschaftlichen Fremdkapitals nicht hypothekarisch gesichert.¹⁾ Dabei handelte es sich nicht nur um kurz- und mittelfristige Schulden, sondern auch nicht grundbuchlich gesicherte längerfristige Investitionskredite waren darin enthalten. Dadurch hatte die Landwirtschaft eine viel größere Zinsbelastung zu tragen.

Die Landwirtschaft benötigte daher in erster Linie zinsgünstige Tilgungsdarlehen zur Umschuldung drückender kurzfristiger Verbindlichkeiten, die erst im Laufe eines längeren Zeitraumes zurückzuzahlen sind. Mit der Normalisierung des Kapitalmarktes entsprach der Agrarkredit der Sparkassen dem weitgehend, so daß sich die Kreditlage der Landwirtschaft - unterstützt durch die staatlichen Maßnahmen (Grüner Plan) - von Jahr zu Jahr verbessert hat. Trotzdem wird die Landwirtschaft auch in den nächsten Jahren noch auf erhebliche Kredite angewiesen sein, denn der technische Umwandlungsprozeß, der sich in der deutschen Landwirtschaft seit 1953/54 vollzieht, ist noch lange nicht abgeschlossen.

Im gesamten Bundesgebiet beliefen sich 1958 die Gesamtausleihungen der Sparkassenorganisation (Sparkassen und Girozentralen) an den gewerblichen Mittelstand auf über 10 Mrd. DM. Von allen Ausleihungen der Sparkassen an Wirtschaft und Private von insgesamt 14,2 Mrd. DM entfielen 67,5 % auf die Ausleihungen an die mittelständische Wirtschaft.²⁾

1) Vgl. Geschäftsbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1957, S. 33.

2) Vgl. Geschäftsbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1958, S. 28, 36 und 38.

Der mittelständische Charakter des Sparkassenkredites ergibt sich auch aus einer Analyse der Größenklassengliederung der kurz- und mittelfristigen Personalkredite der westfälischen Sparkassen. Sie beweist, daß die westfälischen Sparkassen auch im Personalkreditgeschäft ihrer satzungsmäßigen Aufgabe, den Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise bei der Kreditgewährung zu bevorzugen, in vollem Umfange gerecht geworden sind.

Das kurz- und mittelfristige Kreditgeschäft der westfälischen Sparkassen ist nach wie vor durch kleine und mittlere Kredite gekennzeichnet, denn sie überwiegen sowohl dem Betrage als auch der Stückzahl nach. Zwar sind die einzelnen Kreditbeträge höher als früher und daher hat auch der prozentuale Anteil der höheren Größenklassen zugenommen. Es wäre aber verfehlt, darin eine Änderung in der Kreditpolitik der Sparkassen zu sehen. In diesem Tatbestand kommt lediglich der gestiegene Kreditbedarf der mittelständischen Wirtschaft, hervorgerufen durch das gestiegene Preisniveau und auch durch die Dezimierung des Eigenkapitals durch die Währungsreform, zum Ausdruck.

Größengliederung
der kurz- und mittelfristigen Personalkredite 1958
(nur Wirtschaft und Private)

Größenklasse			Debitoren		Anzahl	in %
			Betrag Mill. DM	in %		
	bis	1.000 DM	62.317	9,6	177.567	65,3
1.000	-	5.000 DM	143.673	22,1	68.524	25,2
	-	5.000 DM	205.990	31,7	246.091	90,5
3.000	-	10.000 DM	85.310	13,2	12.394	4,6
10.000	-	20.000 DM	102.741	15,8	7.476	2,8
20.000	-	50.000 DM	132.161	20,4	4.479	1,6
50.000	-	100.000 DM	64.844	10,0	963	0,4
	über	100.000 DM	57.962	8,9	349	0,1
insgesamt			649.008	100,0	271.752	100,0

Wechselkredite ¹⁾

Größenklasse	Betrag Mill.DM	in %	Anzahl	in %
1.000 DM	2.360	1,2	4.451	27,2
1.000 - 5.000 DM	14.793	7,6	6.121	37,5
- 5.000 DM	17.153	8,8	10.572	64,7
5.000 - 10.000 DM	14.705	7,4	2.047	12,5
10.000 - 20.000 DM	22.411	11,4	1.582	9,7
20.000 - 50.000 DM	41.537	21,1	1.304	8,0
50.000 - 100.000 DM	36.858	18,8	537	3,3
100.000 -	63.989	32,5	303	1,8
insgesamt:	196.653	100,0	16.345	100,0

Der Durchschnittskreditbetrag der kurz- und mittelfristigen Personalkredite der westfälischen Sparkassen erhöhte sich von 2.295,-- DM (Buch- und Wechselkredite) im Jahre 1950 auf 2.546,-- DM im Jahre 1955, 1958 belief er sich immer noch auf 2.935,-- DM.²⁾ 1958 entfielen 90,5 % der kurz- und mittelfristigen Kredite der westfälischen Sparkassen auf solche im Einzelbetrag bis 5.000,-- DM, weitere 4,6 % auf Kredite unter DM 10.000,-- und nur 4,9 % aller Kredite überstiegen DM 10.000,--. Die Großkredite über DM 100.000,-- im Betrage von 57,9 Mill.DM machten bei den westfälischen Sparkassen nur 0,1 % der kurz- und mittelfristigen Kredite aus. Diese anteilmäßige Verteilung auf die einzelnen Größenklassen hat sich seit 1950 ziemlich konstant gehalten. Nach dem Betrage machten die Kredite bis 5.000,-- DM fast ein Drittel des

- 1) einschl. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln.
- 2) Im Jahre 1931 betrug zum Vergleich der Durchschnittsbetrag der Kredite (Personalkredite) der Sparkassen für das gesamte Reichsgebiet 1.731,-- RM; vgl. Geschäftsbericht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen 1950, S. 23. Im Bundesgebiet belief sich 1958 der Durchschnittsbetrag je Personalkredit der Sparkassen auf 3.237,-- DM; vgl. Geschäftsbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes 1958, S. 43.

Gesamtkreditvolumens aus. Rund 60 % der Kreditsumme entfiel auf Kredite bis DM 20.000,--. Praktisch stellen alle Kredite bis DM 5.000,-- Kredite an Betriebe handwerklichen Charakters sowie an kleine und mittlere Betriebe dar. Bemerkenswert ist der hohe Anteil der Kredite bis DM 1.000,-- mit 65,3 %, die allerdings seit 1954 (71,7 %), als die Tätigkeit der Sparkassen im Teilzahlungskredit ihren Höhepunkt erreichte, langsam wieder zurückgegangen sind. Die Tatsache, daß der durchschnittliche Kreditbetrag dieser Gruppe 1958 nur 350,-- DM betrug, beweist, daß die westfälischen Sparkassen bei der Ausleihung ihrer Mittel auf eine möglichst weite Streuung bedacht waren, um möglichst vielen Kunden zu dienen. Für den Charakter des Kreditgeschäftes der westfälischen Sparkassen ist auch typisch, daß sie 1958 Kredite über 100.000 DM nur an 349 Kreditnehmer als Buchkredite und an 303 Kreditnehmer als Wechselkredite ausgeliehen hatten.¹⁾

In den Zahlen der Kreditnehmerstatistik der westfälischen Sparkassen sind auch "durchlaufende" Kredite enthalten, die aus "zentralen Kreditaktionen" der Wirtschaft zugeflossen sind. Das Bild des Kreditgeschäftes der Sparkassen seit der Währungsreform bliebe unvollständig, ließe man die Einschaltung der Sparkassen in die "zentralen Kreditaktionen" des Staates unberücksichtigt.

Bei diesen Sonderprogrammen handelte es sich überwiegend um Kreditaktionen zugunsten der mittelständischen Wirtschafts- und Bevölkerungskreise, um ihren Bedarf nach längerfristigen Krediten in der Zeit der Kapitalmarkt-enge wenigstens teilweise zu befriedigen. Die Sparkassen wurden bei der Weiterleitung dieser Mittel weitgehend

1) Zur Befriedigung höherer Kreditansprüche erfolgt eine Zusammenarbeit der Sparkassen mit den Girozentralen auf dem Gebiet der "Gemeinschaftskredite". (Konsortialkredite).

eingeschaltet. Dabei handelte es sich um Kreditprogramme unter Eigenhaftung und Durchleitungsmittel unter treuhänderischer Haftung. Während es sich bei der ersten Gruppe um Gegenwertmittel aus der amerikanischen Wirtschaftshilfe handelte, setzte sich die zweite Gruppe zum überwiegenden Teil aus Eingliederungsdarlehen nach dem Soforthilfe- und Lastenausgleichsgesetz zusammen, wobei es sich bei den Flüchtlingskrediten der verschiedenen Arten weitgehend um Sozialkredite und nicht um Wirtschaftskredite handelte. Hinzu kamen verschiedene Programme zur Förderung des Wohnungsbaues, der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes.

Die Aufgabe der Sparkassen lag in der Weiterleitung, d.h. der Auszahlung der Beträge an den einzelnen Kreditnehmer, und der Verwaltung der Mittel, d.h. dem Einzug von Zinsen und Tilgungsbeträgen und deren Abführung an die zentralen Stellen. Der Ausweis der Kredite erfolgte in den Sparkassenbilanzen je nach Maßgabe der Haftung als Sonderposten "Durchlaufende Kredite" oder als Weiterleitungsgelder unter den eigenen lang- und mittelfristigen Ausleihungen. Auf der Passivseite waren die Weiterleitungsgelder in den langfristig aufgenommenen Geldern enthalten.

Für die Sparkassen war die Einspannung in die Verteilung der öffentlichen Mittel durchaus nicht attraktiv, denn einmal verursachten diese Darlehen durch die detaillierten Auflagen bei der Auszahlung, durch die Verwaltung der Sicherheiten und durch die Abwicklung dubioser Kredite einen hohen Arbeitsaufwand, zum anderen waren sie für die Sparkassen rentabilitätsmäßig uninteressant, denn die den Sparkassen verbleibende Zinsmarge, die zwischen 0,5 % und 1 3/4 % lag, reichte kaum aus, den Arbeitsaufwand abzugelten.

Wenn die Sparkassen sich trotzdem verpflichtet gefühlt haben, sich an der Durchführung dieser Aktionen weitgehend zu beteiligen, ja sie durch eigene Initiative noch unterstützt haben - besonders auf dem Gebiet der Umschuldung -, dann erklärt sich das aus ihrer Verpflichtung gegenüber den von ihnen speziell betreuten Wirtschafts- und Bevölkerungskreisen. Außerdem fand durch die Beteiligung an diesen Kreditaktionen mancher neue Kunde den Weg zu den Sparkassenschaltern. Wenn auch die aus den zentralen Kreditaktionen den verschiedenen Kreditnehmerkreisen zur Verfügung gestellten Kreditmittel nicht ausreichten, um den gesamten Kreditbedarf zu decken, so brachten sie doch für die mittelständische Wirtschaft eine fühlbare Hilfe bei der Befriedigung ihres Bedarfes an längerfristigen Krediten.

3. Sind die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik
gewahrt worden?

Wenden wir uns abschließend noch der Frage zu, ob die Anlagepolitik, die die westfälischen Sparkassen nach der Währungsreform betrieben haben, den Hauptgeschäftsgrundsätzen, der Sicherheit, Liquidität und Rentabilität entsprochen hat. Auch bei der veränderten Form der Anlagepolitik der Sparkassen mußte vor allem die Einlagensicherheit gewährleistet bleiben. Früher stellte die Sicherheit, die einmal durch das Eigenkapital, zum anderen durch die Sicherung der Anlagen angestrebt wird, kein Problem dar, denn als die Hypotheken und die mündelsichere Wertpapieranlage im Aktivgeschäft der Sparkassen dominierten, war in der Praxis in ausreichender Weise den Erfordernissen der Sicherheit Rechnung getragen.

Nach der Währungsreform lagen die Dinge anders. Das Eigenkapital der Sparkassen war zusammengeschrumpft, und durch die mit dem 2. Weltkrieg verbundene Kapitalvernichtung mangelte es vor allem an realen Sicherheiten. Viele Klein- und Mittelbetriebe, die vorher nie Kredit in Anspruch genommen hatten, waren gezwungen, für den Wiederaufbau ihrer Werkstätten kurz- und mittelfristige Kredite aufzunehmen. Ihre Vermögenswerte reichten aber nicht aus, um ihren gesamten Kreditbedarf durch Sicherheiten abzudecken. Sollte das kurzfristige Kreditgeschäft, das nach der Währungsreform das Sparkassengeschäft trug, nicht gedrosselt werden, so bedurfte es nach 1948 einer Erweiterung des Rahmens der Sicherstellung. Der Wirtschaftskredit der Sparkassen mußte sich eben auch den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen.

In den Mustersatzungen von 1927 und 1932 waren zwar als Sicherheiten bei der Kredit- und Darlehensgewährung der Sparkassen neben den traditionellen Grundpfandrechten auch schon die verschiedensten Faustpfänder sowie Bürgschafts- und Blankokredite zugelassen worden, in der Praxis traten aber vorwiegend doch die Realsicherheiten auf. Dagegen gewannen nach 1948 gerade die Blankokredite und insbesondere die Sicherungsübereignung von beweglichen Sachen (Maschinen) und marktgängigen Handelswaren sowie die Forderungsabtretung an Bedeutung. Besonders im Bau- bzw. im Baunebengewerbe und den dazu gehörenden Handwerksbetrieben wie Dachdecker, Klempner und Installateure, Schreiber, Tischler, Maler usw. wurde von der letztgenannten Möglichkeit reger Gebrauch gemacht (Abtretung von Forderungen gegen öffentliche Auftraggeber), da es sich bei den zahlreichen Besatzungsbauten um Großaufträge handelte, die die genannten Handwerker nicht ohne größere Kreditinanspruchnahme ausführen konnten. Ebenso verhielt es sich auch bei dem privaten Wohnungsbau und bei dem Wiederaufbau zerstörter Wirtschafts- und Fabrikanlagen.

Seit der Währungsreform ist der Anteil der Kredite und Darlehen gegen Realsicherheiten daher erheblich zurückgegangen. Während beispielsweise im Jahre 1910 noch 96,9 % der Gesamtausleihungen der westfälischen Sparkassen gegen Grundpfandrechte erfolgte und nur 0,04 % ungedeckte Kredite waren, waren 1935 immer noch 94,6 % gegen Grundpfandrechte ausgeliehen und 0,6 % waren als Blankokredite gewährt worden. Für die Zeit nach der Währungsreform liegt leider keine genaue Aufteilung der Kredite hinsichtlich ihrer Sicherheiten vor. Lediglich für die langfristigen Ausleihungen sind Angaben über die Sicherstellung vorhanden. Danach waren 1958 von den langfristigen Ausleihungen der westfälischen Sparkassen an Wirtschaft und Private 1.268,5 Mill.DM =

84,5 % der gesamten langfristigen Ausleihungen
(1.502,0 Mill.DM) durch Grundpfandrechte gesichert.

Obwohl auch bei den kurz- und mittelfristigen Krediten und Darlehen die Grundpfandrechte an erster Stelle für die Absicherung der Kredite von den Sparkassen verlangt werden, dürfte wegen mangelnder Sicherheiten der Prozentsatz der Grundpfandrechte erheblich niedriger liegen als bei den langfristigen Ausleihungen. Geht man davon aus, daß ein Blankokredit vornehmlich im kurz- und mittelfristigen Kredit gewährt werden wird und nach Aussage von Sparkassenfachleuten die Blankokreditgrenze von 5 % der Gesamteinlagen voll ausgenutzt wird,¹⁾ so würde dieser Prozentsatz bei den westfälischen Sparkassen bei 845,6 Mill.DM an kurz- und mittelfristigen Krediten und dem entsprechenden Einlagenbestand von 1958 rund 244,3 Mill.DM betragen. Rechnet man für die Kredite gegen Sicherung von Faustpfändern, Bürgschaften, Sicherungsübereignungen und Forderungsabtretungen annähernd den gleichen Betrag hinzu, so würde für Kredite gegen Grundpfandrechte kaum noch 50 % der gesamten kurz- und mittelfristigen Kredite übrigbleiben.

Aus dem angeführten Beispiel ist zu ersehen, daß mit der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Sicherstellung der Kredite und Darlehen an bankmäßigen Sicherheiten sich angeglichen haben. Trotzdem ist es bislang im Sparkassensektor nicht zu außergewöhnlichen Ausfällen und Verlusten gekommen, die man speziell als Folge ihrer Betätigung im Personalkreditgeschäft zuschreiben könnte.

1) inzwischen auf 10 % der Gesamteinlagen erhöht.

Hinsichtlich der Liquidität der Sparkassen gelten nach 1948 auch weiterhin die Liquiditätsvorschriften der Mustersatzung von 1932. Auch das neue Sparkassengesetz von Nordrhein-Westfalen vom 7.1.1958 und die damit in Verbindung stehende Mustersatzung enthält noch die Liquiditätsvorschriften der MuSa 1932, jedoch mit der Abweichung, daß jederzeit kündbare Faustpfanddarlehen nicht mehr als liquide Mittel gelten; Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand, die von der Landeszentralbank zum Lombardverkehr zugelassen sind, wurden in den Katalog aufgenommen. Auch die Mindestreserven sind nach dem Bundesbankgesetz auf die Liquiditätsreserven anzurechnen. (Vergleiche § 30 Abs. 1 S. 3 Nordrhein-Westf. MuSa.) Diese Liquiditätsregelung muß jedoch hinsichtlich der tatsächlichen Anlagegeschäftspolitik unvollkommen bleiben, und man erwartet eine endgültige Regelung von dem neuen Kreditwesengesetz.

War die Liquiditätslage der westfälischen Sparkassen zunächst auch angespannt, so waren im ganzen gesehen - wenn man die Mindestreserven einbezieht und auch die nicht täglich fälligen Bankguthaben berücksichtigt - die nach der Mustersatzung vorgeschriebenen Liquiditätsguthaben (10 % der Spareinlagen und 20 % der Giroeinlagen) doch annähernd vorhanden. Nachdem 1952 eine gewisse Normalisierung der Liquiditätslage eingetreten war, ist für die folgenden Jahre festzustellen, daß die westfälischen Sparkassen eine Anlagepolitik betrieben haben, die großes Gewicht auf Anlagen mit einem tatsächlich hohen Liquiditätsgrad legte. So ist auch die erhöhte Unterhaltung von Guthaben bei der organisationseigenen Girozentrale zu erklären, auch

wenn diese Anlage nicht so rentabel ist, wie etwa der Ankauf von Wertpapieren, denn die Girozentrale muß ihrerseits die Guthaben der Sparkassen liquide anlegen.¹⁾ Eine ähnlich liquide Anlage ist der Deutschen Girozentrale für die Guthaben der Girozentralen vorgeschrieben.²⁾

Betrachtet man die Liquiditätslage der westfälischen Sparkassen seit 1955, so ergibt sich, daß sie - bezogen auf die Gesamtverbindlichkeiten - über 24 bis 30 % liquide Mittel im engeren Sinne verfügten.³⁾

	E n d e			
	1955	1956	1957	1958
	in Mill. DM			
Liquide Mittel im engeren Sinne	717,6	858,0	1.228,5	1.489,4
Verbindlichkeiten insgesamt	2.939,0	3.323,2	3.998,5	4.890,0
liquide Mittel in % d. Verbindlichk.	24,4	25,8	30,7	30,5
Daneben waren noch folgende lombardfähige Werte vorhanden:				
	1955	1956	1957	1958
	in Mill. DM			
Wertpapiere	238,4	249,7	325,7	646,4
Ausgleichsfordernungen	372,3	360,2	348,6	335,5
zusammen	610,6	609,9	674,3	981,9
i. % d. Verbindl.	20,8	18,3	16,8	20,0

- 1) 50 % bei der Deutschen Girozentrale und 50 % in flüssigen Werten, vornehmlich in Privatkonten.
- 2) 50 % bei d. Deutschen Bundesbank u. 50 % i. flüss. Werten.
- 3) Hierzu gehört der Kassenbestand, Deutsche Bundesbank u. Postscheckguthaben, Nostroguthaben, Schecks- u. Inkassowechsel, Wechsel, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen.

Dieser hohe Flüssigkeitsgrad ist jedoch eben wegen des zweifelhaften Liquiditätscharakters eines großen Teiles der Wertpapieranlage mehr statistischer Natur. Daran ändert auch die Lombardfähigkeit der Wertpapiere nichts, die nur als vorübergehender Notbehelf bei unvorhergesehenen Liquiditätsschwierigkeiten eines einzelnen Institutes anzusehen ist, abgesehen davon, daß die Lombardfähigkeit quantitativ beschränkt ist. Dieser Gesichtspunkt gilt auch für den Rediskontspielraum, weshalb man anscheinend bei der Liquidität im engeren Sinne auch weniger Wert auf Wechsel und Schatzwechsel gelegt hat. Im übrigen geben die Zahlen, abgesehen davon, daß sie auf einen Stichtag abgestellt sind, und keinen näheren Einblick in die Bewegungsbilanz gewähren, den tatsächlichen Liquiditätsstand nur unvollständig wieder. Die Fristigkeit und Fälligkeit sowie die Umsatzhäufigkeit der Einlagen - bei den Sichteinlagen die jeweilige Höhe des Bodensatzes - die für die tatsächliche Liquiditätspolitik bestimmende Faktoren darstellen, sind aus ihnen nicht ersichtlich. Die außergewöhnliche Liquiditätsentwicklung spiegelt sich auch in der Struktur der zusammengefaßten westfälischen Sparkassenbilanzen wider, die seit 1955 ein stark verändertes Bild mit einer Verlagerung zu den kurzfristigen und liquideren Positionen hin aufweist.

Aktiva	1955	1956	1957	1958
Liquide Anlagen	717,6 20,3 %	858,0 21,3 %	1.228,5 25,6 %	1.489,4 25,8 %
Debitoren	591,3 16,7 %	596,0 14,8 %	616,8 12,8 %	676,1 11,7 %
langfr. Kredite	1.121,5 31,8 %	1.383,5 34,4 %	1.631,7 34,0 %	1.933,3 33,6 %
Wertpapiere	238,4 6,8 %	249,7 6,2 %	325,7 6,8 %	646,4 11,2 %
übrige Aktiva	863,4 24,4 %	938,9 23,3 %	1.000,9 20,8 %	1.020,9 17,7 %
Insgesamt	3.532,2	4.026,1	4.803,6	5.766,1

Mit der Verminderung der Kreditausleihungen ermäßigte sich aber der Anteil der ertragsgünstigeren Aktiva (Debitoren und langfristige Ausleihungen) von 1955 bis 1958 von 48,5 % über 49,2 % und 46,8 % auf 45,3 % der Bilanzsumme. Demgegenüber stieg bei den ertragsschwächeren, liquideren Anlagen der Anteil an der Bilanzsumme.

In dem Widerstreit zwischen den Grundsätzen der Liquidität und Rentabilität scheint man in Sparkassenkreisen der Liquidität den Vorzug gegenüber der Rentabilität gegeben zu haben. Inwieweit diese Bevorzugung jedoch nur auf fehlende Anlagemöglichkeiten - insbesondere im kurzfristigen Kreditgeschäft zurückzuführen ist, läßt sich nicht genau bestimmen.

Mit den Erfordernissen der Liquidität konkurriert aber das Streben nach Rentabilität, denn auch für die Sparkassen ist ein Rentabilitätsstreben am Platze. Zwar sollen sie sich nicht von dem Grundsatz der Gewinnmaximierung der privaten Kreditinstitute leiten lassen, aber trotz ihres gemeinnützigen Charakters muß ihre Ertragskraft den Aufbau angemessener Rücklagen ermöglichen.

Abgesehen davon, daß das haftende Eigenkapital nach dem Kreditwesengesetz als Bezugsgröße für den zulässigen Höchstbetrag eines Einzelkredites dient und auch die Kreditrichtsätze der Deutschen Bundesbank die kurz- und mittelfristigen Kredite in eine Relation zum Eigenkapital setzt, dient es in erster Linie dazu, eventuelle Verluste der Sparkassen auszugleichen, denn trotz allen Sicherheitsstrebens sind Verluste nicht auszuschließen. Eine Verstärkung des Eigenkapitals ist aber nur aus einem angemessenen Reingewinn möglich. Mit anderen Worten, die Sparkassen müssen vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen sowohl auf einen hohen Ertrag ihrer Anlagen als auch auf eine Kostendegression bedacht sein, um die Gewinnspanne zu vergrößern und entsprechend den gestiegenen Einlagen ein relativ gleiches Eigenkapital zu besitzen, d.h. die Rücklagen auf ihrer prozentual zur Bilanzsumme gleichbleibenden Höhe zu erhalten.

Betrug die Rücklage der westfälischen Sparkassen bei der Währungsumstellung 10,4 % der Gesamteinlagen bzw. 8,6 % der Bilanzsumme, so ist sie in den folgenden Jahren bis auf 2,5 % der Gesamteinlagen bzw. 2,1 % der Bilanzsumme im Jahre 1954 ständig gefallen. Der Grund dieses starken Rückganges lag neben dem Anstieg der Gesamteinlagen in der ungünstigen Ertragslage der Sparkassen. Infolge des erhöhten Arbeitsanfalles aus dem Klein- und Kleinstgeschäft der Sparkassen, aus der Umstellung, den Sonderaktionen und den Rationalisierungsmaßnahmen (neue Maschinen, Erweiterung von Geschäftsgebäuden usw.) war der persönliche und sächliche Verwaltungsaufwand gestiegen. Im langfristigen Geschäft standen bis Anfang 1950 den Spareinlagen praktisch fast ausschließlich minderverzinsliche Ausgleichsforderungen, unverzinsliche Mindestreserven und aus der Währungsumstellung hervorgegangene niedrigverzinsliche Hypotheken

gegenüber. Die Lage verbesserte sich erst durch den Spareinlagenzuwachs und durch die dadurch möglich gewordene Neuausleiherung von Hypothekendarlehen.

Im kurzfristigen Geschäft hingegen hatten sich die Verhältnisse rentabilitätsmäßig bereits wieder 1949 normalisiert. Infolge des starken Kreditbedarfs der mittelständischen Wirtschaft wurden auch die Kreditgrenzen von der Kundschaft voll ausgenutzt, so daß durch die wesentlich höhere Zinsspanne (1 % Zinsen für Sichteinlagen) sich ein günstigerer Ertrag ergab. Die Erträge im kurzfristigen Geschäft mußten seit der Währungsreform die Fehlbeträge im langfristigen Geschäft ausgleichen. Durch den ständig steigenden Spareinlagenzuwachs konnte der prozentuale Anteil der gering- bzw. unverzinslichen Aktiva, und damit die negativen Einflüsse für die Rentabilität vermindert werden. Das neue Anlagegeschäft konnte zur Verbesserung der Ertragslage der Sparkassen führen. Jedoch ist in der Weiterentwicklung keineswegs ein gleichbleibender oder steigender Bruttoertrag zu verzeichnen gewesen.

Die veränderte Bilanzstruktur und die auf der Aktiv- und Passivseite unterschiedlich geänderten Konditionen führten zu einer Verringerung der Zinsspanne.

Oft hat sich gleichmäßig bei einem gestiegenen Zinsertrag auch der Zinsaufwand erhöht oder einem höheren Zinsüberschuß standen erhöhte Aufwendungen gegenüber. Die Sparkassen sind in ihrer Rentabilität eben auch abhängig von der Diskont- und Zinspolitik der Notenbank. Auf eine genaue Darstellung der Diskont- und Zinspolitik einzugehen, würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit gehen. Auch nahmen längerfristige und damit höherverzinsliche Einlagen ständig zu und führten zu

einem größeren Zinsaufwand. Bei einem Vergleich der Ergebnisse der Ertragsberechnung bei den westfälischen Sparkassen in den Jahren von 1956 bis 1958 kann die Rentabilität demnach durchaus als zufriedenstellend bezeichnet werden.

	<u>in % der Durchschnittsbilanzsumme</u>		
	<u>1956</u>	<u>1957</u>	<u>1958</u>
Zinsertrag	6,02	6,01	5,71
Zinsaufwand	2,93	3,16	2,80
Zinsüberschuß	3,09	2,85	2,91

Rechnet man die Gebühren und Provisionen hinzu und zieht die Aufwendungen ab, so verbleibt für dieselben Jahre ein Reingewinn von:

1956 = 0,93 % d. DBS

1957 = 0,79 % d. DBS

1958 = 0,85 % d. DBS

Für den gleichen Zeitraum belief sich der Reingewinn der Sparkassen für das gesamte Bundesgebiet auf:

1956 = 0,84 % d. DBS.

1957 = 0,73 % d. DBS

1958 = 0,76 % d. DBS

Der Reingewinn der westfälischen Sparkassen lag somit noch über dem Bundesdurchschnitt.

Der Anteil der einzelnen Aktivposten an dem gesamten Zinsertrag zeigt die nachstehende Aufstellung:

	Zinsertrag 1958 in Mill. DM	in % am gesamten Zinsertrag
1. Hypothekendarlehen	77,3	26,7
2. Kontokorrentkredite	40,7	14,1
3. Bankguthaben	34,7	12,0
4. Wertpapiere	34,3	11,9
5. sonst. Darlehen	33,9	11,7
6. Kommunaldarlehen	22,9	7,9
7. Ausgleichs- und Deckungsforderungen	18,0	6,2
8. Wechsel	12,5	4,3
9. Kaufkredite	9,2	3,2
10. Sonstiges	5,5	2,0
	289,0	100,0

Die Hypothekendarlehen haben entsprechend ihres Ausmaßes den höchsten Zinsertrag abgeworfen. Setzt man jedoch die einzelnen Positionen entsprechend ihrem Anteil am Aktivgeschäft in Beziehung zu ihrem Zinsertrag, so ist das Personalkreditgeschäft - und hier vor allem der Kontokorrentkredit - am ertragreichsten. Während der Zinssatz im Kontokorrentkreditgeschäft 1958 durchschnittlich bei 9,5 % bis 10,5 % und im Wechselkredit zwischen 6,5 % und 7,5 % lag, erzielte das Hypothekengeschäft und auch der Kommunalkredit nur 6,5 % bis 7 %. Im Kaufkreditgeschäft wurden sogar Zinssätze von 11 % bis 15 % gezahlt. Berücksichtigt man ferner die Unterschiede in den Habenzinsen für Spar- und Sichteinlagen, so wird die Zinsspanne im kurzfristigen Kreditgeschäft noch um vieles größer.

Aus diesen Vergleichen wird deutlich, daß sich die Sparkassen - begünstigt durch die unterschiedlichen Geldmarkt- und Kapitalmarktsätze - durch ihre verstärkte Betätigung im Personalkreditgeschäft über "die schlechten Zeiten" gebracht und später gestärkt und gesund erhalten haben. Auf diese Weise konnte auch bei einem entsprechenden Reingewinn die Rücklage wieder aufgefüllt werden und erreichte 1958 trotz der enorm gestiegenen Gesamteinlagen 3,5 % der Gesamteinlagen bzw. 3 % der Bilanzsumme.

Schlußbetrachtung

Die Sparkassen und ihre Girozentralen nehmen heute nach Geschäfts- und Bilanzvolumen, Einlagensummen und Aktivgeschäften eine bedeutende Stellung im Rahmen des deutschen Bankapparates ein. Trotz aller Rückschläge durch zwei Inflationen konnten die Sparkassen ihre Stellung im deutschen Banksystem nicht nur behaupten, sondern sogar noch verstärken. Von dem Bilanzvolumen aller Kreditinstitute im Bundesgebiet (177,3 Mrd.DM) entfiel Ende 1958 1/3 auf die Sparkassen und Girozentralen (63,4 Mrd.DM). Die Sparkassen allein hatten sich mit 40,3 Mrd.DM hinter den 328 Kreditbanken mit 47,6 Mrd.DM unter allen Institutsgruppen den zweiten Platz erobern können.

Diese Leistung der Sparkassen war nur dadurch möglich, daß sie sich noch rechtzeitig von ihrer anfänglichen Starrheit gelöst haben. Es war nicht das Machtstreben, das zu der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Sparkassen führte, sondern die Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und die Bedürfnisse der Kundschaft. Dadurch, daß die Sparkassen den Spar- und den Giroverkehr, den Hypothekar- und den Personalkredit, das lang- und kurzfristige Geschäft pflegten, konnten sie sich selbst helfen. Die Zusammengehörigkeit des lang- und kurzfristigen Geschäftes der Sparkassen hat über zwei Inflationen ihre Existenz gerettet. Anders als nach der Währungsreform von 1923, als sich bereits nach wenigen Jahren das "alte" Anteilsverhältnis von kurz- und langfristigen Ein- und Anlagen wieder eingespielt hatte, haben sich nach 1948 nach anfänglichen Übergangserscheinungen bleibende Verschiebungen in der Ein- und Anlagenstruktur der Sparkassen ergeben. Trotz eines ständigen Spareinlagenzuwachses haben die Sparkassen ihren Anteil an den gesamten Spareinlagen jedoch nicht halten können. Lagen vor dem Kriege rund 75 % der Spargelder bei den Sparkassen, so ist ihr

Anteil heute auf 60 % zurückgegangen, während die Privatbanken ihre Position verbessern konnten. Bei den Giroeinlagen verlief die Entwicklung entgegengesetzt. Hier konnten die Sparkassen ihren Anteil gegenüber den Banken von 16 % (1938) auf 25 % erhöhen.¹⁾

Die Kriegs- und Nachkriegsfolgen, wirtschaftliche Notstände, das Flüchtlings- und Vertriebenenproblem, der Zwang zum Wiederaufbau und das veränderte Wirtschaftssystem haben im Gebiet der Bundesrepublik grundlegende strukturelle Wandlungen in allen Teilbereichen der Volkswirtschaft, so auch am Geld- und Kapitalmarkt, hervorgerufen.

Da der Kapitalmarkt in den ersten Jahren nicht ausreichend funktionsfähig war, mußte sich der Aufbau der Wirtschaft im Wege der Fremdfinanzierung überwiegend über den Geldmarkt vollziehen. Wollten die Sparkassen den wachsenden und wechselnden Bedürfnissen ihres Kundenkreises genügen, so mußten sie sich dieser veränderten Lage anpassen. Obwohl der Geldmarkt für die Sparkassen kein Neuland darstellte, wuchsen sie doch unter der gegebenen kreditwirtschaftlichen Situation durch veränderte Finanzierungsgewohnheiten und die verstärkte und intensivere Betätigung immer mehr in den kommerziellen- und Wirtschaftskredit hinein. Diese Umstände zwangen sie dazu, vielfach neue Wege zu suchen, da ihre Satzungen und die für sie geltenden speziellen gesetzlichen Bestimmungen auf diese außergewöhnlichen Verhältnisse nicht zugeschnitten waren. Darüber hinaus entwickelten sich innerhalb des ursprünglichen Rahmens modifizierte Formen der Anlage. In den Bestimmungen über die Sparkassengeschäfte wurden inzwischen einige

1) Menke, A. "Einlagen und Anlagen der Sparkassen", S. 86/87 Vortrag in "Deutscher Sparkassentag 1958".

Vorschriften, insbesondere die Erweiterung der Kreditsicherheiten und Kreditgrenzen, den veränderten Verhältnissen angepaßt.

Auf Grund der sich hieraus zwangsläufig ergebenden Geschäftspolitik kann man mit Recht behaupten, daß die Sparkassen in ihrer Entwicklung nach 1948 - ohne Berücksichtigung der ebenfalls erweiterten Dienstleistungsgeschäfte - zu echten Universalkreditinstituten der mittelständischen Wirtschaft und Industrie geworden sind.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

A: Einzelwerke

- | | |
|----------------------------|--|
| Esenwein-Rothe
Ingeborg | Die Struktur des Bankwesens als Gegen-
stand wirtschaftsstatistischer Analyse
Berlin 1959 |
| Falter, Manuel | Die Praxis des Kreditgeschäftes bei
Sparkassen und anderen Kreditinstituten
Stuttgart 1950 |
| Gestrich, Hans | Kredit und Sparen, 3. Aufl.
Düsseldorf - München 1957 |
| Hammel, Alfred | Die Sparkassen, ihre Entwicklung und
Bedeutung in der Nachkriegszeit unter
besonderer Berücksichtigung der Ver-
hältnisse in Rheinland-Westfalen.
1932 |
| Henze-Schmidt | Grundriss für die Sparkassenarbeit,
Teil I, Grundzüge der Geschichte des
Sparkassenwesens, Stuttgart
ohne Jahresangabe |
| Hoffmann, Josef | Die Sparkassen im Wandel der Kredit-
politik
Düsseldorf 1951 |
| Koehne, F.R. | Grundzüge des Sparkassenwesens
Detmold-Herford 1950 |
| Lautenbach, Wilh. | Zins, Kredit und Produktion
Tübingen 1952 |
| Michaelis, Kurt | Beleihungsgrundsätze für Sparkassen
Stuttgart 1951 |
| Morschel, Josef | Das Personalkreditgeschäft der
preußischen Sparkassen, Köln 1934 |
| Nissen, Ferd. | Die bankmäßige Betätigung der Spar-
kassen
Stuttgart 1926 |
| Schaarschmidt,
Wilh. | Wirtschafts- und Rechtsfragen im
Kreditgeschäft der Sparkassen
Stuttgart 1949 |

- | | |
|---|--|
| Sperk, Ludwig u.
Wilsdorf, Manfred | Die Liquiditätsverhältnisse der
deutschen Sparkassen
München 1958 |
| Stucken, Rudolf | Deutsche Geld- und Kreditpolitik
1914-1953, Tübingen, 1953
2. Auflage |
| Stucken, Rudolf | Geld und Kredit, 2. stark veränderte
Auflage, Tübingen, 1957 |
| Trende, Adolf | Aus der Werdezeit der Provinz Westfalen
1932 |
| Voigt, Fritz | Der volkswirtschaftliche Sparprozeß
Berlin 1950 |
| Weber, Adolf | Geld, Banken, Börsen, 4. Auflage,
München 1951 |
| Winkler, Horst | Der Personalkredit und die Liquidität
der Sparkassen Berlin 1934 |
| Deutscher Sparkas-
sen- u. Giroverband | Die Sparkasse in Stichworten
Stuttgart
ohne Jahresangabe |
| Deutscher Spar-
kassenverlag | Unsere Sparkassen Stuttgart
ohne Jahresangabe |
| Staatsarchiv
Münster 1 | Handakten des Oberpräsidiums in
Münster (Akte Sparkassen)
Handakten des Regierungspräsidiums
Minden
Handakten des Regierungspräsidiums
Arnsberg |
| Landesbank für West-
falen | 125 Jahre Landesbank für Westfalen
Girozentrale (1832 - 1957)
Münster 1957 |

B: Aufsätze

- | | |
|---------------|---|
| Bente, H. | Das Eindringen des Staates und der
Kommunen in das Bankwesen, in: Unter-
suchung des Bankwesens, I. Teil,
1. Band 1933 |
| Butschkau, F. | Hat sich der Charakter der Sparkassen
geändert? in: Sparkasse Nr. 23/1950 |

- Dieckelmann Die Sparkassen finanzieren den gewerblichen Mittelstand, in: Deutscher Sparkassentag, Köln, 1958
- Falter, M. Die Aufgaben im kurzfristigen Kreditgeschäft, in: Sparkassen-Mitteilungen Nr. 7/1949
- Fischer, N. Die geschäftspolitischen Auswirkungen eines neuen Bundes-KWG, in: Vorträge für Sparkassenprüfer, Kiel, 8-11.9.1959
- Grüger, F. Die Wirkungen des Krieges und der Kriegsfolgen auf das deutsche Bankwesen mit einem Rückblick auf die Vorkriegszeit, in: Untersuchung des Bankwesens, I. Teil, 1. Band, 1933
- Hähnel Gedanken zur Anlagepolitik der Sparkassen, in: Vorträge für Sparkassenprüfer, Kiel, 8. - 11. Sept. 1959
- Hoffmann, J. Auseinandersetzungen um das kurzfristige Sparkassengeschäft, in: Sparkasse Nr. 6/1951
- Hoffmann, J. Kreditsicherung von Mittelstandskrediten, in: Sparkasse Nr. 7/1956
- Hoffmann, J. Alte und neue Aspekte in: Sparkasse Nr. 2/1959
- Hoffmann, J. Sparkassen und Girozentralen, in: Das deutsche Bankwesen, (Sonderdruck aus dem Werk "Die Bank") Wiesbaden 1951
- Höpker, H. Die Entwicklung der preuß. Sparkassen im Vierteljahrhundert 1888 bis 1913, in: Zeitschrift d. Preuß. Statistischen Landesamtes, Jahrg. 55, 1915 Berlin
- Höpker, H. Die Sparkassen und die Reichs- und Staatsanleihen, in: Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes, Jahrg. 63, 1923 Berlin
- Künzer, F. Die Aufgaben der Sparkassen im Wandel der Zeit, in: Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes, Jahrg. 63, 1923, Berlin

- Menke, A. Reformbedürftige Grenzen im kurzfristigen Kreditgeschäft der Sparkassen, in: Sparkasse Nr. 9/1951
- Menke, A. Einlagen und Anlagen der Sparkassen, in: Deutscher Sparkassentag, Köln, 1958
- Neumann, E. Die Deutschen Sparkassen, in: Untersuchung des Bankwesens, I. Teil, 1. Band, 1933
- Ratjen, H. Aufgaben und Grenzen der Personalkreditpolitik der Sparkassen, in: Sparkasse Nr. 23/1950
- Sadleder, Aufgabenbewußtes und betriebswirtschaftliches Denken in der Geschäftspolitik der Sparkassen, in: Vorträge für Sparkassenprüfer, Kiel, 8. - 11. Sept. 1959
- Stanke Das Kreditgeschäft als Gegenstand der Bankaufsicht, in: Vorträge für Sparkassenprüfer, Münster, Juni 1955
- Tübel, W. Das Kleindarlehnsgeschäft der Sparkassen in historischer Sicht, in: Sparkasse Nr. 5/ 1959
- Walb, E. Übersetzung und Konkurrenz im deutschen Kreditapparat, in: Untersuchung des Bankwesens, I. Teil, 1. Band, 1933
- Wegner, C. Die preuß. Sparkassen in den Jahren 1925 und 1926, in: Zeitschrift d. Preuß. Statistischen Landesamtes, Jahrg. 67, 1927
- Wagner, A. Der ländliche Personalkredit, in: Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, Band 76, 1898, S. 237/238

C: Gesetze, Verordnungen

- Simon, L. Das neue Sparkassenrecht, Kommentar zur Mustersatzung der Sparkassen vom 26. Juli 1927; Text der Mustersatzung und sämtliche Erlasse und Verfügungen des Reichsministers d. Innern von 1838 - 1927

Berlin 1928

Kleiner, E. und Kleiner, E. jun. Die Preuß. Sparkassengesetzgebung. (Die Preuß. Landesgesetzgebung einschl. der einzelnen Notverordnungen des Reichspräsidenten und der Erlasse des Preuß. Staatsministeriums von 1931 - 1933)

Mustersatzung für Sparkassen. RErl. d. M.d.I., d.F.M. und d.M.f.H.u.G. vom 26.8.1932

Reichsgesetz über das Kreditwesen (KWG) vom 5. Dezember 1934 mit ergänzenden Bestimmungen i.d.F. des Gesetzes vom 25.9.39

Gesetze zur Neuordnung des Geldwesens. (Währungsgesetz v. 20.6.1948) mit DVO (Umsetzungsgesetz vom 27.6.1948) mit DVO (Festkontengesetz vom 8.10.1948) mit DVO

Mustersatzung für Sparkassen (MuSa 1958). Nordrhein-Westfalen vom 7. Januar 1958 (GV.NW 1958 S. 5)

D: Geschäftsberichte, Zeitungen und Zeitschriften

Der Volkswirt, Wirtschafts- und Finanzzeitung; (Deutsche Wirtschaft im Querschnitt Sonderheft, 19. Folge "Die Sparkassen", Februar 1953)

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung

Geschäftsberichte des Westfälischen Sparkassen- und Giroverbandes 1934 - 1941

Jahresberichte der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V. 1948 - 1952

Jahresberichte des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. 1953 - 1959

Jahresberichte des 'Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes 1948 - 1958

Kommunalwirtschaft, Zeitschrift für das gesamte Verwaltungswesen; Sonderheft; Sparkassenfragen, Juli 1954, Heft 13/14

Monatsausweis der deutschen Sparkassen, Girokassen und Kommunalbanken 1939 - 1959

Monatsberichte der Bank Deutscher Länder

Sparkasse

Sparkassen-Mitteilungen

Sparkassenwerbedienst

Sparkassenkalender 1951 - 1955, herausgeg. von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen e.V.

Deutscher Sparkassenkalender 1956 - 1960, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V.

Sparkassenfachbuch 1957 - 1960, herausgegeben vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V.

Statistisches Handbuch der Bank Deutscher Länder
1948 - 1954 Frankfurt 1955

Statistisches Handbuch der Sparkassenorganisation
1948 - 1956, Herausgeg. vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V.

Vierteljahreshefte der Statistik des Deutschen Reiches
1930 - 1938

Zeitschrift des Preuß. Statistischen Landesamtes
1900 - 1932

Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

Die Anlage von Sparkassengeldern in den einzelnen preußischen Provinzen in Hypothekarkrediten vor dem ersten Weltkrieg
(absolut und in Prozenten der Bilanzsumme)

	<u>1900</u>		<u>1905</u>		<u>1910</u>		<u>1912</u>		<u>1913</u>		<u>1914</u>	
	in T-Mark	%	in T-Mark	%	in T-Mark	%	in T-Mark	%	in T-Mark	%	in T-Mark	%
I Ostpreußen	62.082	56,1	92.222	56,8	120.144	58,0	144.870	58,7	153.370	59,0	156.265	56,8
II Westpreußen	49.450	42,5	74.704	42,0	111.491	45,9	134.490	49,8	138.162	49,3	141.876	46,9
III Stadtkreis Berlin	66.489	24,0	55.820	15,4	68.302	17,3	85.313	21,8	93.309	22,5	109.493	27,8
IV Brandenburg	226.786	46,4	326.749	41,7	458.535	42,5	532.327	44,2	558.867	44,3	588.703	42,5
V Pommern	160.948	54,8	246.186	57,5	335.495	58,4	391.600	59,6	403.996	59,2	413.802	57,1
VI Posen	63.262	56,8	96.638	55,0	135.001	54,1	155.740	56,0	157.885	54,5	161.945	51,6
VII Schlesien	254.810	46,8	359.383	47,2	469.371	48,1	526.274	50,2	550.056	50,0	568.624	49,0
VIII Sachsen	391.740	60,1	486.928	54,9	572.769	53,8	615.086	54,8	633.980	54,6	651.697	57,4
IX Schleswig-Holstein	359.788	74,4	461.841	73,8	566.725	73,6	634.648	74,0	657.549	73,2	680.687	71,4
X Hannover	459.238	62,5	654.327	62,4	844.225	62,0	947.872	62,7	989.508	62,2	1.022.609	60,8
XI Westfalen	702.960	71,6	1.030.613	74,7	1.410.984	74,4	1.611.649	74,8	1.689.821	73,9	1.758.966	71,6
XII Hessen-Nassau	174.940	59,6	255.837	59,4	339.638	57,3	392.866	59,9	408.288	60,6	418.567	57,8
XIII Rheinland	503.712	51,8	949.326	60,4	1.448.435	62,8	1.724.919	64,5	1.800.876	63,1	1.868.627	60,4
XIV Hohenzollern	10.724	65,5	9.213	46,9	8.533	40,9	11.040	50,0	11.013	49,3	11.651	48,7
Preußen	3.486.929	57,4	5.099.787	57,9	6.889.648	58,7	7.908.693	60,4	8.246.680	59,8	8.553.512	58,1
=====												

Zusammengestellt aus der Zeitschrift des Königl. Preuß. Statistischen Landesamtes

Tabelle 4

Die langfristigen Anlagen der deutschen Sparkassen in den
Jahren 1924 - 1932

Jahr	Hypotheken		Wertpapiere		Kommunalدارlehen	
	in 1.000 RM	in %	in 1.000 RM	in %	in 1.000 RM	in %
1924	77.505	5,0	20.856	1,3	60.238	3,9
1925	372.001	12,9	63.231	2,2	178.243	6,2
1926	994.747	20,6	573.338	11,9	366.683	7,6
1927	2.020.657	27,9	889.178	12,3	604.160	8,3
1928	3.044.174	30,3	1.141.665	11,4	955.802	9,5
1929	4.057.973	33,4	1.412.510	11,6	1.512.631	12,5
1930	4.851.518	35,3	1.754.797	12,8	1.753.969	12,8
1931	5.247.519	38,0	1.902.968	13,8	1.842.034	13,3
1932	5.446.066	39,5	1.780.815	12,9	1.856.367	13,5

1) entnommen aus dem Statistischen Jahrbuch für
das Deutsche Reich 1934, S.344/45.

Lebenslauf

Ich wurde am 28. November 1926 als Sohn des Regierungsinspektors Ludwig Wagener und dessen Ehefrau Elfriede geb. Michaelis in Münster (Westf.) geboren.

Nach vierjährigem Besuch der Grundschule schickten mich meine Eltern 1937 auf das Staatliche Schiller-Gymnasium zu Münster. 1944 erhielt ich von der Lehranstalt mit der Versetzung zur achten Klasse den Reifevermerk.

Anschließend wurde ich nach Erfüllung der Arbeitsdienstpflicht zum Wehrdienst bei der Luftwaffe eingezogen. Am 17. April 1945 geriet ich in amerikanische Kriegsgefangenschaft und wurde am 22.12.1948 daraus entlassen. Im November 1944 war inzwischen mein Vater verstorben.

In die Heimat zurückgekehrt, nahm ich an einem Kriegsteilnehmer-Sonderlehrgang in Hannover teil und erhielt am 7.6.1950 das Reifezeugnis.

Am 24. Oktober 1950 ließ ich mich in Münster an der dortigen Universität für die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät einschreiben. Nach drei Semestern wechselte ich zur Universität Hamburg über. Sommersemester 1953 war ich in Tübingen an der Eberhard-Karls-Universität immatrikuliert und habe im Frühjahr 1955 meine Diplomprüfung für Volkswirte dort abgelegt.

Nach einjähriger Tätigkeit bei einem Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht trat ich im Juni 1956 in den Dienst der Städtischen Sparkasse in Gütersloh.

